

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	28

VERBÄNDE



Thema: Rio+20, Green Economy	30
DNR intern	31
Aus den Verbänden	31
Ehrenamt	32

SERVICE

Rezensionen	33
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Schwerpunkt: Kultur und Nachhaltigkeit	

THEMEN DES MONATS

Jagdpolitik

Jagen für den Wald

Das künstliche Hochpäppeln von Wild verstärkt das „Waldsterben von unten“

Seite 2

Energieeffizienz

Weißer Zertifikate – weiße Weste?

Ein neues Instrument in der Energieeffizienzpolitik könnte langfristig Energie einsparen helfen

Seite 4

Green Economy

Eine vom Boom überrannte Vision

Die Akzeptanz der Erneuerbaren-Branche ist durch Machtstrukturen und massives Wachstum gefährdet

Seite 6

Interview: Atomförderung

„EU-weiten Ausstieg vorantreiben“

Der Euratom-Vertrag zwingt auch EU-Staaten ohne AKWs, viel Geld für die Atomindustrie auszugeben

Seite 15

THEMENHEFT

Bodenschutz

Beilage

Jagdpolitik

Jagen für den Wald

Das künstliche Hochpäppeln von Wild verstärkt das „Waldsterben von unten“

Für eilige Freizeitjäger kann es gar nicht genug Rehe und Hirsche im Wald geben. Doch sind die Wildbestände zu hoch, kann sich der Wald nicht regenerieren. Das Jagdrecht muss dringend an den Lebensraum Wald angepasst werden – und nicht die Waldwirtschaft an die Trophäenwünsche einiger weniger. Zu einer naturnahen Waldwirtschaft gehört auch ein Verbot der Wildtierfütterung im Winter. ■ VON ELISABETH EMMERT, ÖJV

Für die kritische Auseinandersetzung mit der Jagd in Deutschland schlug vor fast genau 40 Jahren eine Stern-Stunde. Am Heiligen Abend 1971 sendete die ARD die „Bemerkungen über den Rothirsch“ von Horst Stern. Der Fernsehbeitrag endete mit den Sätzen: „Ein Wald ohne Wild ist ein armer Wald. Niemand will ihn. Niemand auch ist gegen die Jagd. Doch wenn riesige Erholungsräume wie unsere Alpen oder der Bayerische Wald durch feudalistische Wildansammlungen an den Rand des Ruins gebracht werden, dann ist es an der Zeit, über die Privilegien einiger weniger auf Kosten der Allgemeinheit öffentlich zu reden. Ich meine, dies ernste Thema war eine knappe Stunde Ihrer stillsten Nacht des Jahres wert. Man rettet den deutschen Wald ja nicht, indem

man ‚O Tannenbaum‘ singt.“ Sind die von Horst Stern aufgezeigten Probleme für den Wald durch zu viele Rehe und Hirsche auch heute noch von Bedeutung oder ist das alles Vergangenheit?

Schalenwildbestände so hoch wie nie

Die seit den 1970er-Jahren immer deutlicher werdenden Symptome des Waldsterbens durch Schadstoffeinträge aus der Luft haben in der Öffentlichkeit auch das Bewusstsein für das „Waldsterben von unten“ geschärft. Wenn schon der Zerfall der älteren Bestände nicht mehr aufzuhalten schien, war es umso wichtiger, die Verjüngung der nächsten Baumgeneration zu ermöglichen. Wie anhand der Abschusszahlen eindeutig nachweisbar ist, haben

sich die Schalenwildbestände – Reh, Rothirsch, Damhirsch, Mufflon und Gämse – in den letzten 100 Jahren mindestens verzehnfacht und sind heute in Mitteleuropa so hoch wie wohl noch nie seit Beginn der Waldentwicklung nach der letzten Eiszeit. Ein geringer und natürlicher Verbiss – also das Abbeißen von Knospen, Blättern und Zweigen – ist in einem intakten Ökosystem tolerierbar und „eingeplant“. Doch heute ist der Wald in weiten Teilen Europas nur noch bedingt naturnah. Ebenso wenig sind die Populationen der Wildwiederkäufer in einem naturnahen Zustand. Sie sind vielmehr aufgrund jagdlicher Eigeninteressen künstlich hochgepäpelt („gehegt“) worden. Der eilige Freizeitjäger braucht hohe Wilddichten leicht bejagbarer Bestände, um zum Schuss zu kommen – und nach wie vor gilt die Erbeutung großer Trophäen als Beweis für erfolgreiches Jagen.

Waldstrategie 2020: Abschied von der Nachhaltigkeit

Am 21. September hat die Bundesregierung ihre „Waldstrategie 2020“ verabschiedet. Das Papier markiert eine Kehrtwende der deutschen Waldpolitik. Durch die beabsichtigte Steigerung des Holzeinschlags um 40 Prozent wird der Wald vom CO₂-Speicher zum Kohlenstoffemittenten. Statt dem Klimawandel entgegenzuwirken, beschleunigt ihn die Waldstrategie sogar noch.

Das Ziel der nationalen Biodiversitätsstrategie, fünf Prozent der Waldfläche einer natürlichen Entwicklung zu überlassen, wird in der Waldstrategie nicht explizit genannt, ebenso wenig die besondere Verpflichtung Deutschlands zum Schutz alter, naturnaher Buchenwälder.

Auch den jagdlichen Problemen wird die Strategie nicht gerecht. Durch eine entsprechende Jagdausübung sollen sich nur die schon vorhandenen Hauptbaumarten ohne Zaunschut verjüngen können. Für den klimabedingt mehr denn je notwendigen Waldumbau müssen aber gerade die Jungpflanzen der Mischbaumarten aufwachsen können.

Die vorhandenen Probleme sollen nach der Waldstrategie vor allem durch den Dialog vor Ort gelöst werden. Doch die Interessen der gesamten Gesellschaft an naturnahen Wäldern müssen Vorrang vor den Partikularinteressen von Freizeitjägern erhalten. (siehe auch S. 20)

Kaum eine Chance für Tanne und Buche

Die mit der Hege verbundene flächendeckende Wildfütterung hebt den winterlichen Nahrungsengpass für die Tiere auf und erhöht die Vermehrungsrate. Der bevorzugte Verbiss der ökologisch so wichtigen Mischbaumarten verhindert nach wie vor auf großen Flächen den Umbau der instabilen Nadelholzreinbestände. Tannen sowie Laubhölzer wie Buche, Eiche oder Ahorn, die für einen artenreichen Wald gerade in Zeiten des Klimawandels dringend notwendig sind, werden entweder gänzlich aufgefressen oder von der Fichte überwachsen. Durch die Überweidung der krautigen Bodenvegetation verarmen sogar die Insektenwelt und die Fauna der Bodenlebewesen.

Technische Scheinlösungen

Durch Kulturschutzzäune oder durch aufwendigen Einzelschutz mit chemischen oder mechanischen Mitteln soll das Wild von gefährdeten Jungpflanzen ferngehalten werden. Die Zäune begegnen Spaziergängern auf Schritt und Tritt und sind Zeichen für die Disharmonie zwischen Wald und Wild. Doch selbst diese Maßnahmen können bei hohem Wilddruck die Erhaltung standortgerechter, artenreicher Wälder nicht sichern geschweige denn umfassende Waldumbaumaßnahmen ermöglichen.

Besonders drastisch wirkt sich das in Regionen aus, in denen eine großflächige Zäunung nicht möglich ist, vor allem im Bergwald des Alpenraums. Dessen Schutzfunktion gegen Erosion und Lawinen ist unersetzlich. Ein Hektar künstliche Lawinverbauung kostet 500.000 Euro und ist ohne eine nachfolgende Regeneration des Waldes vergebens.

Jagd muss lebensraumverträglich sein

Diese aus Sicht der Forstwirtschaft und des Naturschutzes unhaltbaren Verhältnisse lassen sich nur ändern, wenn die Schalenwildbestände an ihre Lebensraumkapazität angepasst werden. Nicht nur die Waldwirtschaft muss naturnah sein, sondern auch die Jagdausübung – und naturnah sind in Waldgebieten eben auch geringe Wilddichten. Eine lebensraumverträgliche, im Wortsinn ökologische Jagd bejagt das Schalenwild waldbewusst und ist Voraussetzung für eine nachhaltige Waldnutzung und die Erhaltung naturnaher Waldökosysteme. Nur mit dem traditionellen Einzelansatz, bei dem der Jäger aus dem zahlreich vorkommenden Wild nach seinen subjektiven Kriterien auch noch auswählen kann, ist das allerdings nicht zu schaffen. Bei veränderten Waldstrukturen und „unübersichtlicheren“ Wäldern werden Bewegungsjagden im Winter, bei denen Treiber und Hunde das Wild vor die Schützen bringen, immer wichtiger.

Umgesetzt wird das alles jedoch bisher nur in Ausnahmefällen von besonders engagierten Forstleuten, Waldbesitzern und Jagdausübenden.

Alte Zöpfe abschneiden

Im Interesse des Waldes müssen außerdem mehrere Bereiche im Jagdrecht besser geregelt werden:

- ▶ Die Abschusszahlen müssen sich ausschließlich an den Zielen und Forderungen des Naturschutzes und einer naturgemäßen Forstwirtschaft orientieren. Messlatte muss dabei der Vegetationszustand sein.
- ▶ Jede Fütterung, die für das Überleben der heimischen Arten nicht erforderlich ist, muss verboten werden.
- ▶ Die Jagdzeiten für unterschiedliche Wildarten sind zu vereinheitlichen, um im Herbst und Winter erfolgreich und effektiv jagen zu können.
- ▶ Die Waldbesitzer als eigentliche Inhaber des Jagdrechts müssen mehr Einflussmöglichkeiten auf die Jagdausübung erhalten, damit sie ihr Ziel einer naturnahen Waldbewirtschaftung besser durchsetzen können.

Darüber hinaus ist eine grundlegende Novellierung der Jagdgesetzgebung dringend notwendig. Das Jagdrecht muss an die heutigen gesellschaftlichen Anforderungen, wildbiologischen Erkenntnisse und ökologischen Zusammenhänge angepasst werden. Handlungsfelder, die dringend neu geregelt werden müssen, sind das Aussetzen von jagdbaren Tieren, die Jägerausbildung, der Abschuss von Hunden und Katzen, die Fallenjagd, die Jagd in Schutzgebieten oder die Liste der jagdbaren Tierarten.

Literaturhinweis

- ▶ Bode, W.; Emmert, E.: Jagdwende. Vom Edelhobby zum ökologischen Handwerk. C.H. Beck, München 2000, 320 S., 13,50 €, ISBN 978-3406459931

Die freiberufliche Biologin und Landschaftsplanerin Elisabeth Emmert ist Bundesvorsitzende des Ökologischen Jagdverbandes (ÖJV) und Präsidiumsmitglied beim Deutschen Naturschutzring (DNR). Sie ist aktive Jägerin in einem naturgemäß bewirtschafteten Waldbesitz.

Kontakt: Tel. +49 (0)2742 / 9106-26, Fax -28,
E-Mail: e.emmert@oejv.de,
www.oejv.de



LUST AUF NATUR & Wildnis?



PROBEABO jetzt anfordern!

Zwei Ausgaben für nur
9 Euro (inkl. Versand)
unter: kontakt@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis, Nationalparks und Großschutzgebiete lesen möchten:
www.oekom.de/nationalpark



oekom
verlag

Energieeffizienz

Weißer Zertifikate – weiße Weste?

Ein neues Instrument in der Energieeffizienzpolitik könnte langfristig Energie einsparen helfen

Die EU-Kommission will die Einsparpotenziale beim Energieverbrauch besser ausschöpfen und schlägt dafür verpflichtende Systeme für Energieeffizienz vor. Politische Maßnahmen mit absoluten Reduktionszielen können dabei helfen. Ob sich die Vergabe von sogenannten weißen Zertifikaten als Königsweg oder Sackgasse erweist, hängt aber auch von ihrer Umsetzung ab. Effizienz allein reicht nicht, wenn dafür mehr Produkte genutzt werden. ■ VON JAN ROSENOW

In jüngster Zeit ist in Deutschland häufiger von sogenannten weißen Zertifikaten die Rede: Die Bundeskanzlerin hat sie ausdrücklich als eine mögliche Alternative zur Gebäudesanierung erwähnt. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat die Einführung von weißen Zertifikaten im Haushaltsbereich vorgeschlagen, ebenso die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz.

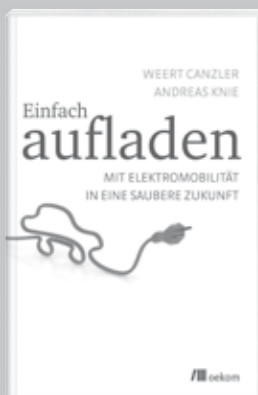
Weißer Zertifikate verpflichten zum Energiesparen

Weißer Zertifikate sind ein politisches Instrument zur Energieeinsparung. Sie beinhalten eine Energieeinsparverpflichtung durch die Energieerzeuger oder Netzbetreiber, die bei den Konsumenten durch Energieeffizienzmaßnahmen zu erfüllen

ist. Das kann eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen beinhalten – von der Gebäudedämmung bis zur Förderung der Nutzung stromsparender Hausgeräte.

Weißer Zertifikate weisen die erzielte Energieeinsparung nach und sind handelbar. Die verpflichteten Energieversorger oder Netzbetreiber können entweder die Energieeffizienzmaßnahmen selbst durchführen oder weißer Zertifikate zukaufen. Sparen sie mehr ein, können sie Zertifikate verkaufen. Das System funktioniert also ähnlich wie der EU-Emissionshandel, nur dass in diesem Fall eine Energie- beziehungsweise CO₂-Einsparung und nicht das Recht der Nutzung von Energie oder CO₂ gehandelt wird. Wie beim Emissionshandel sollen weißer Zertifikate die Kosten minimieren, da die Einsparungen – theoretisch – dort erfolgen, wo sie am günstigsten sind.

Wenn es nach der Europäischen Kommission geht, werden weißer Zertifikate demnächst Realität in vielen EU-Mitgliedstaaten: Die EU-Energieeffizienzrichtlinie vom Juni dieses Jahres verlangt die Einführung eines „Energieeffizienzverpflichtungssystems“ in allen Mitgliedstaaten. Ursprünglich sah die Richtlinie vor, dass alle Energieverteiler oder Energieeinzelhandelsunternehmen jährliche Einsparungen von 1,5 Prozent ihres Energieabsatzvolumens erreichen müssen. Allerdings wurde in der Endfassung der Richtlinie – angeblich auf Druck der deutschen Bundesregierung – in letzter Minute eine Klausel eingeführt, die diese Bestimmung aufweicht. Die Klausel gestattet es den Mitgliedstaaten, auch andere Maßnahmen zu ergreifen, um Energieeinsparungen bei den Endkunden zu bewirken, solange die Einsparung von



Sprit aus der Steckdose

Unsere Metropolen brauchen neue Verkehrskonzepte, unsere Fahrzeuge neue Antriebe. Klimawandel, Rohstoffknappheit und der drohende Verkehrsinfarkt erzwingen einen Wechsel hin zu postfossilen Energieträgern. Die Lösung heißt: vernetzte Elektromobilität. Sie kann die Bewegungsfreiheit schaffen, die moderne Gesellschaften benötigen. Weert Canzler und Andreas Knie skizzieren den Einstieg in eine neue Mobilität, die eine Verknüpfung von öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln erreicht – und das vollständig auf Basis erneuerbarer Energien.

W. Canzler, A. Knie

Einfach aufladen

Mit Elektromobilität in eine saubere Zukunft

124 Seiten, Klappenbroschur, 9,95 Euro, ISBN 978-3-86581-270-4

Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



1,5 Prozent erreicht wird. Es gilt als wahrscheinlich, dass Deutschland von dieser Klausel Gebrauch macht.

Skepsis trotz positiver Erfahrungen

Während in Deutschland weißen Zertifikaten mit großer Skepsis begegnet wird, haben andere EU-Staaten schon seit vielen Jahren positive Erfahrungen mit dem Instrument machen können. Nach der Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte haben Großbritannien, Frankreich, Italien, Dänemark und Flandern (Belgien) Energieeinsparverpflichtungen eingeführt, kürzlich auch Polen. Einige Länder wie Großbritannien erlauben lediglich bilateralen Handel von Zertifikaten zwischen den verpflichteten Unternehmen, während andere Staaten wie zum Beispiel Italien einen unbeschränkten Handel an der Börse zulassen. Das bislang älteste Weiße-Zertifikate-System in der EU existiert in Großbritannien, wo schon 1994 moderate Einsparverpflichtungen eingeführt wurden. Mittlerweile sind die weißen Zertifikate in Großbritannien das mit Abstand wichtigste Instrument, um in Haushalten die CO₂-Emissionen nachhaltig zu reduzieren.⁽¹⁾ Es wird grundsätzlich als erfolgreich bewertet. Ähnliche Erfahrungen gibt es in den anderen genannten Ländern.

Momentan wird im Bereich des häuslichen Energieverbrauchs hauptsächlich über die Energieeinsparverordnung (EnEV) und das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm versucht, den Energiebedarf zu verringern. Die EnEV bezieht sich vor allem auf Neubauten, bei Gebäuden im Bestand greift sie nur im Fall von größeren Sanierungen. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm konzentriert sich auf bessere Gebäudedämmung und effizientere Wärmebereitstellung. Es gibt also schon politische Instrumente. Doch ein Vorteil der weißen Zertifikate ist, dass hier ein absolutes Reduktionsziel festgelegt und so – vorausgesetzt die Umsetzung ist adäquat – eine garantierte Reduktion des Energieverbrauchs erreicht werden kann.

Das ist deshalb interessant, weil Energieeffizienzmaßnahmen nicht unbedingt zu einem sinkenden Energieverbrauch

führen müssen: Trotz steigender Energieeffizienz nimmt der Energieverbrauch in Deutschland zu. Die Haushalte benutzen zwar immer energiesparendere Geräte, deren Zahl steigt jedoch immer weiter an – und damit auch der Gesamtstromverbrauch (siehe Kasten). Auch kleinere Haushalte und die Zunahme der Wohnfläche lassen den Energieverbrauch ansteigen. Dadurch ist der Energieverbrauch in den Haushalten seit 1990 nur wenig gesunken.⁽²⁾ Weiße Zertifikate können eine Möglichkeit sein, dieses Problem besser in den Griff zu bekommen.

Potenzial in Deutschland

Die bestehenden Instrumente wie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und die EnEV sind wichtige Pfeiler der deutschen Energieeffizienzpolitik und sollen es auch bleiben. Ein (aufgestocktes) CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und

eine verschärfte EnEV mit Blick auf den Gebäudebestand im Sinne des kürzlich vom NABU vorgeschlagenen Sanierungsfahrplans 2050⁽³⁾ sind durchaus mit weißen Zertifikaten kompatibel: Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm kann erhebliche finanzielle Mittel für die kostenintensiven Maßnahmen bereitstellen, die von weißen Zertifikaten nicht abgedeckt werden. In der EnEV könnten Mindesteffizienzstandards gesetzt werden, um auch solche Gebäude auf einen akzeptablen Standard zu bringen, die von weißen Zertifikaten und dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm nicht erreicht werden. Weiße Zertifikate könnten sich vor allem auf die Maßnahmen im mittleren Kostensegment konzentrieren.

Bislang hat Deutschland keine Erfahrung mit weißen Zertifikaten und es ist davon auszugehen, dass neben dem Lernprozess in den ersten Jahren auch Anlaufschwierigkeiten zu erwarten sind. Auch die genaue Ausgestaltung liegt nicht auf der Hand und viele Entscheidungen, zum Beispiel wer die Verpflichteten sein sollen, welche Maßnahmen akzeptiert werden und wie die Reduktionen kalkuliert werden, sind durchaus komplex. Trotz gewisser Hürden würden weiße Zertifikate das bestehende Instrumentarium bereichern und könnten einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Minderung des Energieverbrauchs führen.

Anmerkungen

- ▶ (1) Rosenow, J. (2011): Different Paths of Policy Change. The Case of Domestic Energy Efficiency Policy in Britain and Germany. In: Proceedings of ECEEE Summer Study, 261–272
- ▶ (2) Co2online, Fraunhofer-Institut für Bauphysik (2007): CO₂-Gebäudereport 2007. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
- ▶ (3) www.nabu.de/themen/energie/gebäude/13959.html

Jan Rosenow promoviert an der Universität Oxford im Bereich Energieeffizienzpolitik. Er ist Mitglied im Think Tank 30, einem unabhängigen Netzwerk junger Leute unter dem Dach des Club of Rome.

Kontakt: Tel. +44 (0)1865 / 275864, E-Mail: jan.rosenow@gmail.com, www.janrosenow.com



Ungeliebter Reboundeffekt

Effizienzsteigerungen werden selten in vollem Umfang wirksam und können sogar kontraproduktiv sein. Grund dafür ist der sogenannte Reboundeffekt: Wer sich etwa eine neue, hocheffiziente Heizung zulegt, dann aber in mehr Zimmern oder länger als bisher heizt, weil die Heizkosten ja viel niedriger sind, wird am Ende kaum etwas sparen und vielleicht sogar drauflegen müssen.

Ein im Juni vorgelegter Bericht für die EU-Kommission zeigt: Der Reboundeffekt ist schwer zu messen, er darf aber nicht vernachlässigt werden. Genau das tue aber die Politik, schreiben die Autoren. Sie fanden nur eine Ausnahme: die britische Energieeffizienzpolitik. Laut der Studie lässt sich Rebound vermeiden, wenn die Preise durch fiskalische Maßnahmen auf gleichem Niveau gehalten werden. Umweltgruppen fordern dagegen eine Deckelung beim Verbrauch. [mb]

▶ <http://rebound.eu-smr.eu>

Green Economy

Eine vom Boom überrannte Vision

Die Akzeptanz der Erneuerbaren-Branche ist durch Machtstrukturen und massives Wachstum gefährdet

Vor 30 Jahren träumte die Avantgarde der „Alternativenergie“ nicht nur davon, Kernkraft und Kohle durch Sonne und Wind zu ersetzen, sondern auch von einem anderen Gesellschaftsmodell. Doch heute gehorchen die meisten Erneuerbaren-Unternehmen den Börsenzwängen. ■ VON GOTELIND ALBER

Die erneuerbaren Energien haben einen unglaublichen Aufschwung hinter und hoffentlich noch vor sich. Europaweit verfügt Deutschland über die größten Produktionskapazitäten und Märkte für Erneuerbare, die Wertschöpfung betrug im Jahr 2009 über 37 Milliarden Euro. Mit Zuwachsraten bis über 30 Prozent kann kaum ein anderer Wirtschaftssektor mithalten – und jetzt kommt, angetrieben von der Atomkatastrophe in Fukushima, noch die Energiewende dazu. Kein neuer Begriff übrigens: Etwa 30 Jahre ist es her, seit das Öko-Institut seine Energiewendestudie veröffentlicht hat, die erste einer langen Reihe von Studien zur Machbarkeit des Atomausstiegs. Durch Tschernobyl erlangte das Werk breitere Resonanz, nachdem sich vielerorts „Energiewendekomitees“ zusammengefunden hatten, um auf kommunaler Ebene den Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung voranzubringen.

Vergleicht man die Prognosen des Öko-Instituts mit der Entwicklung der Erneuerbaren bis heute, so hält diese insgesamt relativ gut den damaligen Erwartungen stand. Am Ziel, den Energieverbrauch zwischen 1990 und 2010 um rund ein Drittel zu verringern, sind wir hingegen kläglich gescheitert. Heute ist man froh, den Verbrauch von 1990 in etwa gehalten zu haben, und verschiebt die Halbierung des Energieverbrauchs auf 2050. Doch was ist mit der Vision geschehen, die die erneuerbaren Energien nicht nur als technologische Innovation, als Substitut für Kernkraft und Kohle, sondern als Element eines anderen Gesellschaftsmodells betrachtete? Ein Gesellschaftsmodell, das auf Dezentralisierung und Demokratisierung sowohl der Energieerzeugungsstrukturen als auch der

gesellschaftlichen Strukturen basierte, das Überschaubarkeit, Vielfalt, Gerechtigkeit, Beteiligung garantierte und die Wachstumslogik zugunsten von Kreislaufwirtschaft und qualitativem Wohlstand infrage stellte.

Diese Vorstellungen sind durch den Boom der Branche überrannt worden. Zwar gibt es noch Unternehmen wie etwa Wagner Solar, die sich im Besitz der Blegschaft befinden und dieser weitgehende Beteiligung ermöglichen und die sich über ihr Kerngeschäft hinaus gesellschaftlich engagieren. Im Dschungel der Ökostromanbieter existieren auch noch die echten Ökos, zum Teil noch in Zeiten gegründet, als von „Alternativenergie“ gesprochen wurde, und es gibt zahlreiche Genossenschaften, die am Wachstum der Branche beteiligt sind. Doch das sind die kleineren Anlagen, während die Größe der durchschnittlichen Neuinstallationen ungeahnte Ausmaße erreicht.

Die Branche schwimmt im Mainstream

Den Boom haben andere Unternehmen und der Boom hat andere Unternehmen geschaffen. Da beißt sich die Katze in den Schwanz: Wer rasantes Wachstum will, braucht Skaleneffekte und richtig viel Investitionskapital. „Fotovoltaikindustrie fährt traumhafte Gewinne ein“, so der Titel einer Branchennachricht von 2006, in der über die Verdoppelung der Gewinnmarge von 15 auf 30 Prozent berichtet wurde. Ganz so rosig sieht es heute zwar nach der Finanzkrise nicht mehr aus, aber die Gewinnmargen sind immer noch so hoch, dass es auch für traumhafte Chefgehälter reicht. So deckelte die SolarWorld AG, der führende Fotovoltaikhersteller auf Basis

kristalliner Zellen, die Managergehälter 2009 per Selbstverpflichtung: Die Bezüge jedes Vorstandsmitglieds wurden auf das 20-Fache des Durchschnittsbruttoeinkommens im Konzern begrenzt. Das ermöglicht immer noch ein schönes Einkommen und deutet die mögliche Spreizung der Gehälter an.

Dass der Windanlagenhersteller Enercon noch dem Gründer gehört, einem der Pioniere der Windkraft, ist ein Einzelfall. Die Mehrheit der größeren Unternehmen ist mittlerweile börsennotiert, in einige haben sich große Investoren eingekauft, etwa eine Schweizer Finanzholding beim Solarzellenhersteller Q-Cells. Das schafft Sachzwänge und verändert Unternehmensphilosophie und -klima. Gleichzeitig macht das rasche Wachstum die Unternehmen fragil. Die fetten Gewinnmargen trieben die Aktienkurse hoch, mit dem entsprechenden Risiko für die AnlegerInnen, denn die Konkurrenz, vor allem aus China, schläft nicht, zumal viele der Unternehmen immer stärker exportabhängig geworden sind.

Damit schwimmt die Erneuerbaren-Branche im Mainstream und droht sich der traditionellen Energiewirtschaft anzunähern, die umgekehrt ebenfalls auf den Zug aufgesprungen ist. Vor allem Offshorewindenergie erfordert große Investitionen und damit entsprechende Investoren. Deshalb plant jetzt etwa Blackstone, eine US-Investmentgesellschaft mit zwiespältigem Ruf, den Bau mehrerer Windparks in der Nordsee, nachdem die Vergütung für Offshorewindkraft nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erhöht wurde. Das hat mit der ursprünglichen Vision von dezentraler Struktur und Kontrolle nichts mehr zu tun.

Oder schauen wir uns als Indikator für den gesellschaftlichen Wandel die Beteiligung von Frauen im Bereich Erneuerbare an. Vom Nutzen des Ausbaus erneuerbarer Energien im Sinne des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung profitieren Männer und Frauen im gleichen Maß, unbestritten. Aber die ökonomischen Effekte sind ungleich verteilt.

Das gleiche Missverhältnis in Grün

Die positiven Arbeitsplatzeffekte der Erneuerbaren-Branche tragen nicht unmaßgeblich zur Akzeptanz der Regenerativen bei. Die Branche hat mittlerweile 370.000 Arbeitsplätze geschaffen, also deutlich mehr als der konventionelle Energiesektor mit 235.000 Beschäftigten. In diesen Jobs arbeiten jedoch zu 75 Prozent Männer.

In der Solarbranche ist der Frauenanteil etwas höher, in der Geothermie deutlich geringer. Bedenklich ist vor allem, dass es um den Frauenanteil in der Ausbildung kaum besser bestellt ist, und auch an der Spitze der Unternehmen sieht der Frauenanteil um kein Haar rosiger aus als in der konventionellen Energiebranche, der Großteil der Vorstände ist rein männlich besetzt. Zudem scheint es den meisten Unternehmen kein Anliegen zu sein, dies zu ändern: Frauenförderprogramme, mittlerweile fast Standard in anderen technologieorientierten Branchen, sind eine Rarität.

Zentraler Hebel der Erfolgsgeschichte der Regenerativen in Deutschland war und ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Durch seine garantierte Einspeisevergütung beschert es Investoren verlässliche Bedingungen und eine gesicherte Rendite. Seit Inkrafttreten des Gesetzes haben alle StromkonsumentInnen zusammen über 26 Milliarden Euro als EEG-Aufschlag auf den Strompreis bezahlt und damit nicht nur den Boom der Erneuerbaren ermöglicht, sondern auch zur technischen Weiterentwicklung und Optimierung der Technologien und zum Ausbau der Produktionskapazitäten beigetragen. Der Großteil des EEG-Aufschlags kam dabei der Fotovoltaik zugute und führte zu einer beispiellosen Kostendegression, von der letztlich die ganze Welt profitiert.

Die Branche rechnet damit, dass in den nächsten Jahren die Netzparität erreicht wird, das heißt Strom aus der eigenen Fotovoltaikanlage kommt dann nicht teurer als der Endkundenpreis vom Strom aus der Steckdose. Insofern ist das EEG für den Zugang zu sauberer und umweltfreundlicher Energie im globalen Süden vielleicht nützlicher als viele Programme der Entwicklungszusammenarbeit, die oft nicht dauerhaft und nur punktuell wirken.

Aber wie ist es beim EEG um die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland selbst bestellt? Zahlreiche Investoren in Erneuerbaren-Anlagen machen durch den gesicherten Einspeisetarif gute Gewinne. Auch hier stehen vor allem Männer auf der Gewinnerseite. Bei Banken und Beteiligungsgesellschaften beträgt der Frauenanteil an Einlagen und Beteiligungen im Bereich der erneuerbaren Energien zehn bis 25 Prozent. Dies betrifft sowohl die Anzahl der AnlegerInnen als auch den Umfang ihrer Beteiligungen. Bei lokalen und regionalen Solarinitiativen sieht die Situation ähnlich aus, auch dort liegt der Frauenanteil in der Regel zwischen zehn und 30 Prozent, der Anteil der gezeichneten Anteile ebenfalls.

Die Ursache dafür ist nicht, dass Frauen an den erneuerbaren Energien weniger interessiert sind, im Gegenteil. Die UBA-Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland“ bestätigt alle zwei Jahre aufs Neue, dass Frauen zu einem deutlich höheren Anteil als Männer Atomenergie ablehnen, schneller aus der Atomkraft aussteigen wollen und gleichzeitig Maßnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien stärker unterstützen.

Weniger Kapital, weniger Investitionen

Ein Grund ist das niedrigere Einkommen von Frauen. Trotz der Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten bestehen immer noch Spielräume, um Verlustzuweisungen steuerlich geltend zu machen – eine Option, die vor allem Besserverdienenden nützt und damit Frauen tendenziell benachteiligt. Immerhin ist die Gehälterlücke zwischen Männern und Frauen nach wie vor beträchtlich und bei Besserverdienenden sogar noch größer als im Schnitt.

Außerdem haben Frauen schlicht weniger Kapital zur Verfügung. Ein weiterer Grund könnte sein, dass die Kommunikation der Beteiligungsgesellschaften Frauen nicht anspricht. Dabei gibt es Ausnahmen, etwa die Umweltbank, bei der der Frauenanteil sowohl im eigenen Haus als auch an den Erneuerbaren-Anlagen deutlich höher ist als im Rest der Branche.

Damit zeigt sich, dass Frauen insgesamt weniger von den günstigen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien profitieren. Sie zahlen zwar gemäß EEG über den Strompreis die Umlage mit, diese wird aber mehrheitlich von Männern kassiert. Damit wirkt das EEG, so hilfreich es auch für den Ausbau der Regenerativen ist, als weiteres Umverteilungsprogramm zugunsten von Männern. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich, droht die Branche doch damit und mit ihrem massiven Wachstum ihre Akzeptanz zu verspielen.

Vergleicht man die heutige Situation mit dem Energiewende-Szenario vor 30 Jahren in Bezug auf Energieeffizienz und Konsum, dann wird klar, dass der Boom in Richtung Energieeinsparung, Wachstumsrücknahme und Suffizienz ausgeblieben ist. Mit einer deutlichen Verringerung des Energieverbrauchs könnten wir zur Einhaltung der Klimaschutzziele die Erneuerbaren bedachtsamer ausbauen. Aber dafür fehlen die Signale. So sagte etwa, nachdem 2007 der besorgniserregende vierte Bericht des Weltklimarats in den Medien Furore gemacht hatte, der damalige Umweltminister Sigmar Gabriel sinngemäß, die Bundesregierung werde das Problem durch technologische Verbesserungen schon in den Griff kriegen, wir sollten uns keine Sorgen machen, niemand müsse sich ändern. Das war kurzfristig. Richtig ist: Wir müssen uns ändern!

Gotelind Alber ist Physikerin und freiberuflich tätig als Politikberaterin und Wissenschaftlerin im Bereich Energie- und Klimapolitik.
Sie lebt in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 21982175,
E-Mail: gotelind@goalber.eu,
www.goalber.eu



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Elektroschrott**Hohe Sammelquote soll Ziel bleiben**

■ Der Umweltausschuss im EU-Parlament hat sich dafür ausgesprochen, an der im Frühjahr beschlossenen Position zur Elektroschrottrichtlinie (WEEE) festzuhalten. Diese war jedoch vor allem wegen des angestrebten Sammelziels von den EU-Mitgliedstaaten abgelehnt worden.

Der Umweltausschuss fordert weiterhin ein Sammelziel von 85 Prozent bis 2016, während die Mitgliedstaaten erst 2020 eine Sammelquote von 65 Prozent erreichen wollen. Im ursprünglichen Richtlinienentwurf hatte die EU-Kommission diese Quote für 2016 vorgeschlagen. Der Umweltausschuss stimmte auch dagegen, dass die Richtlinie bis 2018 nur für bestimmte Produkte gelten soll. Dies ist ein weiterer Streitpunkt mit den Mitgliedstaaten.

Das Europäische Umweltbüro EEB lobte die Entscheidung des Umweltausschusses als Schritt in Richtung einer ressourceneffizienten Gesellschaft. Mitgliedstaaten müssten die Vorschläge des Parlaments nun ernster nehmen und den Fokus von WEEE ändern. Es gehe nicht mehr nur um richtiges Abfallmanagement, sondern um eine möglichst effektive Ressourcennutzung. Die Verantwortung für einen politischen Durchbruch liege nun beim Ministerrat, sagte Stephane Ardit, Produktpolizistin beim EEB. [am]

- EEB, Stephane Ardit, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891097, E-Mail: stephane.arditi@eeb.org

Abfallpolitik**Müllimport floriert weiter**

■ Das deutsche Umweltbundesamt (UBA) hat die Mengen an Abfallimporten und -exporten ausgewertet. Demnach führt die Bundesrepublik deutlich mehr

genehmigungspflichtige Abfälle ein als sie exportiert: 2010 wurden 6,8 Millionen Tonnen eingeführt und 1,5 Millionen Tonnen ausgeführt. Der Transitverkehr mit Abfällen ist laut UBA um 31 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Bei den eingeführten Abfällen handele es sich hauptsächlich um behandeltes Holz, Filterstäube und andere Rückstände aus Abgasreinigungsanlagen. Der größte Teil werde „recycelt oder in geeigneter Form verwertet“. Etwa ein Zehntel, also 680.000 Tonnen, werde deponiert. Ausgeführt würden vor allem Rückstände aus der Abfallsortierung. Die wichtigsten Abnehmerländer seien die Niederlande, Polen und die Schweiz. [jg]

- www.kurzlink.de/uba-statistik-basel

EU-Chemikalienpolitik**Fracking-Chemikalien noch nicht REACH-registriert**

■ Auf einer Konferenz der Europäischen Chemikalienbehörde ECHA zur EU-Chemikalienverordnung REACH hat ein Sprecher darauf hingewiesen, dass bisher keine Chemikalie für die als Fracking bezeichnete Methode, Gas aus Gesteinen zu lösen, registriert ist. Das könne geplante Projekte ausbremsen, berichtet der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily.

Schiefergas sei zwar eine mögliche Energiequelle, sagte der Leiter der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission Karl Falkenberg, allerdings müsse geprüft werden, welche Substanzen zum Herauslösen des Erdgas- oder Erdölvorkommens aus dem Gestein verwendet werden. In den USA werde ein Großteil der Bohrungen inzwischen durch Fracking-Methoden begleitet, Polen habe Interesse an der Nutzung und in Großbritannien seien große Vorkommen entdeckt worden. Frankreich allerdings habe das Fracking im Juli verboten, berichtete Falkenberg.

Die Methode des Hydraulic Fracturing (Fracking) ist umstritten, weil durch das Einpressen von mit Chemikalien versetz-

ten Flüssigkeiten das Gestein künstlich poröser gemacht wird, um an die fossilen Ressourcen zu gelangen. Mögliche Grundwassergefährdung und der potenziell giftige Eintrag in die Böden alarmieren seit Jahren UmweltschützerInnen (umwelt aktuell 08/09.2011, S. 2).

Die ECHA machte mit der Konferenz „REACH 2013: Act now!“ auf die nächste Registrierungsfrist am 31. Mai 2013 aufmerksam. Zu diesem Zeitpunkt müssen Unternehmen, die Chemikalien in Mengen von mehr als 100 Tonnen pro Jahr herstellen oder importieren, diese Stoffe bei der ECHA registrieren lassen. [jg]

- Informationen der ECHA zur 2013-Frist: www.echa.europa.eu/2013_en.asp
- Konferenzbericht von EurActiv: www.kurzlink.de/euractiv-29-09-2011

Biozide**Neue Verordnung nimmt nächste Hürde**

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat im Oktober der überarbeiteten Biozidverordnung zugestimmt. Damit ist der Weg frei für die Abstimmung im Parlamentsplenum im kommenden Jahr. Bei der Gesetzgebung geht es um die Zulassung von Biozidprodukten und um aktive Stoffe in diesen Produkten. Biozide sind Substanzen, die zum Beispiel in Hygieneprodukten enthalten sind und gesundheitsgefährdende Organismen – wie Keime – abtöten. Die neuen Vorschläge für die Verordnung umfassen ein breites Spektrum an Bioziden, allerdings keine, die der Rechtsprechung eines anderen Ressorts unterliegen, wie zum Beispiel Pestizide in der Landwirtschaft.

Aus Sicht der Mitglieder des Umweltausschusses sind die Kriterien der Verordnung nun so streng, dass keine hochgefährlichen Stoffe zur Schädlingsbekämpfung eingesetzt werden dürfen, wenn es nicht unbedingt nötig ist. Die Kontrollen sollen jedoch verstärkt und die Kriterien für sogenannte endokrine Disruptoren, die

hormonähnlich wirken, Ende 2013 noch einmal überprüft werden. Zudem sollten insgesamt mehr Produkte EU-weit getestet werden. [mbu]

► Entwurf Biozidverordnung:
www.kurzlink.de/biozid-vo-okt2011

Umwelthormone

Giftcocktail im Schlafzimmer

■ Staub in europäischen, afrikanischen und asiatischen Schlafzimmern ist mit einem „Cocktail“ an giftigen Chemikalien belastet. Die schwedischen Umweltverbände SSNC und ChemSec testeten in einer Studie Staub aus unterschiedlichen Haushalten auf hormonell wirksame Schadstoffe (endokrine Disruptoren). Angesichts der Ergebnisse fordern die Organisationen eine verschärfte Risikobewertung für Umwelthormone, die im Verdacht stehen, Krebserkrankungen und Fortpflanzungsstörungen zu verursachen. Vor allem die kumulative und langfristige Wirkung dieser Chemikalien müsse berücksichtigt werden. Laut Studie werden in Innenräumen endokrine Disruptoren wegen der trockeneren Luft und fehlenden UV-Lichts langsamer abgebaut als in der Natur. [jg]

► Studie (englisch): www.kurzlink.de/dust-report

Industrieunfälle I

Seveso-III-Richtlinie ist Umweltschützern zu schwach

■ Der Umweltausschuss des Europaparlaments hat im Oktober über die Überarbeitung der Seveso-Richtlinie abgestimmt. Diese regelt die Präventionspläne für schwere Betriebsunfälle mit giftigen Stoffen. Mit großer Mehrheit unterstützte der Ausschuss die Pläne der EU-Kommission, die Klassifizierung von Chemikalien zu verbessern, Informationen transparenter zu gestalten und Kontrollen regelmäßiger durchzuführen.

Die Änderung der Seveso-Richtlinie soll eine neue internationale Klassifikation von Chemikalien beinhalten, die es leichter macht, giftige Stoffe zu bewerten und damit umzugehen (CLP-Verordnung). Um die Transparenz von Informationen zu erhöhen, soll laut Berichterstatter Janós Áder (Konservative, Ungarn) eine leicht verständliche Internetseite geschaffen werden. Außerdem sollen die Kontrollen von betreffenden Anlagen in einem dreijährigen Abstand erfolgen. Anlagen mit einem besonders hohen Gefährdungsrisiko sollen einmal im Jahr überprüft werden.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) stehen der Novelle der Seveso-III-Richtlinie kritisch gegenüber. Sie sehen die Gefahr, dass das Votum des Umweltausschusses Mechanismen schwächt, die dazu dienen, Unfälle zu vermeiden. Außerdem seien Regeln zum Umgang mit großen Mengen an Kohlenstoffdioxid und ätzenden Substanzen verworfen worden. [rd]

► BBU, Oliver Kalusch, Tel. +49 (0)2302 / 9564095,
E-Mail: bbu-bonn@t-online.de

Industrieunfälle II

Ätzender Rotschlamm in Ungarn ohne Folgen?

■ Ein Jahr nach der Industriekatastrophe mit stark ätzendem Rotschlamm in Ungarn hat die Umweltorganisation WWF gefordert, dass dort die europäische Bergbaurichtlinie durchgesetzt wird. Trotz EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres habe die ungarische Regierung zu wenig getan, um weitere Katastrophen zu verhindern. Der WWF appellierte an die EU-Kommission, jetzt zu handeln, da Übergangsfristen bis zum Ende des Jahres auslaufen.

2010 hatte ein gebrochener Damm einer Aluminiumfabrik eine Rotschlammlawine ausgelöst. Der ätzende und schwermetallhaltige Schlamm hatte vier Städte überflutet und Menschenleben gekostet (umwelt

aktuell 05.2011, S. 10). Boden, Flüsse und Pflanzen der Region sind heute noch verseucht. Ungarns Regierung versprach zwar eine Studie zur Sicherheit, wann diese jedoch veröffentlicht wird, ist unklar.

Der WWF schlägt einen Aktionsplan vor, der Kontrollen von riskanten Betrieben in ganz Europa und einen eindeutigen Rechtsrahmen für die Umsetzung der EU-Bergbaurichtlinie von 2006 beinhaltet. Damit möchte die Naturschutzstiftung das Risiko solcher Katastrophen verringern und klarstellen, wer im Notfall die Verantwortung trägt. [tg]

► www.kurzlink.de/rotschlamm

Chemie- und Nanopolitik

Was tut Deutschland?

■ Antwort auf eine detaillierte Anfrage zu den Aktivitäten der deutschen Bundesregierung in der Chemikalien- und Nanotechnologiepolitik hat die Grünen-Fraktion erhalten. Die ausführlichen Antworten auf die Kleine Anfrage zu REACH, Umwelthormonen, Nanoteilchen, den Fortschritten bei der Umsetzung der Rotterdam-Konvention und anderen Themen sind in der Bundestagsdrucksache 17/6955 nachzulesen. [jg]

► www.kurzlink.de/dipbt-17-7162

Holzschutzmittel

Erfolg für die Umwelt

■ Seit Oktober sollten im Innenbereich von Wohnungen, Wohnhäusern und Bürogebäuden keine chemischen Holzschutzmittel mehr genutzt werden. Seitdem gilt eine entscheidende Änderung der Holzschutznorm DIN 68800-1, nach der unter anderem Dachstühle rechtlich gesehen ebenfalls zum Innenbereich von Gebäuden gehören.

Beim Einsatz chemischer Holzschutzmittel komme es immer wieder zu erheblichen Gesundheitsschäden, sagte der ►

Normungsexperte der deutschen Umweltverbände Karl-Jürgen Prull. Trotz heftigen Widerstands der Bauchemie sei es gelungen, dem baulichen Holzschutz nun Vorrang vor dem chemischen Holzschutz einzuräumen. Allerdings versuche die Bauchemielobby jetzt juristisch gegen die neue Norm vorzugehen. Der Holzschutzmittelmarkt setzt in Westeuropa rund 100 Millionen Dollar im Jahr um. Durch die Übernahme der geänderten DIN-Norm in die Landesbauordnungen erhält diese aber de facto Gesetzescharakter. [jg]

- ▶ Karl-Jürgen Prull, Tel. +49 (0)5165 / 2900030, E-Mail: k.j.prull@t-online.de
- ▶ Normungsarbeit der Umweltverbände: www.wissenwiki.de/KNU

Fluglärm

Urteil bringt BerlinerInnen um den Schlaf

■ Nur fünf Stunden garantierte Nachtruhe sollen für die AnwohnerInnen des geplanten neuen internationalen Großflughafens Berlin-Schönefeld reichen. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Mitte Oktober. Damit scheiterte

eine Klage von Anrainern, die auch zwischen 22 und 24 Uhr sowie fünf und sechs Uhr ein Flugverbot erreichen wollten. Das Gericht begründete die Beschränkung auf fünf Stunden Ruhezeit damit, dass der neue Standort besondere Funktionen als Hauptstadt- und Regierungsflughafen erfüllen müsse und eine bessere Verbindung zu internationalen Zielen ermöglichen solle.

Während sich die Luftverkehrswirtschaft sehr zufrieden mit dem Urteil zeigte, planen die Kläger den Gang vor das Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Der Richterspruch gilt als wegweisend für ähnliche Streitfälle in München und Frankfurt am Main. Der Bürgerverband Brandenburg-Berlin (BVBB) nannte die Entscheidung des Leipziger Gerichts ein „Skandalurteil“. [jg]

- ▶ www.bvbb-ev.de

Luftqualität

Verschmutzung weltweit

■ Einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge sterben jährlich zwei Millionen Menschen durch die Verschmutzung der Luft in Außen- und

Innenräumen. Besonders Feinstäube könnten durch Einatmen in die Lungen und letztlich den Blutkreislauf gelangen. Die Folgen seien Herzkrankheiten, Lungenkrebs, Asthma und Atemwegsinfektionen.

Die WHO-Luftqualitätsgrenzwerte liegen für Feinstaub bis zehn Mikrometer Größe (PM₁₀) bei 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft (µg/m³). Doch der Bericht zeigt, dass in einigen Städten der PM₁₀-Gehalt in der Atemluft bereits bei 300 µg/m³ liegt. Der Weltdurchschnittswert von PM₁₀ liegt bei 71 µg/m³, je nach Region schwankt er zwischen 21 und 142 µg/m³. Die Studie der WHO beinhaltet Daten von etwa 1.100 Städten in 91 Ländern, darunter Hauptstädte und Städte mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen. Negativbeispiele sind die Industriestadt Ahwaz in Iran (372 µg/m³), die mongolische Hauptstadt Ulan-Bator (279 µg/m³) und die Millionenstadt Ludhiana in Indien (251 µg/m³).

Bei den rund 60 untersuchten Städten in Deutschland liegt Dresden an der Spitze mit 31 µg/m³ Feinstaub, in Wolfsburg wurden durchschnittlich 17 µg/m³ PM₁₀ gemessen (Daten von 2008).

Laut der WHO-Studie ist ein dauerhaft erhöhter Anteil von Feinstaub an der Atemluft in städtischen Gebieten die Regel. Die Gesundheit nahezu aller Stadt-

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und VordenkerInnen

oekom
verlag



Themenpakete

Frisch geschnürt ist halb geschenkt

Die *politische ökologie* hat sich zu einer Buchreihe für ein breites Publikum gemausert – eine gute Gelegenheit, die einzigartige Enzyklopädie der Nachhaltigkeit neu oder wieder zu entdecken! Denn sie bleibt ihrem Anspruch treu, gegen den geistigen Strom zu schwimmen, das jeweilige Schwerpunktthema kompetent aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten, unbequeme Fragen zu stellen und unorthodoxe Lösungswege zu skizzieren. Frisch geschnürt ist halb geschenkt: An Lesestoff haben wir bei unseren Themenpaketen nicht gespart, aber Sie sparen! Bis zu 45 Prozent Rabatt gibt es auf die Themenpakete der *politischen ökologie*.

Alle Themenpakete finden Sie unter www.oekom.de/politische-oekologie

bewohnerInnen ist durch große Mengen an Luftschadstoffen gefährdet. Die Substanzen werden hauptsächlich durch Verbrennungsprozesse in Industrie, motorisiertem Verkehr und Haushaltsheizungen freigesetzt. Viele vorzeitige Todesfälle könnten verhindert werden, würden die WHO-Grenzwerte eingehalten, beklagt die UN-Organisation. [jg]

► www.kurzlink.de/who-26-09-2011

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Regenwald/Ölförderung

Merkel soll Yasuní retten

■ Die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Umweltminister Norbert Röttgen im Oktober aufgefordert, den Nationalpark Yasuní in Ecuador zu retten. Wegen der geplanten Förderung von Erdöl besteht die Gefahr, dass der Nationalpark, eines der zehn biodiversitätsreichsten Gebiete der Welt, großflächig zerstört wird. Die Regierung des Andenlandes hatte der internationalen Staatengemeinschaft angeboten, auf die Förderung des Öls zu verzichten, wenn die Hälfte der erwarteten Einnahmeausfälle durch internationale Geldzahlungen von 350 Millionen US-Dollar pro Jahr über 13 Jahre ausgeglichen wird. Im Gegensatz zu einer Zusage Deutschlands von 2008 hatte es die Bundesregierung jedoch abgelehnt, Gelder für den Erhalt des Regenwaldschutzgebietes in Ecuador bereitzustellen.

Die Dachverbände DNR, Venro, Klima-Bündnis und Forum Umwelt und Entwicklung glauben an die Ernsthaftigkeit der Initiative, da sie einem multilateralen UN-Treuhandfonds unterstellt ist. Außerdem sei Yasuní auch für die wirtschaftliche Entwicklung Ecuadors von großer Bedeutung, erklärten die Verbände. „Wenn ein Ölexportland sich aktiv bemüht, lange vor dem Ende seiner Ölreserven ein sozial gerechteres und ökologisch weitaus besseres

Entwicklungsmodell aufzubauen, ist das ein Pionierprojekt.“

Auch die Oppositionsparteien im Bundestag sprachen sich wiederholt für ein deutsches Engagement aus. Die CDU/CSU-Fraktion hatte ebenfalls Unterstützung signalisiert, einer Abstimmung im Umweltausschuss blieben jedoch fast alle Unionsabgeordneten fern. Nur die FDP-Fraktion folgte ihrem Entwicklungsminister Dirk Niebel, der „kein Geld fürs Nichtstun“ ausgeben will, und stimmte dagegen.

Bei einem Treffen zwischen Vertretern deutscher Nichtregierungsorganisationen mit dem ecuadorianischen Außenminister Ricardo Patiño und der Yasuní-Sonderbotschafterin Ivonne Baki im Oktober appellierte DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann an Merkel und Röttgen, die Blockade des deutschen Entwicklungsministers aufzuheben. [tg, mbu]

- DNR, Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- Forum Umwelt und Entwicklung, Jürgen Maier, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-88, www.forumue.de
- www.de.wikipedia.org/wiki/Yasuní-ITT-Initiative

UN-Nachhaltigkeitsgipfel

EU hat Position zu Rio+20

■ Die Europäische Union hat zum ersten Mal auf Ministerebene eine allgemeine Position zur nächsten UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung beschlossen. Der Rio+20-Gipfel, der im Juni 2012 in Rio de Janeiro stattfindet (siehe S. 30), soll sich mit nachhaltigem Wirtschaften (Green Economy) befassen und einen neuen institutionellen Rahmen für nachhaltige Entwicklung auf der UN-Ebene finden.

Auf der EU-Ratssitzung im Oktober erzielten die MinisterInnen Einigkeit darüber, dass der Übergang zu einer „grünen“ Wirtschaft starke Potenziale für „nachhaltiges Wachstum“, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Armutsbekämpfung hat. Dafür müssten nach Ansicht einiger MinisterInnen die entsprechenden politischen Maßnahmen allerdings die Bedürfnisse der Armen berücksichtigen. Mehrere

Mitgliedstaaten betonten, dass die EU hier ehrgeizige Ziele verfolgen und die Führungsrolle einnehmen sollte.

Der Rat erwartet als ein wichtiges Ergebnis des Gipfels einen Fahrplan für nachhaltiges Wirtschaften mit spezifischen Zielen und Aktionen sowie ein Reformpaket für eine bessere internationale Umweltpolitikgestaltung. Keine Einigkeit konnten die MinisterInnen jedoch über den Vorschlag erzielen, das UN-Umweltprogramm UNEP zu einer Weltumweltorganisation weiterzuentwickeln. Eine detaillierte EU-Position soll es Anfang November geben, wenn ein von der UN-Abteilung für Wirtschaft und Soziales erarbeiteter Entwurf vorliegt, in dem die Idee der Verbesserung der internationalen Umweltpolitikgestaltung weiter ausgearbeitet wird. [jg]

- Schlussfolgerungen des Rates zu Rio+20: www.kurzlink.de/rioratschl.pdf

Alternative Nobelpreise

Aktivisten für Umwelt und Menschenrechte geehrt

■ Der Right Livelihood Award, als Alternativer Nobelpreis bekannt, ist Ende September in Stockholm verliehen worden. Die diesjährigen Preisträger sind die Menschenrechtsaktivistin Jacqueline Moudeina aus dem Tschad, die internationale Nichtregierungsorganisation GRAIN und die US-Hebamme Ina May Gaskin. Einen Ehrenpreis erhielt der chinesische Ingenieur Huang Ming für die Verbreitung von Solarenergie in seinem Land.

Die Anwältin Jacqueline Moudeina setzt sich für die Strafverfolgung des ehemaligen Diktators Tschads Hissène Habré ein. Außerdem engagiert sie sich für ein stärkeres Bewusstsein der Menschenrechte in Afrika. GRAIN unterstützt Kleinbauern in ihren Bemühungen für Biodiversität in der Landwirtschaft und für demokratische Kontrolle über die genetischen Ressourcen. Des Weiteren setzt sich die in Barcelona ansässige Organisation gegen das sogenannte Land Grabbing durch Regierungen

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Energieeffizienz

Energiesparpotenziale schlummern überall: im privaten Haushalt, in der Industrie und im öffentlichen Bereich. Umgehend könnten bis zu 30 Prozent Energie – und auf diese Weise auch CO₂-Emissionen und Kosten – gespart werden, würden die bereits existierenden technischen Möglichkeiten genutzt. Wie das geht, zeigen 50 Beispiele aus der Praxis – Bausteine für die baldige Umsetzung der Energiewende.

M. Heib, T.-R. Teschner, A. Gröger

Der Klimaschatz

50 Praxisbeispiele, wie wir mit Energieeffizienz Kosten senken, Arbeitsplätze schaffen und das Klima schützen können

144 Seiten, Klappenbroschur,
komplett in Farbe, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-272-8

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

und Agrarkonzerne ein. Ina May Gaskin wurde für ihre Arbeit als Geburtshelferin geehrt, bei der die Frau im Mittelpunkt steht und die Gesundheit von Kind und Mutter gefördert wird. Der Alternative Nobelpreis wird seit 1980 jährlich vergeben, um Aktivisten auszuzeichnen, die sich mit drängenden Problemen unserer Zeit beschäftigen. [hv]

- ▶ www.rightlivelivelihood.org
- ▶ www.taz.de/!79061

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de (Rundbriefe)

politischen Großmächte hätten sich immer noch nicht einigen können.

Die EU-Umweltminister erklärten dagegen bei ihrer Ratssitzung Mitte Oktober, dass die EU einer zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode nur zustimmen werde, wenn sich auch andere Staaten für einen Fahrplan und ein bindendes Abkommen zum Klimawandel aussprechen. Damit bestätigte der Rat die Position der EU-Kommission, keine Alleingänge zu wagen. Mit Blick auf die Klimakonferenz in Durban forderte der Rat strengere Regeln für die Bilanzierung von Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungswechsel und der Forstwirtschaft. Daher sollten die in Kyoto geschaffenen Mechanismen verbessert werden. [rd]

- ▶ Hintergrund: www.iisd.ca/climate/ccwg16

KLIMA & ENERGIE

Internationaler Klimaschutz

EU und UN bereiten sich auf Durban vor

■ Während sich die Vereinten Nationen (UN) auf ihrer letzten Sitzung vor der Weltklimakonferenz in Durban (Südafrika) auf Verhandlungstexte und technische Aspekte einigten, forderte der EU-Umweltministerrat von der internationalen Gemeinschaft strengere Regeln.

Auf der UN-Veranstaltung in Panama, die Mitte Oktober zu Ende ging, wurde unter anderem über die langfristige Finanzierung von Klimaschutz, eine Richtlinie zur Berichterstattung über Emissionen und über einen bindenden klimapolitischen Rahmen diskutiert. Bei dem Treffen sollten Handlungsoptionen für mögliche Kompromisse entwickelt und das Vorgehen geklärt werden, um die vereinbarten Klimaschutzziele voranzubringen. Allerdings seien fundamentale Fragen weiterhin ungeklärt, sagte Christiana Figueres, Generalsekretärin für die Klimarahmenkonvention. Die

Emissionshandel

Vergaberegeln für Fluglinien

■ Ab 2012 müssen alle Fluglinien, die einen Flughafen innerhalb von Europa anfliegen, am europäischen Emissionszertifikatehandel teilnehmen. Ende September veröffentlichte die EU-Kommission ihre Entscheidung, wie die CO₂-Zertifikate von 2012 bis 2020 vergeben werden sollen.

Die Einbeziehung des Luftverkehrs in den EU-Emissionshandel hatte für hitzige Debatten gesorgt. Länder wie China drohten damit, gegen die Verpflichtung vorzugehen. Der US-amerikanische Luftverkehrsverband ATA legte eine Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein. Anfang Oktober empfahl die Generalwältin des EuGH, die Klage abzuweisen. Eine endgültige Entscheidung des Gerichtshofs wird für Januar erwartet.

Die Entscheidung der Kommission sieht vor, dass bis 2020 etwa 85 Prozent der Zertifikate kostenlos und die restlichen 15 Prozent im Rahmen einer Auktion an die Fluglinien verteilt werden. Die Mitgliedstaaten haben nun drei Monate Zeit, die Anzahl der Zertifikate (European Union Allowance, EUA) zu bestimmen, die die einzelnen Fluggesellschaften erhalten. Bis 2020 sollen die Fluglinien insgesamt

fünf Prozent ihrer Emissionen im Vergleich zu den Jahren 2004 bis 2006 einsparen.

Der WWF lobte die Entwicklung als einen wichtigen Schritt, Emissionen im stark wachsenden Verkehrssektor zu senken. Jedoch sei dies ein bescheidener Start, da bis 2020 CO₂-Zertifikate im Wert von 2,3 Milliarden Euro an die Luftfahrt verschenkt würden. Stattdessen müsse die Kommission alle Emissionszertifikate versteigern und die Einnahmen in globale Klimaschutzprojekte investieren. [rd]

► Benchmarks: www.kurzlink.de/benchr

Klimaschutz

Neue EU-Regelung für F-Gase

■ Connie Hedegaard, EU-Kommissarin für Klimaschutz, hat dem Europäischen Parlament im September eine Überarbeitung des aktuellen Regelwerks zu fluorierten Gasen für das kommende Jahr zugesichert.

Fluorierte Gase wie HCF-23 oder HFKW verstärken den Treibhauseffekt und sind in Lösch- und Kältemitteln enthalten. Ein Bericht der EU-Kommission erörtert nun mögliche Handlungsoptionen, darunter Mengenbegrenzungen für F-Gase im europäischen Binnenmarkt, Produktverbote oder freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie. Bis zum 19. Dezember können Verbände in einer Konsultation der EU-Kommission Stellung beziehen. [rd, sl]

► www.ec.europa.eu/clima/consultations/0011

Energieeffizienz

Europäisches Parlament will stärkere Richtlinie

■ Nachdem die EU-Kommission verbindliche Reduktionsziele für Mitgliedstaaten in ihrem Entwurf zur Energieeffizienzrichtlinie vorerst ausgeschlossen hatte, hat der EU-Parlamentsabgeordnete und Berichtersteller zur Richtlinie Claude

Turmes (Grüne) im Oktober verpflichtende Energieeinsparziele gefordert.

Turmes ist als Rapporteur bei der Erstellung der Parlamentsposition zur Richtlinie federführend. Er empfiehlt weiterhin, jährliche Energiesparziele für Energieversorger in Höhe von 1,5 Prozent zu unterstützen. Dann müssten die Versorger Programme anbieten, die Endkunden helfen, Energie zu sparen. Die Regelung soll nach Ansicht von Turmes auch für den Verkehrssektor gelten, den die EU-Kommission und Polen jedoch ausschließen wollen.

Des Weiteren müsse die EU ausreichend Finanzinstrumente für die benötigten Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen bereitstellen, so Turmes. Dafür könne sie auch auf bestehende Instrumente wie den Kohäsionsfonds oder Einnahmen aus der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten im Emissionshandel zurückgreifen.

Diese Forderungen werden durch eine Studie des Building Performance Institute Europe (BPIE) untermauert. Die Studie fordert neben einem Fahrplan für mittel- und langfristig bindende Vorgaben im Gebäudesektor auch eine EU-Finanzierung für die energetische Gebäudesanierung. Der Bericht wurde im Rahmen der Kampagne Renovate Europe erstellt, die durch den Unternehmerverband EuroAce initiiert wurde. [rd]

► DNR-Factsheet: www.kurzlink.de/effrl

► www.renovate-europe.eu

Erneuerbare Energien

Brandenburg ist Weltmeister

■ Ende September ist in Brandenburg auf einer ehemaligen Tagebaufäche bei Senftenberg eine der größten Fotovoltaikanlagen Deutschlands in Betrieb genommen worden. Insgesamt 330.000 Solarmodule mit einer Gesamtleistung von 78 Megawatt wurden auf 200 Hektar Fläche installiert. Das berichtet die Onlineplattform Klimaretter.info. Nach Angaben der Betreiberfirma Saferey ging damit der weltgrößte Fotovoltaikkomplex ans Netz. Gemeinsam mit zwei bereits bestehenden Anlagen werden

in der Region jetzt 166 Megawatt Strom erzeugt. Damit können 25.000 Haushalte versorgt werden.

Brandenburg investiert massiv in den Ausbau der Solarkraft. In der Nähe von Berlin wird auf einem ehemaligen Militärflughafen ein Kraftwerk errichtet, andere befinden sich im Kreis Oberspreewald-Lausitz und auf der Lieberoser Heide. Weitere Solarkraftwerke sind im Bau.

Um den zusätzlichen „Grünstrom“ transportieren zu können, müssen die Stromnetze Brandenburgs stark ausgebaut werden. Bis zum Jahr 2020 sind dafür laut Schätzungen Investitionen in Höhe von zwei Milliarden Euro notwendig.

Brandenburg ist außerdem führend in der Stromerzeugung aus Windenergie. Das Bundesland besitzt nach Niedersachsen die meisten Windräder Deutschlands und deckt damit rund 46 Prozent seines Netto-Strombedarfs. Allerdings bleibt Brandenburg trotzdem „Klimasünder Nr. 1“, da das Land wegen seiner vielen Braunkohlekraftwerke pro Einwohner jährlich 26 Tonnen Kohlendioxid produziert. [UWD, sl]

► www.eu-umweltbuero.at

Agrokraftstoffe I

EU hat falsche Zahlen

■ Nach einem Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Europäischen Umweltagentur EEA liegen den von der EU-Kommission angegebenen Emissionseinsparungen durch Biokraftstoffe massive Berechnungsfehler zugrunde. Der Bericht bestätigt Untersuchungen der Umweldachorganisationen BirdLife International und Europäisches Umweltbüro (EEB), wonach durch indirekte Landnutzungsänderungen eine „CO₂-Schuld“ entsteht. Durch die Umwandlung von Ökosystemen in Ackerflächen gingen riesige Kohlenstoffsenken verloren und große Mengen Kohlendioxid würden in die Atmosphäre emittiert. Dadurch könnten Biokraftstoffe erst nach Jahren eine klimaneutrale Bilanz aufweisen. Die aktuelle EU-Gesetzgebung basiere jedoch auf der Ansicht, dass die

Verbrennung der alternativen Kraftstoffe nur so viel Kohlendioxid emittieren, wie durch die Pflanzen vorher aufgenommen wurde. Dies sei nun wiederlegt und die EU müsse ihre Gesetze überdenken. Der Beirat fordert, dass sich die Bioenergiepolitik auf Energiequellen konzentriert, die den Kohlenstoffbestand in den Pflanzen und im Boden konstant halten oder erhöhen.

Sollten sich die Berechnungen der Wissenschaftler bestätigen und auf politischer Ebene Beachtung finden, könnte das zu einer Kehrtwende in der europäischen Bioenergiepolitik führen.

Auch Institutionen wie die Weltbank kritisieren die aktuelle Biokraftstoffgesetzgebung, da sie die Nahrungsmittelpreise in die Höhe treibe. Die EU-Kommission hat ein Regelwerk zur Kontrolle von indirekten Landnutzungsänderungen (indirect land use change, ILUC) durch den Energiepflanzenanbau um sieben Jahre aufgeschoben, da die wissenschaftlichen Unsicherheiten zu groß seien. [rd]

- Bericht und weitere Dokumente:
www.kurzlink.de/bad-science-biofuels

Agrokraftstoffe II

Forscher verlangen Gehör

■ Mehr als 100 Wissenschaftler haben die EU-Kommission aufgefordert, bei der Beurteilung des Klimanutzens von Agrosprit auch die indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) zu berücksichtigen. Für Gesetze zu alternativen Kraftstoffen sei dies „essenziell“, schreiben die Wissenschaftler, die vor allem in den USA tätig sind, in einem gemeinsamen Brief. Sie verweisen auf die Forschungsergebnisse der letzten Jahre – darunter Studien, die die Kommission selbst in Auftrag gegeben hat. Der Großteil dieser Arbeiten komme zu dem Ergebnis, dass konventioneller Agrosprit sogar zu einem erhöhten Treibhausgasausstoß führen könne. Angesichts steigender Preise für Agrarrohstoffe würden viele Bauern ihre Felder für Energiepflanzen nutzen. In der Folge weiche der Anbau von Pflanzen für die Ernährung

auf andere Flächen aus, etwa Wälder oder Brachflächen. Die EU-Gesetzgebung berücksichtige die mit dieser Zerstörung verbundenen erhöhten Emissionen nicht und schreibe daher Agrokraftstoffen einen sehr viel größeren Klimanutzen zu, als diese tatsächlich hätten.

Im Juli hatte die Europäische Kommission sieben Zertifizierungssysteme anerkannt, die sicherstellen sollen, dass für die Agrospritproduktion keine ökologisch sensiblen Flächen zerstört werden. Indirekte Landnutzungsänderungen werden dabei nicht berücksichtigt. [em]

- www.klimaretter.info/energie/hintergrund/9629

Fossile Energien

Mehr Subventionen

■ Trotz Klimawandel und Ressourcenknappheit investieren die Staaten der Welt weiter große Summen in die Förderung fossiler Brennstoffe. Die Subventionen beliefen sich laut Schätzungen der Internationalen Energieagentur IEA im Jahr 2010 auf 409 Milliarden US-Dollar. Dies sind sogar 110 Milliarden mehr als 2009.

Gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD fordert die IEA einen Stopp der Subventionen. Stattdessen müssten erneuerbare Energien und Energieeffizienz gefördert werden. [sl]

- Datenbank OECD/IEA: www.kurzlink.de/subv

CO₂-Speicherung

Bundesrat stoppt CCS-Gesetz

■ Die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industriebetrieben kann weiterhin nicht im größeren Stil in Deutschland erprobt werden. Der Bundesrat lehnte Ende September einen Gesetzesvorstoß des Bundes ab, mit dem das Treibhausgas zunächst testweise in ehemaligen Gasspeichern gelagert werden sollte. Auf eine Einberufung des Ver-

mittlungsausschusses musste aufgrund der sehr unterschiedlichen Ablehnungsgründe der Länder verzichtet werden.

Damit ist die Zukunft der sogenannten CCS-Technologie in Deutschland nach wie vor offen. Der Ball liegt nun bei der Bundesregierung oder dem Bundestag. Diese können dem Bundesrat ein neues Gesetz vorlegen oder selbst den Vermittlungsausschuss anrufen. Die Zeit für derartige Verfahren ist jedoch sehr knapp. Die EU schreibt allen Mitgliedstaaten vor, eine gesetzliche Regelung zur Kohlendioxidabscheidung und -speicherung zu verabschieden. Die Frist für ein solches Gesetzeswerk ist bereits im Juni abgelaufen. Wartet Deutschland weiter, droht zugleich ein Vertragsverletzungsverfahren.

Umweltverbände und Bürgerinitiativen begrüßten das Scheitern des seit zwei Jahren umstrittenen Gesetzes. Sie hoffen nun auf ein bundesweites Verbot der Technik, wie es derzeit in Österreich vorbereitet wird. [jgl]

- BUND, Energiereferent, Thorben Becker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-421, www.bund.net/ccs

Atomenergie

Atomlobby fordert EU-Sicherheitsstandards

■ Der neue Generaldirektor des europäischen Atomforums (Foratom) Jean-Pol Poncelet hat Mitte September auf einer Tagung der europäischen Stromindustrie die neue Richtung des Lobbyverbandes bekannt gegeben. Atomkraft müsse durch europaweit geltende Standards sicherer werden, sagte Poncelet. Foratom gehe davon aus, dass 2050 etwa ein Drittel des europäischen Energieverbrauchs durch Kernenergie gedeckt werde. Deswegen brauche man in Europa verpflichtende Sicherheitsstandards, die das Vertrauen der Bürger in die Atomkraft stärken würden.

Nach Angaben von Christian Egenhofer vom Centre for European Policy Studies sollen grenzüberschreitende Kompensations- und Reaktionspläne für radioaktive

„Eine starke Anti-Atom-Bewegung muss den europaweiten Ausstieg vorantreiben“

Der Euratom-Vertrag von 1957 zwingt auch EU-Mitgliedstaaten, die keine AKWs haben, viel Geld für die Förderung der Atomindustrie auszugeben. Das EU-Parlament hat dabei nichts zu sagen, weil vertraglich allein der Ministerrat zuständig ist. Deshalb müssen Europas BürgerInnen eine öffentliche Debatte über Euratom erzwingen, sagt Sabine Wils von der Linken.

umwelt aktuell: Frau Wils, alle kennen die EU, aber kaum jemand kennt den Euratom-Vertrag. Worum geht es in diesem Vertrag?

Sabine Wils: Die Europäische Atomgemeinschaft, kurz Euratom, wurde 1957 parallel zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, „in dem Bewusstsein, dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belegung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt“ – so steht es in der Präambel des Euratom-Vertrags. Die sechs Gründungsstaaten wollten die Materialien und Technologien zur Kernspaltung unter gemeinsamer Kontrolle stellen und die weitere Nuklearforschung und den Bau von Atomkraftwerken gemeinsam finanzieren. Der Euratom-Vertrag gilt automatisch unbefristet für alle EU-Staaten. Auch wenn sie einen Atomausstieg beschlossen haben oder gar keine Reaktoren besitzen, zahlen sie also für die Atomindustrie. Die Finanzierung von Euratom läuft über den allgemeinen EU-Haushalt in Form des Euratom-Forschungsrahmenprogramms und über direkte Kredite. Das 7. Forschungsrahmenprogramm von 2001 bis 2011 hat einen Umfang von 2,75 Milliarden Euro und wird wohl bald auf 5,2 Milliarden aufgestockt. Deutschland zahlt in diesem Jahr über 117 Millionen dafür. Mit den direkten Krediten – bisher über 3,6 Milliarden Euro – fördert die Kommission die Fertigstellung oder die Sicherheitsumrüstung von AKWs, deren Laufzeit dann verlängert wird.

Atomkraftgegner und Umweltverbände fordern bisher vergeblich die Abschaffung von Euratom. Es heißt, das sei rechtlich gar nicht möglich ...

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat in einer Ausarbeitung für die Linksfraktion im Gegensatz zum juristischen Dienst der Kommission die Rechtsauffassung vertreten, dass der Euratom-Vertrag kündbar ist. Auch die Umweltjuristin Dörte Fouquet, die auf der Anti-Euratom-Konferenz der Europäischen Linken im September als Expertin eingeladen war, verweist auf internationales Recht. Nach Artikel 62 der Wiener Konvention über das Recht der Verträge kann auch ein unbefristeter Vertrag gekündigt werden, wenn sich die Umstände grundlegend geändert haben und diese zuvor „eine wesentliche Grundlage

für die Zustimmung der Vertragsparteien“ bildeten. Die Linke fordert von der Bundesregierung, sich für die Auflösung des Euratom-Vertrags, für einen europaweiten Atomausstieg und für die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für die Förderung erneuerbarer Energien einzusetzen.

Euratom fördert auch den internationalen Fusionforschungreaktor ITER. Eine Alternative?

Im Gegenteil. ITER ist ein Fass ohne Boden. Die Kosten verdreifachen sich gerade auf 16 Milliarden Euro bis 2018. Sogar nach offiziellen Angaben dauert es mindestens bis 2050, bis die Kernfusion wirtschaftlich funktioniert. Bis dahin muss aber das europäische Energiesystem zu 100 Prozent erneuerbar sein, denn der Klimaschutz und der Gesundheitsschutz der Bevölkerung können nicht mehr warten. Wir sollten das Geld also besser in die Erforschung erneuerbarer Energien stecken. Außerdem führt die Kernfusion zur Verbreitung von Material für Wasserstoffbomben. Das ist völlig unkontrollierbar.

Hat der Kampf gegen Euratom überhaupt Sinn, wenn nicht mal atomkraftfreie Mitgliedstaaten wie Österreich auf den Ausstieg pochen?

Fast 100.000 Österreicherinnen und Österreicher haben das Volksbegehren zum Euratom-Ausstieg unterschrieben. Damit wurde die erforderliche Anzahl nur knapp verfehlt. Alle neun Bundesländer und 322 Gemeinden haben Resolutionen zum Ausstieg beschlossen. Österreichs Umweltorganisationen sind extrem unzufrieden mit ihrer jetzigen Regierung. Ihre zögerliche Haltung führt die Argumentation, Euratom von innen verändern zu wollen, ad absurdum.

Welche Macht hat der Umweltausschuss des EU-Parlaments, in dem Sie sitzen?

In diesem Fall gar keine. Im Europaparlament ist der Industrieausschuss für Atomfragen federführend, der Umweltausschuss gibt dazu nur Stellungnahmen ab. Bei Euratom ist das Parlament aber sowieso völlig ausgeschaltet. Ein Beispiel ist die Richtlinie über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle. Das Parlament hat zwar zum Entwurf der Richtlinie eine Meinung abgegeben, aber der Mi-

nisterrat ist später mit seiner Entscheidung allein dem Vorschlag der Kommission gefolgt. Und die Kommission bildet sich ihre Meinung mithilfe der Expertise der Atomindustrie im Ausschuss für Wissenschaft und Technik. Bei der jetzigen Novellierung der Sicherheitsrichtlinie für die AKWs in der EU hat das Parlament auch kein Mitentscheidungsrecht. Das läuft allein auf Ratsebene und ist über den Euratom-Vertrag geregelt, nicht über den Lissabon-Vertrag.

Was kann denn überhaupt helfen, damit Euratom bald Geschichte ist?

Wir brauchen vor allem eine öffentliche Diskussion. Nach über einem halben Jahrhundert scheinen sowohl EU-Bürger als auch Politiker die Existenz dieses Vertrages vergessen zu haben. Aber Euratom sichert die Privilegien der Atomindustrie auf EU-Ebene strukturell ab und verhindert einen europaweiten Atomausstieg. Im Licht der Öffentlichkeit fällt es den Regierungen schwerer, die Subventionierung der Atomkonzerne in Zeiten knapper Kassen zu erklären. Trotz des deutschen Atomausstiegs – dessen Dauerhaftigkeit noch auf dem Prüfstand steht – wird eine starke Anti-AKW-Bewegung gebraucht, um einen europaweiten Ausstieg voranzutreiben. Dafür müssen wir viel Aufklärungsarbeit leisten, sowohl über die Folgen der Atomkraft als auch über den Euratom-Vertrag. Straßenprotest ist notwendig, wenn die EU-Kommission die Ausweitung der direkten Kreditlinie für AKWs beantragt oder die Aufstockung des 7. Euratom-Forschungsrahmenprogramms verhandelt.

[Interview: Juliane Grüning]

Die Chemikerin Sabine Wils ist EU-Abgeordnete für die Linke. Zuvor arbeitete sie in Hamburg im technischen Umweltschutz und im Personalrat.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 2833539,
E-Mail: sabine.wils@europarl.europa.eu,
www.sabine-wils.eu,
www.raus-aus-euratom.de



Niederschläge geschaffen werden. Bisher habe es die EU versäumt, solche Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen. [rd]

► www.foratom.org

Atomenergie

Zwischenberichte zu EU-Stresstests

■ Mitte September hat die EU-Kommission bekannt gegeben, dass alle 14 EU-Mitgliedstaaten, die Atomkraftwerke betreiben, ihre Zwischenberichte zu den sogenannten Stresstests übermittelt haben. Die Abschlussberichte müssen bis zum 31. Oktober an die EU übergeben werden.

Einige Staaten hatten bereits ihr Einverständnis erklärt, mögliche Änderungsaufgaben an ihren Meilern zu berücksichtigen. Allerdings seien schon jetzt Fortschritte zur Belastbarkeit und dem sogenannten Cliff-edge-Effekt gemacht worden. Dabei geht es um den Punkt, an dem ein minimaler zusätzlicher Schaden gravierende Folgen nach sich zieht. Nichtregierungsorganisationen bemängelten, dass die Stresstests unvollständig und nicht mit genügender Sorgfalt durchgeführt worden seien.

Kurz vor der Übermittlung der Zwischenberichte hatte der österreichische Umweltverband Global 2000 beim Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments die sofortige Stilllegung sämtlicher Hochrisikoreaktoren und die Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2020 gefordert. Die Petition war bis zum Abgabetermin über 700.000 Mal unterzeichnet worden. [rd, mm]

► Global 2000: www.atomausstieg.at

Atomenergie

Brennelementesteuer ade?

■ Ende September hat das Hamburger Finanzgericht die Brennelementesteuer für verfassungswidrig erklärt. Das Gericht gab damit einem Eilantrag des Kernkraftbetreibers Eon statt. Nach Ansicht der Richter stellt die Steuer keine Verbrauchssteuer dar. Damit falle sie nicht in die Gesetzeskompetenz des Bundes.

Ferner bezweifelt das Gericht, dass der Bund „neuartige“ Steuern erlassen darf, die nicht im Grundgesetz erwähnt werden, da dies die Verteilung von Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern beeinflusse.

Das Bundesfinanzministerium will den Entscheid anfechten. Bei der Einführung

der Steuer wurden jährliche Einnahmen von rund 2,3 Milliarden Euro erwartet. [sl]

► Hintergrund Brennelementesteuer: www.foes.de/themen/atomenergie

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Konsum

EuropäerInnen leben auf großem Fuß

■ Europa besitzt hinter den Vereinigten Staaten den zweitgrößten ökologischen Fußabdruck im Weltvergleich. Außerdem ist kein Staat so abhängig von Importen wie die EU. Das geht aus einer Anfang Oktober veröffentlichten Untersuchung der Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) und des Sustainable Europe Research Institute (SERI) hervor, die den Konsum sämtlicher Rohstoffe und Produkte und die dafür benötigte Fläche einzelner Länder unter die Lupe nahm. Laut der Studie benötigt Europa derzeit das 1,5-Fache seiner eigenen Fläche. Während der durchschnittliche europäische Flächen-

Nachhaltigkeit

A-Z



J wie jugendliche Visionen

Wie sieht die Welt in 20 Jahren aus? Ulrike Unterbruner schickte 700 Jugendliche auf eine Fantasiereise in die Zukunft – im Rahmen einer umfangreichen Studie. Ihr Befund: Nicht das neueste Smartphone gilt als entscheidend für die Lebensqualität, sondern geglückte Beziehungen und eine gesunde Umwelt. Die Autorin zeigt, wie sich die Wünsche und Ängste von Jugendlichen in die Umweltbildung einbeziehen lassen.

U. Unterbruner
Geschichten aus der Zukunft

Wie Jugendliche sich Natur, Technik und Menschen in 20 Jahren vorstellen

144 Seiten, mit vielen farbigen Abbildungen, 24,95 EUR,
ISBN 978-3-86581-233-9

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



verbrauch pro Kopf 1,3 Hektar beträgt, verbrauchen Länder wie China oder Indien nur 0,4 Hektar pro Kopf. Nach Ansicht von FoEE macht der übermäßige Konsum Europa abhängig von Importen und Flächen anderer Kontinente. Dies habe auch negative Auswirkungen auf das Klima und die biologische Vielfalt. FoEE kritisiert, dass die EU-Kommission das Problem zwar erkannt habe, aber sich bisher nicht äußere, wie sie es lösen wolle.

Die Menschheit als Ganzes erreichte Ende September den Tag, an dem sie die Biokapazität der Erde für 2011 aufgebraucht hatte. Das Global Footprint Network (GFP) ermittelt jedes Jahr die Biokapazität der Erde, indem sie abschätzt, wie viel CO₂ die Wälder filtern und in welchen Mengen sich Rohstoffe und Nahrung erneuern. Der Wert wird mit dem ökologischen Fußabdruck der Menschheit verglichen. Zwar seien die Daten ungenau, so das GFP, aber die Methoden der Forscher verbesserten sich ständig. Der Tag, an dem der Konsum die vorhandene Kapazität überschreitet, wird Earth Overshoot Day oder auch Ecological Debt Day genannt. Nach Ansicht des Global Footprint Network kann die Kluft zwischen den Möglichkeiten der Erde und der Nutzung durch die Menschen auch bei der wachsenden Bevölkerungszahl durch einen nachhaltigen Lebensstil immer noch geschlossen werden. [rd, tg]

- ▶ EU: www.kurzlink.de/pm-foee-10102011
- ▶ Welt: www.kurzlink.de/earth-overshoot-day

Lebensmittelkennzeichnung

Kalorien und Fettgehalt nur mit der Lupe lesbar

■ Nachdem Ende September der EU-Ministerrat zugestimmt hat, ist nun der Weg frei für die europaweite Kennzeichnung von Nahrungsmitteln. Der Großteil der Neureglungen tritt im Herbst 2014 in Kraft. Dann dürfen beispielsweise Imitate wie Kunst- oder Analogkäse nicht mehr als Käse bezeichnet werden. Die deutliche

Bezeichnung „Imitat“ fand im Ministerrat allerdings keine Mehrheit.

Die Nährwertangaben, über die mehr als drei Jahre gestritten wurde, müssen erst 2016 auf der Verpackung stehen, und zwar auf der Rückseite und in einer Schriftgröße, für die viele Menschen vermutlich eine Lupe brauchen. Mindestens 1,2 Millimeter kleine Buchstaben geben den Kunden dann Auskunft, wie viel Energie, Fett, gesättigte Fettsäuren, Kohlenhydrate, Zucker, Salz und Eiweiß ein Produkt enthält.

Die Information bezieht sich jeweils auf 100 Gramm oder 100 Milliliter der Ware. Freiwillig sind zusätzliche Angaben pro Portion erlaubt, ebenso wie die in Deutschland üblichen Informationen, wie viel Prozent des Tagesbedarfs damit gedeckt werden. Dass dies keine Pflichtangabe ist, kritisierte der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV). Damit seien Zucker- und Fettbomben auch in Zukunft nicht auf einen Blick erkennbar. [mbu]

- ▶ Verordnung zur EU-Lebensmittelkennzeichnung: www.kurzlink.de/lebensmittel-vo09.11
- ▶ www.vzbv.de

Radioaktive Strahlung

EU weitet Kontrollen bei Japan-Importen aus

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben im September die nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima ergriffenen Maßnahmen zunächst bis Ende des Jahres verlängert. Damit brauchen alle Lieferungen von Lebens- und Futtermitteln aus zwölf japanischen Verwaltungsbezirken eine amtliche Bescheinigung, die belegt, dass die in der EU geltenden Höchstwerte für die radioaktiven Isotope Jod 131, Cäsium 134 und Cäsium 137 nicht überschritten werden. Die Kontrollen sollen verstärkt werden.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch und die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW halten die EU-Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln generell für zu hoch. „Jede noch so geringe radioaktive Strahlung bedeutet ein ge-

sundheitliches Risiko, weil sie ausreicht, um schwere Erkrankungen wie Krebs auszulösen“, erklärten die Organisationen im September. Dabei beriefen sie sich auf aktuelle wissenschaftliche Studien.

Um die Bevölkerung ausreichend vor Gesundheitsgefahren zu schützen, forderten Foodwatch und IPPNW, die Grenzwerte deutlich zu senken: von bisher 370 auf acht Becquerel Cäsium pro Kilogramm für Säuglingsnahrung und Milchprodukte sowie von 600 auf 16 Becquerel für alle anderen Nahrungsmittel. [mbu]

- ▶ EU-Beschluss zu Einfuhren aus Japan: www.kurzlink.de/eu-japan-import09.11
- ▶ www.foodwatch.de
- ▶ www.ippnw.de

Verbraucherschutz

Neues Behördenverzeichnis

■ Im EU-Amtsblatt vom 2. September ist das aktualisierte Verzeichnis der nationalen Behörden veröffentlicht worden, die für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständig sind. Das neue Verzeichnis beruht auf den Angaben der EU-Mitgliedstaaten bis zum 30. Juni. [mbu]

- ▶ Verzeichnis: www.kurzlink.de/verbr-aemter.pdf

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Weniger grün als erwartet

■ Die Gesetzentwürfe für die europäische Landwirtschaftspolitik ab 2014, die die EU-Kommission am 12. Oktober veröffentlicht hat, bleiben hinter den Erwartungen von Naturschutzverbänden, Grünen und der Biobranche zurück. Zwar sollen künftig 30 Prozent der direkten Agrarsubventionen an eine ökologische Bewirtschaftung gekoppelt sein, umweltschädliche Monokulturen bleiben aber trotzdem erlaubt. ▶

Pro Jahr werden in der Europäischen Union derzeit Agrarsubventionen in Höhe von knapp 60 Milliarden Euro vergeben. Dem neuen Vorschlag zufolge sollen bis 2020 insgesamt 435,5 Milliarden Euro in die europäische Landwirtschaft fließen. Die Verhandlungen der Mitgliedstaaten und des EU-Parlaments könnten sich bis Ende 2012 hinziehen. EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș rechnet mit Verteilungskämpfen. Nach seinen Vorstellungen sollen kleine Bauernhöfe mehr Geld bekommen. Zudem sollen die Beihilfen für Großbetriebe aus Brüssel begrenzt werden: Nach Abzug der Lohnkosten wäre demnach bei 300.000 Euro Schluss mit Zuschüssen. Die volle Unterstützung soll ein Landwirt nur noch erhalten, wenn er Teile seiner Ackerfläche für Wiesen, Hecken oder Wald zur Verfügung stellt.

Der BUND und die Naturschutzstiftung Euronatur bezeichneten die Vorschläge für die Agrarreform als einen „richtigen, aber viel zu zaghaften Schritt“. So werde die Vorgabe, künftig wenigstens auf sieben Prozent der landwirtschaftlichen Fläche der Natur Vorrang einzuräumen, positive Auswirkungen auf die Artenvielfalt entfalten, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. In der Praxis müssten große Agrarbetriebe aber kaum Korrekturen an den bisherigen umweltschädlichen Anbauweisen vornehmen. Die Verbände setzen ihre Hoffnung nun auf das Europäische Parlament, das seit dem Lissabon-Vertrag in der Agrarpolitik mitentscheiden darf.

Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament Martin Häusling versprach, sich einzumischen: „Die Grünen werden mit jenen innerhalb und außerhalb der europäischen und nationalen Institutionen zusammenarbeiten, die sich für eine umweltgerechtere und nachhaltigere Landwirtschaft und eine gerechte Verteilung der öffentlichen Gelder einsetzen.“ Die Grünen bemängeln unter anderem, dass die wichtigste Maßnahme für eine verträglichere Landwirtschaft beschnitten worden sei: die vorgeschriebene Fruchtfolge. Ein Landwirt müsse auf lediglich 30 Prozent der Anbaufläche die Fruchtfolge einhalten, auf den restlichen 70 Prozent könne er weiterhin Mono-

kulturen wie Mais im alten Stil anbauen. Dadurch hätten die Bestimmungen zur Fruchtfolge keine positiven Wirkungen auf die Bodenqualität, die Artenvielfalt, den Klimaschutz und die Reinhaltung der Gewässer. (siehe auch Kommentar S. 19) [mbu]

- ▶ Rechtsvorschlüsse der EU-Kommission für die Agrarreform: www.kurzlink.de/agrarref-vorschlaege
- ▶ BUND: www.bund.net/agrar
- ▶ Euronatur: www.euronatur.org
- ▶ EU-Grüne: www.greens-efa.org

Tiermast

Resistenzen durch Antibiotika

■ Wie die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag ergab, vermutet die Bundesregierung, dass der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wesentlichen Einfluss auf die Bildung von Resistenzen hat. Für die Grünen beweist dies den „massiven Handlungsbedarf, der bei der Kontrolle und der Transparenz“ bei diesem Thema besteht.

Nach Angaben des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) erhalten Schweine während ihrer fünfmonatigen Lebenszeit durchschnittlich fast sechs Mal Antibiotika, Masthähnchen in ihrem etwa 32-tägigen Leben 2,3 Mal. Die Bundesregierung bestätigte, dass in konventionellen Großställen die als Krankenhauskeim bekannte Bakterie MRSA häufiger vorkommt als in biologischer Haltung. Die Zusammenhänge würden weiter untersucht. [mbu]

- ▶ Antwort auf Kleine Anfrage: www.kurzlink.de/antwort-17-6908.pdf

Koexistenz

Gentechnikfreier Honig ohne Nachweispflicht

■ Aus Sicht des Bündnisses zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik müssen deutsche Imker nicht mit Problemen wegen gentechnisch veränderter Pollen

im Honig rechnen. Es seien keine aufwendigen Analysen des Honigs erforderlich, wenn es im Flugradius der Bienen keinen Gentechnikanbau gibt.

Im September hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass Honig mit genmanipulierten Bestandteilen nicht in der EU verkauft werden darf. Da der Anbau des Genmais MON 810 in Deutschland verboten ist und die Gentechnikkartoffel Amflora nur an einem Standort angebaut wird, ist die Verunreinigung von Honig sehr unwahrscheinlich. Zur Sicherheit könnten Imker im öffentlichen Standortregister prüfen, ob es im Flugradius der Bienen Freilandexperimente mit Genpflanzen gibt.

Der Verein Mellifera, der das Schutzbündnis initiiert hat, bereitete über seine Anwälte eine Lieferantenerklärung für Imker vor, weil einige Imker bereits Forderungen vom Handel bekommen hätten, die Gentechnikfreiheit nachzuweisen.

Sind im Honig Genpollen zu finden, für die eine „vollumfängliche Lebensmittelzulassung“ vorliegt, muss dies auf dem Produkt gekennzeichnet sein. Laut Mellifera geht das Verbraucherministerium davon aus, dass der Anteil dieser Pollen auf den Gesamtpollengehalt bezogen wird. Dabei gilt der Grenzwert von 0,9 Prozent. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit (BVL) veröffentlichte eine Liste mit allen in der EU als Lebensmittel zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen. Nach Einschätzung des Bundesministeriums sowie der zuständigen Stellen in der EU wird es für Pollen bei gentechnikfreiem Honig keine Kennzeichnung geben. [mbu]

- ▶ www.bienen-gentechnik.de
- ▶ BVL-Liste: www.kurzlink.de/bvl-liste-gvo-eu

Gentechnikrecht

Verbraucherschutz unterliegt

■ Ende September ist ein Antrag der SPD-Bundestagsfraktion gescheitert, das Gentechnikgesetz im Hinblick auf mehr Verbraucherschutz zu ändern. Im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und

Die Richtung stimmt, doch sie treten auf der Stelle

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für die lang erwartete Agrarreform ist eine herbe Enttäuschung. Von einzelnen Fortschritten sollte man sich nicht blenden lassen, meint Benedikt Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.

Umweltfreundlicher, transparenter und gerechter sollte diese Reform die europäische Landwirtschaftspolitik machen, so hatte es EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș versprochen. Das weckte hohe Erwartungen bei allen, die eine ökologische, global und lokal gerechte Wende in der Agrarpolitik für den vielleicht wichtigsten Beitrag Europas zur Bewältigung der großen Herausforderungen Hunger, Fehlernährung, Klima, Biodiversität und globale ländliche Entwicklung halten. Sie wurden herb enttäuscht. Wachstums- und Exportorientierung, Strukturwandel und Industrialisierung bleiben die Hauptziele. Nachhaltigkeit ist ein Nebensatz, globale Verantwortung ein Fremdwort.

EU-Füchse und Reformtaktiker urteilen milder. Immerhin enthält der Vorschlag neue Stellschrauben, die sich auch wirkungsvoll einsetzen ließen. Ja, das Konzept, 30 Prozent der Direktzahlungen von Umweltleistungen jenseits des Vorgeschriebenen abhängig zu machen, geht in die richtige Richtung. Nur seine Ausgestaltung grenzt an Greenwashing: Statt 100-prozentiger maximal 70-prozentige Monokulturen vorzuschreiben bedeutet, wie es der BUND ausdrückt, „den Grad der Vermaisung, der den Bürgerzorn erregt, jetzt zur Greening-Maßnahme zu erklären“. Die Begrenzung von weiterem Grünlandumbruch auf maximal fünf Prozent der betrieblichen Fläche wird nicht einmal den Status quo erhalten und könnte sogar zu „vorsorglichem“ Umbruch vor dem Referenzjahr 2014 führen.

Die dritte Anforderung, sieben Prozent der Ackerfläche „im Umweltinteresse“ zu nutzen, verleumden der Deutsche Bauernverband und seine Freunde im Agrarministerium als Zwangsstillslegung. Sie passe nicht in eine Welt, die hungert und nach Benzin dürstet. Die Naturschutzverbände neigen dagegen dazu, diese sieben Prozent gewissermaßen als ihr Hoheitsgebiet zu beanspruchen. Alte und neue Konflikte sind vorprogrammiert. Da ist es des Schweißes der Edlen wert, in dieser Frage konstruktive Lösungen zu suchen; wenn nicht mit den Polemikern im Bauernverband, so doch mit Landwirten vor Ort und bäuerlichen Organisationen,

die den Dialog mit Umwelt-, Natur- und Tierschutz suchen und mit ihnen in der gemeinsamen Kampagne „Meine Landwirtschaft“ zusammenarbeiten. Zu beweisen ist: Biodiversität und nachhaltige Produktivität sind keine Gegensätze.

Dem strategisch entscheidenden Ziel, Arbeit und Leistung zu fördern statt Grundeigentum, erweist der Kappungsvorschlag für Großbetriebe einen Bärendienst. Von der Degression, die erst ab rund 800 Hektar die Direktzahlungen um zunächst 40 Euro pro Hektar schmälert, wären hierzulande allenfalls 100 Megabetriebe betroffen. Die aber haben „die Teilungskonzepte längst in der Schublade“, wie der Abteilungsleiter im Agrarministerium Dietrich Guth bereits höhnisch bemerkte. Er mag recht haben. Damit sich Arbeit wieder lohnt und schiere Größe nicht auch noch mit Steuergeldern belohnt wird, müssten sich die Direktzahlungen von Anfang auf die notwendige Arbeit beziehen, egal wie groß oder klein der Betrieb ist. Vorschläge dafür gibt es aus Bayern, wo ein Drittel aller Bauern Deutschlands arbeiten.

„Agrarpolitik ist keine Sozialpolitik!“ erklärte Guth dagegen kategorisch. Er sollte es besser wissen. Dass Deutschland seit 2003 mehr als ein Viertel seiner landwirtschaftlichen Betriebe verloren hat, ist selbstverständlich Sozialpolitik. Freilich auch Umwelt-, Regional- und Verbraucherpolitik. Die gemeinsame Verteidigung der Vielfalt der Feldraine und der Höfe könnte so unwiderstehlich werden, dass in den kommenden 18 Monaten aus dem vorgelegten Schlag ins Wasser doch noch ein nachhaltiger Schritt nach vorne wird. Ring frei!

Benedikt Härlin arbeitet bei der Zukunftsstiftung Landwirtschaft in Berlin. Zuvor war er unter anderem Mitglied des Europäischen Parlaments, Kampagnenleiter bei Greenpeace und Aufsichtsratsmitglied des Weltagrarberichts.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27590309, E-Mail: haerlin@zs-l.de, www.saveourseeds.org, www.meine-landwirtschaft.de

Verbraucherschutz stimmte die Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU und FDP dagegen.

Die SPD-Fraktion hatte beantragt, den Vorrang für Verbraucherinteressen im Gentechnikrecht zu verankern. Grundlage dafür ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von November 2010. Darin bestätigten die Karlsruher Richter das Gentechnikgesetz, betonten aber auch, dass die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen geschützt werden müssten. Das Vorsorgeprinzip könne dafür noch strenger vom Gesetzgeber im Gentechnikrecht verankert werden. **[mbu]**

► www.kurzlink.de/butag-gentech-gesetz

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Internationaler Waldschutz

Preise für Waldprogramme

■ Der World Future Council (WFC) zeichnet jedes Jahr mit dem sogenannten Future Policy Award internationale Gesetze aus. Passend zum Jahr des Waldes wurden dieses Jahr Gesetze geehrt, die in besonderer Weise die Erhaltung und Entwicklung von Wäldern fördern. In diesem Jahr standen 20 verschiedene Waldprogramme zur Auswahl. Den ersten Preis erhielt das Waldprogramm Ruandas. Das immer noch durch den Völkermord erschütterte Land hat es geschafft, dass seine Waldfläche in den letzten 20 Jahren um 37 Prozent zugenommen hat. Dadurch hat sich die Bodenerosion verringert und die Wasserversorgung sowie die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben sich verbessert. Silber ging an ein Gemeinewaldprogramm in Gambia sowie an ein US-Gesetz gegen den Handel mit illegal produzierten Edelhölzern. Das Gesetz in Gambia führte zu einer Wiederaufforstung von etwa 8,5 Prozent, indem den lokalen Gemeinden die Verantwortung für die von ihnen genutzten Wälder übertragen wurde. Das US-Gesetz macht Holzimporteure eindeutig für ihre

Produkte verantwortlich. Dadurch verringerte sich der illegale Handel deutlich. Der „Lacey Act“ wird international als erster Versuch gesehen, gegen den kriminellen Handel mit illegal produzierten Holz- und Pflanzenprodukten vorzugehen. [tg]

► www.kurzlink.de/worldfuturecouncil

Waldstrategie 2020

Abgeholzte Bäume speichern kein CO₂

■ Die „Waldstrategie der Zukunft“, die die Bundesregierung im September verabschiedet hat, ist aus Umweltsicht umstritten. So bezweifelt der BUND, dass die Strategie dem Wald in Deutschland genügend Schutz bringe. Der Wald würde stattdessen zum Rohstofflieferanten herabgestuft, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Sowohl die biologische Vielfalt als auch die Bodenfruchtbarkeit würden nicht ausreichend geschützt. Auch die Funktion des Waldes als CO₂-Speicher sei in Gefahr.

Die deutsche Waldstrategie sieht vor, dass ab 2020 jährlich 100 Kubikmeter mehr Holz geschlagen werden dürfen als bisher, eine Steigerung um 40 Prozent. Das wider-

spricht laut BUND eindeutig den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und dem von der Bundesregierung angestrebten Ziel, die Biodiversität zu schützen. (siehe auch Kasten S. 2)

Ein Drittel der Landesfläche Deutschlands ist von Wald und Forst bedeckt. Wegen der großen Bedeutung des Waldes für Klima, Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft haben die Vereinten Nationen 2011 zum Internationalen Jahr des Waldes deklariert. Bis zum Jahresende finden in Deutschland noch zahlreiche Veranstaltungen statt. Im Dezember wird im Deutschen Historischen Museum in Berlin die Ausstellung „Unter Bäumen. Die Deutschen und der Wald“ eröffnet. [mbu]

- www.bmelv.de/waldstrategie2020
- BUND: www.bund.net/waldposition
- Veranstaltungskalender: www.wald2011.de

Bodenzustand

„Stern-Report der Böden“

■ Die Vereinten Nationen haben mit einer von der EU und von Deutschland unterstützten Untersuchung über die wirtschaftlichen Auswirkungen der weltweiten Bodendegradation begonnen. Bei der Vorstel-

lung der UN-Initiative The Economics of Land Degradation (ELD) Ende September in New York sagte EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs: „Bodenverschlechterung ist ein ernstes weltweites Problem, das erhebliche Auswirkungen auf Ernährungssicherheit, Klimawandel und Biodiversitätsverlust hat.“

Die ELD soll zum ersten Mal eine umfassende Bewertung der globalen Bodendegradation liefern. Dabei sollen auch die Kosten ermittelt werden, die entstehen, wenn eine weitere Verschlechterung nicht verhindert werden kann. Diese „Kosten des Nichtstuns“ sollen dann den Vorteilen von nachhaltigen Bodenbewirtschaftungsmethoden gegenübergestellt werden. Vorbilder für ELD sind der Stern-Report von 2006 und die TEEB-Studie von 2010, die sich mit den Kosten des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts befassen.

„Wir neigen dazu, Böden als etwas Selbstverständliches zu betrachten“, mahnte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik auf der Veranstaltung in New York. Böden seien aber eine nicht erneuerbare Ressource und könnten bald knapp werden. „Bodenverschlechterung geht uns alle an, doch wissen wir sehr wenig von den tatsächlichen Kosten“, begründete Potočnik das Engagement der Europäischen Union für die ELD-Initiative.



Verborgene Beziehungen

Warum regnet es unter manchen Bäumen trotz wolkenlosem Himmel? Warum tragen Erlen-samen »Schwimmwesten«? Josef H. Reichholf beantwortet diese und andere ungewöhnliche Fragen. Er erzählt vom ewigen Wandel der Natur und macht bekannt mit dem Kosmos unserer Wild- und Kulturpflanzen, in dem es so viel zu entdecken gibt: Orchideen, die durch filigrane Schönheit locken, Bruchwälder, in denen der Erbkönig sein Unwesen trieb. Ein Buch wie ein Sommerspaziergang, eine grandiose Hommage an die Natur.

J. H. Reichholf

Das Rätsel der grünen Rose

und andere Überraschungen aus dem Leben der Pflanzen und Tiere

336 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-194-3

Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Die von Wüstenbildung betroffene Fläche nimmt weltweit ständig zu, weil weder die Boden- und Wassernutzung noch die Produktions- und Verbrauchsmuster nachhaltig sind. Verschärfend kommen jetzt Klimaänderungen hinzu. Nicht nur die Trockengebiete der Erde, auch zwölf EU-Staaten sind von Desertifikation betroffen. In fast der Hälfte der europäischen Böden ist heute ein Mangel an organischem Material festzustellen. [mb]

- ▶ EU-Kommission zum Start der ELD-Initiative: www.kurzlink.de/eu-kommission-eld
- ▶ DNR-Themenheft und Spezial Bodenschutz: www.kurzlink.de/dnr-eu-publikationen

EU-Bodenrahmenrichtlinie

Viel Kritik für deutsche Blockadehaltung

■ Naturschutzverbände und Politiker in Deutschland und Europa haben die Bundesregierung aufgefordert, die europäische Bodenrahmenrichtlinie nicht länger zu blockieren. Die Politik müsse endlich handeln, erklärten die Verbände DNR und BUND.

Seit fünf Jahren liege der Entwurf einer EU-Bodenrahmenrichtlinie vor und genauso lange blockiere Deutschland ihre Verabschiedung, sagte der Vorsitzende des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, Jo Leinen, bei einer Tagung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und des Europäischen Umweltbüros (EEB) im Oktober in Berlin. Leinen hält eine EU-weite Regelung für erforderlich, weil die Folgen der Bodenbelastung grenzüberschreitend seien. „Vergiftete Böden wirken sich auch auf Lebensmittel oder Wasser aus“, warnte der SPD-Politiker.

Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger sagte, die Bundesregierung müsse ihre starre Haltung aufgeben und dürfe sich nicht länger zum Handlanger der Agrarlobby und des Deutschen Bauernverbandes machen. DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann betonte: „Wenn wir über Klima, Wasser oder Biodiversität reden, müssen

wir zuerst über den Boden reden.“ Deshalb müsse das Thema wieder auf die politische Tagesordnung. Genau das plant im kommenden Jahr Dänemark. Ab Januar hat das Land die EU-Ratspräsidentschaft inne und will nach eigenen Angaben einen neuen Anlauf nehmen, um die Bodenrahmenrichtlinie voranzubringen.

Bereits im September hatte auch die Bundestagsfraktion der Linken an die Bundesregierung appelliert, die Verhandlungen über die EU-Bodenrahmenrichtlinie wiederaufzunehmen. Wie dringend notwendig das ist, zeigen die Kosten, die nach EU-Angaben entstehen, wenn nicht gehandelt wird: 38 bis 40 Milliarden Euro müssen demnach für die volkswirtschaftlichen Schäden aufgewendet werden, die durch fehlenden Bodenschutz entstehen. Neun Prozent der Böden in der Europäischen Union sind bereits versiegelt. Immer mehr Flächen werden für bauliche Zwecke in Anspruch genommen. Allein in Deutschland geht täglich eine Fläche so groß wie 130 Fußballfelder für Siedlungs- und Verkehrszwecke verloren. In den versiegelten Böden ist kein Luft-, Wasser- und Stoffaustausch mehr möglich, wodurch auch der Lebensraum für Bodenorganismen und Pflanzen zerstört wird.

Eine EU-Richtlinie ist ein Rahmengesetz, das die 27 Mitgliedstaaten in einzelstaatliches Recht fassen müssen. Darüber und über die Durchsetzung der nationalen Gesetze müssen sie bei der Europäischen Kommission Bericht erstatten. Damit können sich die Staaten mit einer Bodenrahmenrichtlinie nicht mehr so leicht vor dem Bodenschutz drücken. Sie müssen beispielsweise Daten über die Flächennutzung oder über erosionsgefährdete Gebiete sammeln und nach Brüssel schicken. Wenn erforderlich, müssen sie geeignete Maßnahmen zum Bodenschutz ergreifen, zum Beispiel auf erosionsgefährdeten Flächen Hecken pflanzen oder Raine anlegen. (siehe auch Beileger: Themenheft Bodenschutz) [mbu]

- ▶ DNR: www.dnr.de (Presse – 20.10.2011)
- ▶ Jo Leinen: www.joleinen.de
- ▶ BUND: www.bundundboden.de
- ▶ Antrag Linke: www.kurzlink.de/brrl-li.pdf

STADT & REGION

Umweltfreundliche Stadt

Urbanes Leben morgen

Wie werden Menschen in „Städten der Zukunft“ wohnen, leben und arbeiten? Welche ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkte spielen dabei eine Rolle? Über diese und weitere Fragen diskutierten im Frühjahr Vertreter aus Politik, Architektur und Wissenschaft bei den 15. Benediktbeurer Gesprächen der Allianz-Umweltstiftung. Die Ergebnisse sind nun unter dem Titel „Die Stadt von morgen wird durch den gebaut, der sie neu zu denken wagt“ veröffentlicht worden. Die Broschüre kann kostenlos bei der Stiftung angefordert oder im Internet heruntergeladen werden. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/oeko-stadt-gespr.pdf

TIERSCHUTZ & ETHIK

Stadttauben

Augsburger Modell gefragt

■ Einen Praxisratgeber zur tierschutzgerechten Regulierung von Stadttauben hat der Bundesverband Menschen für Tierrechte im Oktober als DVD veröffentlicht. Die Tierschutzorganisation reagierte damit nach eigenen Angaben auf die starke Nachfrage bei Kommunen nach Informationen zum „Augsburger Modell“. Bei dieser – in der DVD beschriebenen – Methode werden die ansässigen Schwärme in sauberen, betreuten Taubenschlägen angesiedelt. Das Austauschen der Eier gegen Attrappen verhindert die Vermehrung. [mb]

- ▶ DVD „Ratgeber Praxis“, 45 min, 7,50 €. Bezug: Menschen für Tierrechte, Romy Liessem, Aachen, Tel. +49 (0)241 / 157214, E-Mail: liessem@tierrechte.de, www.stadttauben.de
- ▶ Kurzinfo: www.kurzlink.de/augsburger-modell

Geflügelhaltung

Skandalfirma Wiesenhof

■ Nachdem eine ARD-Sendung Ende August die Haltungsbedingungen in Ställen und Schlachthöfen des Geflügelkonzerns Wiesenhof zeigte, haben Tierschützer gegen Strafanzeige den Konzern wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz und die Tierschutzverordnung beim Transport und beim Schlachten gestellt. Die Bildaufnahmen zeigen, wie Wiesenhof-Mitarbeiter die Tiere bei der Vorbereitung für den Transport zum Schlachthof treten, durch die Luft schleudern und in Käfige werfen.

Bereits im Januar 2010 waren Vorwürfe gegen Wiesenhof wegen schlechter Haltungsbedingungen der Tiere laut geworden. Wiesenhof-Chef Paul-Heinz Wesjohann räumte damals Fehler ein und versprach, die Haltungsbedingungen für die Tiere zu verbessern. Offenbar hat es jedoch keine Veränderungen gegeben.

Die größten Schweizer Supermärkte Migros, Coop und Denner reagierten im September auf die Anschuldigungen gegen Wiesenhof und nahmen alle Produkte des Unternehmens aus dem Sortiment. Umwelt- und Tierschützer riefen dazu auf, an die großen Einzelhandelsketten Rewe, Edeka und Aldi zu schreiben und sie zu einem Boykott von Wiesenhof-Produkten aufzufordern. [hv]

- ▶ Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, Fax 492221, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de
- ▶ ARD-exklusiv. Das System Wiesenhof (Video, 29 min): www.kurzlink.de/ard-wiesenhof

vorliegen haben. Während ihrer Ratssitzung im Oktober diskutierten die 27 RegierungsvertreterInnen über eine bessere Umsetzung von Umweltrecht in der EU sowie Synergien zwischen dem Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa und dem 7. UAP.

Mehrere Mitgliedstaaten haben die EU-Kommission auf die mögliche „Rechtslücke“ zwischen dem Ende 6. UAP, das im Juli 2012 ausläuft, und dem möglichen Inkrafttreten des 7. UAP hingewiesen. Eine möglichst frühzeitige Vorlage des neuen Vorschlags schon Anfang 2012 sei nötig. Hierzu gebe es auch bereits einen Beschluss des Rates vom Dezember 2010. Die Umweltaktionsprogramme seien seit 1973 ein wichtiger Bestandteil der europäischen Umweltpolitik.

Die EU-Kommission möchte einen neuen Vorschlag lieber später im Jahr 2012 vorlegen, da sie befürchtet, dass die Zeit für einen öffentlichen Konsultationsprozess und für die Einbeziehung des Europäischen Parlaments, das voraussichtlich erst im Dezember über die Bewertung des 6. UAP abstimmt, sonst nicht ausreicht. Der vom Umweltministerrat ebenfalls geforderte 2. Aktionsplan für Umwelt und Gesundheit (EHAP) soll ebenfalls erst später vorgelegt werden, entweder separat oder in das 7. UAP integriert. Der erste EHAP ist 2010 ausgelaufen. [jg]

- ▶ Ergebnisse Umweltministerrat: www.kurzlink.de/envi-council-2011-10
- ▶ Schlussfolgerungen Umweltrat zum UAP: www.kurzlink.de/envicouncil2011-7uap

EU-Haushalt

Naturschutz zahlt sich aus

■ Der NABU hat Empfehlungen für einen zukunftsfähigen EU-Haushalt vorgelegt. Zurzeit verhandeln die Mitgliedstaaten und Institutionen der EU über den Haushaltsrahmen der Europäischen Union für die Periode von 2014 bis 2020. Die Budgetbeschlüsse werden wesentlichen Einfluss darauf haben, wie Europas Umwelt in zehn Jahren aussehen wird. Angesichts

knapper öffentlicher Kassen und wachsender Schulden stehen für den NABU vor allem umweltschädliche Subventionen auf dem Prüfstand, die ein Vielfaches an Folgekosten verursachen. Stattdessen müssten Steuergelder so eingesetzt werden, dass sie der Gesellschaft einen dauerhaften Mehrwert bringen, heißt es in dem Katalog, den der Verband als sechsseitige Broschüre im Internet veröffentlichte. [mbu]

- ▶ NABU, Konstantin Kreiser, EU-Biodiversitätspolitik, Tel. +49 (0)172 / 4179730, E-Mail: konstantin.kreiser@nabu.de, www.nabu.de/europa
- ▶ Broschüre: www.kurzlink.de/nabu-eu-haushalt

EU-Kohäsionspolitik

Neuer Vorschlag, alte Linie

■ Die Europäische Kommission hat Anfang Oktober einen Vorschlag zur Kohäsionspolitik für den Zeitraum von 2014 bis 2020 veröffentlicht, der in ganz Europa für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen soll. Neben Prioritäten und konkreten Zielvorgaben für Wachstum und Beschäftigung enthält das Legislativpaket auch eine leistungsgebundene Reserve, die an jene Regionen vergeben wird, die die Ziele erreichen. Außerdem beinhaltet das Paket Regelungen zur Vereinfachung und Harmonisierung von Fonds (Entwicklung des ländlichen Raums, Meeres- und Fischereifonds).

Umweltverbände kritisierten den Kommissionsvorschlag als umweltschädlich und nicht nachhaltig. Der NABU erklärte, die EU-Kommission bevorzuge es, Milliarden in umweltschädliche Großprojekte zu stecken, statt Gelder für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu investieren. Langfristig gesehen verursache eine solche Politik neue Kosten für die öffentliche Hand, so der NABU. Die EU-Regionalpolitik müsse endlich von umweltschädlichen auf nachhaltige Subventionen umsteigen. Das NGO-Netzwerk zur Kohäsionspolitik hatte bereits im September eine Erklärung für eine ökologisch nachhaltige Kohäsionspolitik verabschiedet (umwelt aktuell 10.2011, S. 24).

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Umweltaktionsprogramm

EU-Umweltminister drängen

■ Die EU-UmweltministerInnen möchten möglichst schon Anfang 2012 einen Vorschlag der EU-Kommission für das 7. Umweltaktionsprogramm (7. UAP)

Der Vorschlag geht nun zur Erörterung an Ministerrat und EU-Parlament. Ziel der EU-Kommission ist eine Annahme Ende 2012, damit die entwicklungspolitischen Programme 2014 gestartet werden können. [rd]

- Vorschlag: www.kurzlink.de/cohesdraft1420
- NABU und EEB: www.kurzlink.de/reaktnabucoes
- NGO-Netzwerk: www.eu-natur.de

EU-Agrarsubventionen

Rechnungshof prüft und rügt

■ Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat die Ausgaben der Agrarumweltpolitik auf seine Wirtschaftlichkeit geprüft. Die Behörde kritisiert in ihrem Bericht, dass das Instrument aufgrund mangelnder Transparenz nicht zu spürbaren Umweltentlastungen führe. 2,5 Milliarden Euro gibt die EU jedes Jahr aus, damit die Umwelt weniger durch die Landwirtschaft belastet wird. Der Bericht beinhaltet auch Empfehlungen für die Neuausrichtung des EU-Budgets und der EU-Agrarpolitik. So sollen Kommission und Mitgliedstaaten die Agrarumweltmaßnahmen klarer festlegen und begründen und die diesbezügliche Berichterstattung verbessern. Darüber hinaus müsse die Kommission die Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum strenger beurteilen, ehe sie die Programme genehmigt. Außerdem empfiehlt der Rechnungshof für den nächsten Programmzeitraum eine gezieltere Ausrichtung der Agrarumweltausgaben, einen höheren EU-Beteiligungssatz für Maßnahmen mit größerem Umweltpotenzial, eine klare Unterscheidung zwischen einfachen und anspruchsvolleren Maßnahmen sowie eine proaktivere Verwaltung der Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten.

In einem weiteren Sonderbericht nahmen die Luxemburger Rechnungsprüfer die Mittel aus dem EU-Agrarbudget unter die Lupe, die zu Unrecht ausgezahlt worden waren. Der EuRH plädiert dafür, die Rückforderungen EU-weit einheitlich

zu handhaben und die Empfänger stärker direkt zu belangen. Die unrechtmäßigen Zahlungen werden geleistet, weil vorschriftswidrige oder nicht korrekte Anträge abgegeben wurden. So gab es beispielsweise im Jahr 2009 Rückzahlungsforderungen in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro. Insgesamt umfasste in dem Jahr der Agrarhaushalt rund 55 Milliarden Euro. Bislang zurückgezahlt wurden für diesen Zeitraum laut EuRH-Bericht etwa zehn Prozent der Forderungen. Laut Sonderbericht verlangt die Kommission etwa 90 Prozent der nicht korrekt gezahlten Subventionen von den Mitgliedstaaten, aber nicht direkt von den fälschlich begünstigten Empfängern zurück. Um einen größeren Abschreckungseffekt zu erzielen, empfiehlt der Rechnungshof, zu Unrecht gezahlte Beihilfen häufiger bei den Begünstigten direkt zurückzuverlangen. [mbu, bv]

- Bericht: www.kurzlink.de/rhbericht7/2011.pdf
- Sonderbericht: www.kurzlink.de/sbrh08/2011.pdf

Transparenz

Ombudsmann will Offenheit

■ Anlässlich des Internationalen Tages zum Recht auf Informationen hat der europäische Ombudsmann Ende September erneut mehr Transparenz in der EU gefordert. Nikiforos Diamandouros wies auf zahlreiche Beschwerden europäischer BürgerInnen hin. Als Lösung schlug er die Einführung von Informationsbeauftragten für die EU-Verwaltung und ein öffentliches Register der Dokumente aller Institutionen im Internet vor. [tg]

- www.kurzlink.de/rechtaufinformation

Ehrenamt

EU will Freiwillige fördern

■ Die EU-Kommission hat im September eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie Wege aufzeigt, um Freiwilligendienste in der EU zu fördern. Anlässlich des eu-

exkurse in die unsichtbare Dimension!

Der kulturelle Blick auf Bildung
für nachhaltige Entwicklung
gibt neue Impulse:
unkonventionell und lebendig!

Die im vorliegenden Band versammelten AutorInnen blicken aus ihren Forschungsfeldern auf den keineswegs endgültig definierten Begriff der Nachhaltigkeit. Ihre Beiträge zeigen aus den Perspektiven der historischen Forschung, der Psychoanalyse, der Organisationsentwicklung, der Sexualpädagogik sowie der kulturellen und ästhetischen Bildung sowie der Praxis- und Diskursforschung, dass die Einbeziehung der kulturellen Dimension einer Bildung für nachhaltige Entwicklung nachhaltige Impulse geben kann.

Gabriele Sorgo (Hg.):

Die unsichtbare Dimension

Bildung für nachhaltige Entwicklung
im kulturellen Prozess

forum exkurse edition, Wien 2011. 192 S.,
EUR 14,-. ISBN 978-3-900717-68-1

Zu beziehen über www.umweltbildung.at

forum
umwelt
bildung
für nachhaltige
entwicklung

ropäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit hat sie die Gründung eines europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe und einen EU-Qualifikationspass vorgeschlagen. In diesem Rahmen sollen freiwillige Helfer belohnt und Freiwilligendienste gefördert werden. Bisher sind ehrenamtliche Tätigkeiten auf EU-Ebene nur schwer wahrzunehmen, gerade wenn es um grenzüberschreitende Tätigkeiten geht. Viele während der freiwilligen Arbeit erworbene Qualifikationen werden zudem später nicht anerkannt. [mm, rd]

- ▶ Mitteilung: www.kurzlink.de/komIP/11/1050
- ▶ Freiwilligenjahr: www.europa.eu/volunteering

Whistleblower

Kein Schutz für Informanten

■ Die Linksfraktion im Bundestag hat einen Gesetzentwurf zum Schutz von sogenannten Whistleblowern eingebracht. Das meldete der Behördeninformationsdienst Haufe.de. Whistleblower geben Informationen – zum Beispiel über Missstände am Arbeitsplatz, bei der medizinischen Versorgung oder über Umweltkriminalität –, aus denen eine Bedrohung für die Gesellschaft erwachsen könnte, im guten

Glauben an die Öffentlichkeit weiter. Das Gesetz soll diese Informanten schützen, die oft als Nestbeschmutzer behandelt werden und negative Auswirkungen bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes befürchten müssen. Der Antrag wurde im September an die Fachausschüsse überwiesen.

Die Bundesregierung geht allerdings davon aus, dass Hinweisgeber bereits ausreichend durch das Arbeitsrecht und die allgemeinen kündigungsrechtlichen Vorschriften geschützt sind. Das geht aus ihrer im Oktober veröffentlichten Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor. [hv]

- ▶ Gesetzentwurf und Antwort auf Kleine Anfrage: www.kurzlink.de/whistleblower1

Nachhaltigkeit

Rat will Kodex für Wirtschaft

■ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat im Oktober den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) verabschiedet. Zusammen mit neuen Transparenzstandards für unternehmerische Nachhaltigkeitsleistungen und einer Empfehlung des Rates liegt der Kodex nun bei der Bundesregierung. Der DNK stellt 20 Anforderungen

für nachhaltiges Wirtschaften auf. Damit können kleine und mittlere Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsleistung messen und darstellen. Unternehmerische Nachhaltigkeit soll dadurch vergleichbar werden. Der Kodex wurde im Sommer einem ersten Praxistest unterzogen (umwelt aktuell 07.2011, S. 24). [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/rne-nh-kodex

VERKEHR & TOURISMUS

Verkehrssicherheit

EU-Parlament will Tempo 30 in Städten

■ Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben sich zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit bis 2020 für ein EU-weites Tempolimit in Städten ausgesprochen. Ein entsprechender Bericht wurde Ende September verabschiedet.

Nach dem Willen der Parlamentarier sollen Autofahrer künftig mit höchstens 30 Stundenkilometern in europäischen Städten unterwegs sein. Damit soll die Zahl

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom
verlag



Themenpakete

Frisch geschnürt ist halb geschenkt

Die *politische ökologie* hat sich zu einer Buchreihe für ein breites Publikum gemauert – eine gute Gelegenheit, die einzigartige Enzyklopädie der Nachhaltigkeit neu oder wieder zu entdecken! Denn sie bleibt ihrem Anspruch treu, gegen den geistigen Strom zu schwimmen, das jeweilige Schwerpunktthema kompetent aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten, unbequeme Fragen zu stellen und unorthodoxe Lösungswege zu skizzieren. Frisch geschnürt ist halb geschenkt: An Lesestoff haben wir bei unseren Themenpaketen nicht gespart, aber Sie sparen! Bis zu 45 Prozent Rabatt gibt es auf die Themenpakete der *politischen ökologie*.

Alle Themenpakete finden Sie unter www.oekom.de/politische-oekologie

der Verkehrstoten reduziert werden. Von den jährlich etwa 35.000 Menschen, die im Straßenverkehr sterben, kommt mehr als ein Drittel durch Unfälle wegen zu hoher Geschwindigkeit ums Leben.

Auch wenn der Bericht nicht gesetzlich bindend ist, wird er möglicherweise die Akzeptanz für ein Tempolimit steigern. Die Kommunen bekämen Unterstützung, wenn sie solche Limits einführen wollen, sagte Michael Cramer, der verkehrspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im EU-Parlament.

Das Parlament forderte die EU-Kommission zu Gesetzesvorschlägen auf. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 auf 20.000 zu senken. Auch auf die Umwelt hätte Tempo 30 positive Auswirkungen. Das trifft vor allem auf Feinstaub zu, der nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) bei niedrigerer Geschwindigkeit nicht so stark aufgewirbelt wird. Zwar stößt der Motor selbst kaum weniger Partikel aus, aber die Menge der Stickstoffoxide (NOx) steigt mit der Temperatur des Motors – bei Tempo 30 ist er tendenziell kühler.

In einem Brief an das Parlament kündigte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso ein Programm an, mit dem der Verkehrssektor bis 2050 den Ausstoß von Treibhausgasen bis zu 70 Prozent senken soll. Unter anderem schlug er niedrigere Abgaswerte für Autos vor. [mbu]

- ▶ Entschließung: www.kurzlink.de/eu-parl-tempo30
- ▶ www.michael-cramer.de
- ▶ Barroso-Brief: www.kurzlink.de/barroso-verkehr

Emissionen

Zu viel CO₂ aus VW und BMW

■ Der CO₂-Ausstoß von verkauften Neuwagen in der EU ist im vergangenen Jahr um 3,7 Prozent auf durchschnittlich 140 Gramm pro Kilometer gesunken. Das ist das Hauptergebnis der jüngsten Analyse der Organisation Transport & Environment (T&E) zum CO₂-Ausstoß von Neuwagen in der EU. Der ökologische Verkehrsclub VCD wies im September da-

rauf hin, dass dies genau der Wert sei, den die Autoindustrie per Selbstverpflichtung schon für 2008 versprochen hatte.

Deutschland schneidet im Vergleich mit den übrigen EU-Staaten eindeutig unterdurchschnittlich ab. So wurden die Kohlendioxidemissionen nur um 1,8 Prozent reduziert – lediglich die Slowakei weist noch schlechtere Werte auf. Auch beim absoluten Ausstoß liegt Deutschland insgesamt mit 151 Gramm auf Platz 23 von 27 Mitgliedstaaten.

Während zum Beispiel Dänemark, Frankreich und Schweden Anreize zum Kauf sparsamer Fahrzeuge mit geringem CO₂-Ausstoß setzten, herrsche Schweigen in Deutschland, monierte der VCD-Verkehrsexperte Michael Müller-Görnert.

Eine gesonderte Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Verbrauchsminderung und Kostenentwicklung in der T&E-Studie zeigt, dass Neuwagen in der EU trotz Spritspartechnologien in den letzten Jahren im Schnitt um 2,4 Prozent günstiger wurden. Für Deutschland stellt die Statistische Bundesamt fest, dass sich die Anschaffungskosten für ein Auto zwischen August 2009 und 2011 lediglich um 0,5 Prozent erhöhten. Studien im Auftrag der EU hingegen hatten zuvor erhebliche Kostensteigerungen prognostiziert, die von der Verringerung des durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes auf 140 Gramm pro Kilometer verursacht würden. Dieses Argument – gern auch von der Autoindustrie vorgebracht – ist damit augenscheinlich widerlegt. [mbu]

- ▶ T&E-Studie „How Clean are Europe's Cars“: www.transportenvironment.org/publications
- ▶ VCD zu CO₂-Grenzwerten für Pkws: www.vcd.org/co2grenzwert.html

Grüner Tourismus

Karst soll nachhaltig werden

■ Die Naturfreunde-Internationale sowie die Naturfreunde Ungarns und der Slowakei haben im September die gemeinsame Deklaration „Roadmap für eine nachhaltige Tourismusentwicklung“ verabschiedet.

Darin fordern sie mehr Kooperationen für die ökologische Entwicklung des slowakischen Karsts und des Aggtelek-Karsts in Nordostungarn. Vertreter beider Regionen, die zur Naturlandschaft des Jahres 2010/2011 erklärt wurden, sollten einen grenzüberschreitenden regionalen Tourismusverband gründen. Außerdem sollten der öffentliche Nahverkehr verbessert und regionale Produkte gefördert werden. [mbu]

- ▶ Roadmap: www.kurzlink.de/karstroadmap.pdf

WASSER & MEERE

EU-Fischereipolitik I

Kontrollen auf See sollen illegale Fischerei eindämmen

■ In einem Initiativbericht fordert der Fischereiausschusses im EU-Parlament internationale Maßnahmen gegen illegale Fischerei. Etwa 15 Prozent des weltweit gefangenen Fisches würden illegal aus dem Wasser geholt, so der im Oktober vorgelegte Bericht. Illegaler Fischfang sei nicht nur eine Bedrohung für die Fischereiwirtschaft und die VerbraucherInnen, sondern auch eine Ursache der Zerstörung der Meeresbiodiversität. Die ParlamentarierInnen fordern Kontrollen auf See und das Verbot der Vermarktung von illegal gefangenen Meeresfrüchten und Fischen. Die EU als Betreiberin einer der größten Fischereifloten und Großimporteurin von Fischereiprodukten aus dem Ausland müsse eine internationale Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU) spielen.

Parlamentsberichterstatterin Isabella Lovin (Grüne, Schweden) forderte die Anwendung von vorhandener Technik zur Überwachung und Verhinderung illegaler Fischerei. EU-Kommission und Mitgliedstaaten müssten das Thema auch auf die Agenda der Welthandelsorganisation WTO und in andere internationale Foren bringen. Gegen Staaten, die sich nicht an

die Regeln halten, müssten Sanktionen verhängt werden. Finanzielle Hilfen aus der EU für Drittstaaten müssten an die Bedingung geknüpft sein, dass die Regeln eingehalten werden.

Der Fischereiausschuss nahm den Lovin-Bericht einstimmig an. Die Abstimmung im Parlamentsplenium soll Mitte November erfolgen. [jg]

► www.kurzlink.de/ill-fish-ep-fish1011

EU-Fischereipolitik II

Fangmengen im Atlantik sollen etwas sinken

■ Die EU-Kommission hat Ende September ihren ersten Vorschlag für die Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände im Atlantik und in der Nordsee im kommenden Jahr präsentiert. Der Vorschlag bezieht sich nur auf die 83 Fischbestände, für welche die EU sogenannte autonome Gesamtfangmengen (TAC) beschließt. Für weitere 66 Bestände müssen die Fangmengen gemeinsam mit Nicht-EU-Staaten ausgehandelt werden.

Die EU-Kommission schlägt für 2012 eine Verringerung der zulässigen Ge-

samtfangmengen (nach Gewicht) um elf Prozent gegenüber dem Vorjahr vor. Das bedeutet für die meisten Fischarten eine Verringerung der Fangquoten. Für einige Bestände und Fanggebiete sieht der Kommissionsvorschlag allerdings auch eine massive Erhöhung der Fangquoten vor. So soll in bestimmten Gebieten 41 Prozent mehr Kabeljau gefangen werden dürfen. Für den Seeteufel ist eine Quotensteigerung um zehn Prozent geplant.

Ein großes Problem bei der Festsetzung der Fangquoten ist aus Sicht von Umweltverbänden das Fehlen von wissenschaftlichen Gutachten über die tatsächlichen Bestände der Fische in den Meeren. [UWD, jg]

► www.kurzlink.de/ubatfang

► EU-Kommission: www.kurzlink.de/komfang2012

Umsetzung von EU-Meeresspolitik

Öffentlichkeitsbeteiligung zu Nord- und Ostsee

■ Seit Mitte Oktober liegen deutsche Berichtsentwürfe zur Umsetzung der europäischen Meeresschutzrahmenrichtlinie (MSRL) vor. Die Öffentlichkeit hat nun

bis Mitte April 2012 Zeit, Stellung zu beziehen. Die veröffentlichten Entwürfe beziehen sich auf eine Anfangsbewertung der deutschen Ost- und Nordsee, die Beschreibung eines guten Umweltzustands für die beiden Meere sowie die Festlegung von Umweltzielen für sie. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit wird von der MSRL vorgeschrieben. [am]

► www.meeresschutz.info

Klimawandel in Europa

Trübe Aussichten für Meere

■ Wissenschaftler des Projekts für Klimawandel und marine Ökosysteme (CLAMER) haben den Einfluss des Klimawandels auf die Meere in Europa erforscht. In ihrem abschließenden Bericht wiesen sie deutlich auf die Folgen des Klimawandels und der Eisschmelze in der Arktis hin. Die Veränderungen seien schneller eingetreten als zunächst erwartet, erklärte Carlo Heip, Leiter des Projekts und Autor des Berichts. In den letzten 25 Jahren hätten die durch die Klimaerwärmung steigenden Meerestemperaturen eine Eisschmelze in der Arktis verursacht und den Meeresspiegel ansteigen lassen. Dies und die stärkeren

Nachhaltigkeit

A-Z

Wie Interaktion

Wie können staatliche, gesellschaftliche und unternehmerische Akteure zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung beitragen? Das vorliegende Buch analysiert Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft und bietet einen Überblick über bestehende Konzepte, Ziele und die damit verbundenen Umsetzungsmechanismen. In nationalen und internationalen Fallbeispielen werden Perspektiven und Optionen für die Förderung von Innovation und öffentlich-privater Kooperation vorgestellt.

J. Knopf, R. Quitzow, E. Hoffmann, M. Rotter (Hrsg.)
Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft
 Treiber für Innovation und Kooperation?

266 Seiten, 34,95 EUR, ISBN 978-3-86581-265-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

Winde hätten bisher zu etwa 15 Prozent zur Küstenerosion beigetragen. Die erhöhten Meeresspiegel stellten ein Problem für alle tiefer gelegenen Regionen in der EU dar, so der Bericht weiter. Zudem würden immer mehr Tierarten durch eisfreie Passagen in der Arktis vom Atlantik in den Pazifik gelangen. Dies werde auf Dauer die Ökosysteme beider Ozeane empfindlich belasten. [mm]

- ▶ CLAMER: www.clamer.eu/library
- ▶ Bericht: www.kurzlink.de/berclam.pdf

Arktis

Zu wenig EU-Abgeordnete gegen Ölbohrungen

Die Abgeordneten im Europäischen Parlament haben sich mehrheitlich dagegen ausgesprochen, Tiefseebohrungen in ökologisch sensiblen Gebieten wie der Arktis zu verbieten. Die ParlamentarierInnen lehnten auch ein Moratorium für Tiefseebohrungen bis zur Verabschiedung von schärferen EU-Sicherheitsstandards ab. Die beiden Anträge waren im Rahmen einer Resolution des Parlaments zur neuen EU-Regelung für Tiefseebohrungen von der Fraktion der Grünen eingebracht worden.

Die verabschiedete Resolution sieht vor, dass neue Öl- und Gasfelder in europäischen Meeren künftig nur dann erlaubt werden, wenn die Firma einen dem Bohrort angemessenen Notfallplan vorgelegt hat. Außerdem sprachen sich die Abgeordneten erneut dafür aus, das Verursacherprinzip und die Haftung im Schadensfall auch auf Meeresgewässer und die marine Artenvielfalt auszudehnen.

Die Europäischen Grünen kritisierten die Entscheidung vor allem im Lichte des Öllecks vor Schottland. Der Vorfall zeige deutlich, dass schwere Ölunfälle auch in der Nordsee möglich seien, sagte die Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms. [am]

- ▶ Resolution: www.kurzlink.de/resoarkt
- ▶ EU-Grüne: www.kurzlink.de/greens1309

Umsetzung von EU-Wasserpolitik

Bundesregierung gerügt

Nach Auffassung der EU-Kommission beachtet die deutsche Bundesregierung das EU-Wasserrecht nicht genügend. Deshalb hat die Kommission nun eine mit Gründen versehene Stellungnahme nach Berlin geschickt. Ihr geht der in Deutschland verwendete Begriff „Wasserdienstleistungen“ nicht weit genug. Die Wasserrahmenrichtlinie schreibt eine Politik der Kostendeckung vor, allerdings beinhaltet Kostendeckung für die Bundesregierung nur die Trinkwasserversorgung und die Entsorgung und Behandlung von Abwasser. Die EU-Kommission fasst den Begriff weiter und bezieht auch die Wasserentnahme für viele andere Zwecke mit ein: Kühlung von Industrieanlagen, Bewässerung in der Landwirtschaft, Einschränkung von Oberflächengewässern für die Schifffahrt, Hochwasserschutz, Stromerzeugung durch Wasserkraft, Brunnenbau für Landwirtschaft, Industrie und Private.

Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, auf das Schreiben zu reagieren. Kommt keine Antwort auf den Brief der EU-Kommission, kann diese den Europäischen Gerichtshof anrufen.

Die Wasserrahmenrichtlinie sieht die Einberechnung von Umwelt- und Ressourcenkosten in die Kostendeckung von Wasserdienstleistungen vor. Damit soll letztlich das übergeordnete Ziel erreicht werden, dass sich 2015 alle Gewässer in einem „guten Zustand“ befinden. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/IP/11/1101

Gewässergüte

EU-Ziele in weiter Ferne

Der durch die EU-weite Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) chemisch und ökologisch gute Zustand der Gewässer bis 2015 kann in Deutschland voraussichtlich nicht erreicht werden. Forschungen der Universität Koblenz-Landau, des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung und der TU Freiberg ergaben, dass 257 der 331

getesteten Schadstoffe in den Gewässern vorkommen. Insgesamt sei die Belastung durch Pestizide und Chemikalien so hoch, dass schädliche Auswirkungen auf die Natur sehr wahrscheinlich seien. Blieben die Werte in den deutschen Gewässern auf dem jetzigen Stand, seien die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie kaum noch zu realisieren. [hv]

- ▶ Institut für Umweltwissenschaften, Dr. Ralf Schäfer, Landau, Tel. +49 (0)6341 / 280-31536, E-Mail: schaefer-ralf@uni-landau.de
- ▶ www.kurzlink.de/wasserstudie

Weservertiefung

Klage soll Bagger stoppen

Gegen den Planfeststellungsbeschluss der Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) Nordwest zur Vertiefung der Weser hat eine BUND-Klagegemeinschaft Ende September Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Gleichzeitig beantragte die Kanzlei der Kläger die Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage, da sonst die ersten Ausbaggerungen Anfang Oktober begonnen hätten. Der Beschluss betrifft die Vertiefung der Außenweser, der Unterweser und der hafenbezogenen Wendestelle, um die Weser für Massengutschiffe schiffbar zu machen. In den vom BUND übermittelten Schriftsätzen wurden formale und inhaltliche Mängel aufgezeigt, die in ihrer Summe den Beschluss kippen könnten. Der BUND kritisiert vor allem, dass die WSD voreingenommen gewesen sei und schwerwiegende Abwägungsfehler bei der Begründung des Ausbauvorhabens gemacht habe. Außerdem werde der Beschluss nicht der europäischen Wasserrahmenrichtlinie gerecht. Durch die Weservertiefung würden alle Natura-2000-Schutzgebiete entlang der Weser durch veränderte Fluss- und Tidenströmungen und Sohl- und Ufererosion erheblich beeinträchtigt. [rd]

- ▶ www.kurzlink.de/bund-klage-0911
- ▶ BUND Bremen, Martin Rode, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 790020, www.bund-bremen.de

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Finanzkrise**EU plant Steuer auf spekulative Finanzgeschäfte**

■ EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat in einer Rede vor dem EU-Parlament Ende September eine Gesetzesinitiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgestellt. Banken, Versicherungen und Fonds sollen laut dem Vorschlag der Kommission künftig eine Abgabe zahlen, wenn sie mit Aktien und Anleihen Finanzgeschäfte machen.

Bis jetzt hatten vor allem die EU-Staaten die Kosten der Finanzkrise zu tragen. Mit 4,6 Billionen Euro haben die europäischen SteuerzahlerInnen den Finanzsektor gestützt. Banken bezahlen bisher nicht einmal Mehrwertsteuer auf ihre Geschäfte. Jetzt soll die Finanzbranche über eine Steuer auf spekulative Finanzgeschäfte etwas zurückgeben.

Auf den Handel mit Aktien und Staatsanleihen zwischen Banken und anderen Finanzunternehmen sollen laut dem Kommissionsvorschlag eine Steuer in Höhe von 0,1 Prozent und auf den Handel mit Derivaten 0,01 Prozent erhoben werden. Alle Geschäfte mit Privatleuten und kleinen und mittleren Unternehmen sind von der Steuer befreit.

Eine Finanztransaktionssteuer könnte der EU ab dem geplanten Beginn 2014 rund 57 Millionen Steuereinnahmen jährlich einbringen, sagte Barroso. EU-ParlamentarierInnen forderten nach Berichten des Umweltinformationsdienstes ENDS Europe Daily, die Milliarden gewonnener Mittel zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an die Erderwärmung sowie für nationale Armutsbekämpfung und Entwicklungshilfe einzusetzen.

Nach Medienberichten lehnt Großbritannien die Steuer grundsätzlich ab und kündigte bereits ein Veto an. Frankreich, Deutschland und viele weitere EU-Staaten befürworteten dagegen eine Steuer auf Finanzgeschäfte.

Nichtregierungsorganisationen hatten seit 2009 in einem breiten Bündnis von 85 Organisationen unter dem Motto „Steuer gegen Armut“ eine Finanztransaktionssteuer gefordert, darunter die globalisierungskritische Organisation Attac, zahlreiche kirchliche Vereinigungen, mehrere Gewerkschaften und linke Parteien sowie die Umweltorganisationen BUND, DNR, FÖS und WEED. [sg]

- ▶ EU-Kommission: www.kurzlink.de/IP/11/1085
- ▶ Hintergrundpapier aus NGO-Sicht: www.foes.de/themen/finanztransaktionsteuer
- ▶ www.steuer-gegen-armut.org

Ressourceneffizienz I**Knappe Rohstoffe im Programm**

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat im Oktober einen Entwurf für ein nationales Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) veröffentlicht. Das Programm soll einen sparsameren und effektiveren Umgang mit natürlichen Ressourcen fördern, da die bisherige Ressourcennutzung nach Ansicht des Ministeriums nicht dauerhaft gehalten werden kann. Eine nachhaltige Ressourcenpolitik könne die Umweltbelastung begrenzen, die Versorgungssicherheit erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit steigern, heißt es im Arbeitsentwurf. Das „Programm zum Schutz natürlicher Ressourcen in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ soll im November im Kabinett behandelt werden.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen nannte Ressourceneffizienz eine „Schlüsselkompetenz zukunftsfähiger Gesellschaften“. Das Programm setzt auf Marktanreize, Information, Beratung, Bildung und Forschung sowie auf die Stärkung freiwilliger Maßnahmen und Initiativen in Wirtschaft und Gesellschaft. Unter anderem sollen freiwillige Produktkennzeichen, Zertifizierungssysteme und Ressourceneffizienz in der öffentlichen Beschaffung gefördert werden.

Als Handlungsansätze nennt das Papier die Sicherung nachhaltiger Rohstoffversorgung, Ressourceneffizienz in der Produktion, eine Orientierung auf Ressourceneffizienz beim Konsum und den Ausbau einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft sowie übergreifende Instrumente.

Auch andere Länder in der EU widmen der Steigerung der Ressourceneffizienz mehr Aufmerksamkeit, allerdings unterscheiden sich die ergriffenen politischen Maßnahmen stark. Das zeigt eine im Oktober veröffentlichte Umfrage der Europäischen Umweltagentur EEA. Laut dem Bericht gibt es nicht einmal eine einheitliche Definition von Ressourceneffizienz. Die meisten Länder versuchten außerdem noch immer, die technische Effizienz zu steigern, statt grundsätzliche Fragen wie den Konsum in ihre Strategien einzubeziehen. [hv, jg, rd]

- ▶ ProgRess-Entwurf: www.bmu.de/47845
- ▶ EEA-Umfrage: www.eu-koordination.de/umweltnews/news/produktpolitik/1103

Ressourceneffizienz II**Wird Europa abgehängt?**

■ Aus Sicht der EU-Wirtschaftsminister gefährdet die geplante Richtlinie zur Ressourceneffizienz die europäische Wirtschaft. Die Minister befürchten, dass strengere Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt einschränken könnten, da Konkurrenten geringere Standards hätten. Der Rat der EU-Wettbewerbsminister forderte im September in seinen Schlussfolgerungen, dass zunächst geprüft werden müsse, ob die Vorschriften die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bremsen oder nicht. Der EU-Wirtschaftspolitiker Herbert Reul (CDU) sagte: „Ressourceneffizienz ist eine wirtschaftliche Chance. Berücksichtigt werden muss aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen.“ Der Grünen-Abgeordnete Reinhard Bütikofer mahnte dagegen: „Europa darf im Technologiewettlauf nicht ins Abseits geraten, weil es keine konkreten Effizienzziele vorgibt.“

Er warf den Wirtschaftsministern vor, auf den Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa von Umweltkommissar Janez Potočnik kaum einzugehen. Die EU müsse jetzt sowohl die Ressourceneffizienz voranbringen als auch die Industrie stark erhalten. Die EU-Kommission kündigte an, künftig alle EU-Gesetze im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit zu prüfen.

Im September hatte die EU-Kommission einen Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa vorgelegt (siehe nebenstehenden Kommentar). [tg]

- ▶ Minister: www.kurzlink.de/ressourceneffizienz
- ▶ Fahrplan: www.kurzlink.de/eu-roadmap-ress

Bergbau

Proteste gegen Goldtagebau

■ Die Proteste gegen den geplanten Goldtagebau im rumänischen Roșia Montană haben Ende September einen weiteren Höhepunkt erreicht. Aktivisten besetzten das Büro der Rosia Montana Gold Corporation in dem westrumänischen Ort. Die Aktivisten wollen den Bau von Europas größter Tagebau-Goldmine und die damit verbundene Nutzung von hoch giftigem Zyanid verhindern. Der Bau hätte die zwangsweise Umsiedlung Hunderter Familien und die Zerstörung der bäuerlichen Strukturen des Dorfes Roșia Montană zur Folge. Außerdem birgt ein Zyanidsee Gefahren für die Wasserversorgung.

Das Projekt wird seit zwölf Jahren von dem kanadischen Unternehmen Gabriel Resources verfolgt. Breite Proteste, vor allem initiiert durch die Organisation Alburnus Maior, verhinderten aber bis heute die Realisierung. Nun jedoch will der neue rumänische Umweltminister László Borbély den Weiterbau ohne Korrekturen genehmigen und Enteignungen erleichtern, obwohl die Gesetzeslage nicht eindeutig ist.

Die EU-Kommission hat trotz einer Resolution des Europaparlaments von 2010 bisher keinen Gesetzesvorschlag für ein Zyanidverbot im Bergbau vorgelegt. [tg]

- ▶ www.de.indymedia.org/2011/09/317135.shtml

Bestandsaufnahme mit Licht und Schatten

Ein Arbeitsplan, aber kein großer Wurf ist der Fahrplan für mehr Ressourceneffizienz, den die Europäische Kommission vorgelegt hat. Entscheidend sind nun die Beschlüsse des Ministerrats, sagt Pieter de Pous vom Europäischen Umweltbüro.

Endlich hat die EU-Kommission den lang erwarteten Ressourceneffizienzfahrplan veröffentlicht. Seit sie den Fahrplan im Januar in ihrer „Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa“ angekündigt hatte, versuchte die Kommission die Erwartungen niedrig zu halten. Nach der Veröffentlichung im September ist klar, warum: Der Fahrplan ist nicht mehr (aber auch nicht weniger) als eine Bestandsaufnahme des politischen Ehrgeizes eines der drei EU-Organe, das entscheiden muss, mit welchen Maßnahmen der Ressourcen hunger Europas zu stillen ist.

Der Fahrplan zeigt, dass die Kommission ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm vor sich hat. Im Dezember wird der Rat der EU-Umweltminister auf den Fahrplan reagieren, Anfang 2012 das Europäische Parlament. Diese Reaktionen werden einen Vorgeschmack darauf geben, wie die beiden Organe sich zu den Maßnahmen, die die Kommission schließlich vorschlagen wird, verhalten werden.

Nun, wo der Ressourceneffizienzfahrplan vorliegt, ist die große Frage: Wird die politische Unterstützung, die diese Agenda bisher auf höchster Ebene in der Kommission genossen hat, in effektive Maßnahmen übersetzt? Wenn man sich den Entwurf für die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ansieht, der nur zwei Wochen nach dem Fahrplan veröffentlicht wurde, fällt die Antwort ernüchternd aus. Die neue GAP hätte das Potenzial, die Zerstörung wichtiger Flächenressourcen durch schädliche landwirtschaftliche Praktiken zu stoppen. Der Entwurf der Kommission nutzt dieses Potenzial jedoch kaum.

Die meisten Maßnahmen in dem Ressourceneffizienzfahrplan sollen erst in fernerer Zukunft stattfinden. Wichtige Ziele sind die Einführung von Wassersparverpflichtungen für die nächsten Flusseinzugsmanagementpläne nach der Wasserrahmenrichtlinie. Positiv ist auch, dass die Überarbeitung der EU-Abfallgesetzgebung genutzt werden soll, um einer abfallfreien Gesellschaft näherzukommen. Außerdem soll bis 2013 ein Katalog von Indikatoren und Zielen entwickelt werden, der der Initiative eine strategische Richtung gibt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Fahrplans ist die Integration der Ressourceneffizienzagenda in das Europäische Semester 2012. Das Europäische Semester ist ein neuer Steuerungsmechanismus, bei dem die EU-Staaten in der Wirtschaftspolitik und bei den nationalen Budgets enger zusammenarbeiten sollen. Das birgt große Gefahren, aber auch Chancen. Die Gefahren liegen nicht nur darin, dass viele Regierungen es bei den Sparmaßnahmen übertreiben könnten. Auch dringend notwendige Investitionen in die ökologische Infrastruktur könnten an den Rand gedrängt werden. Das Europäische Semester kann aber auch eine Chance sein – ein neuer Mechanismus, um ökologische Steuerreformen und das Auslaufen umweltschädlicher Subventionen in den Mitgliedstaaten sicherzustellen. Wie schwierig dieser Prozess wird, zeigt die kürzliche Entscheidung der portugiesischen Regierung, Vergünstigungen bei der Einkommenssteuer für die Besitzer von Firmenwagen nicht abzuschaffen – obwohl das in dem gemeinsamen Rettungspaket von Internationalem Währungsfonds, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank ausdrücklich gefordert wurde.

Einige der Maßnahmen, die über Erfolg oder Misserfolg des Ressourceneffizienzfahrplans entscheiden, sind politisch hochsensibel. Deshalb sind die Schlussfolgerungen, die der Rat der EU-Umweltminister im Dezember verabschieden wird, sehr wichtig. Wenn diese Beschlüsse ehrgeizig sind und die EU-Kommission mit Blick auf die im Fahrplan angekündigten Maßnahmen ermutigen, dann gibt es eine Chance, dass die Gesetzesvorschläge der Kommission auch Substanz haben.

Der Forstwissenschaftler Pieter de Pous leitet die Politikabteilung beim Europäischen Umweltbüro (EEB) in Brüssel. Das EEB ist die Dachorganisation der europäischen Umweltverbände.

Kontakt:
Tel. + 32 (0)2 / 289-1306, Fax -1099,
E-Mail: pieter.depous@eeb.org, www.eeb.org

Was ist Green Economy – und was nicht?

Im Juni 2012 findet in Rio de Janeiro die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung statt. Zwei Jahrzehnte nach dem ersten Rio-Gipfel soll es bei „Rio+20“ vor allem um nachhaltiges Wirtschaften gehen. Regierungen, Unternehmen und Zivilgesellschaft haben aber sehr unterschiedliche Vorstellungen von der „Green Economy“. Dass kein alter Wein in neue Schläuche gefüllt wird, ist für Nichtregierungsorganisationen ein wichtiges Ziel.

■ Langsam, aber sicher wächst das Interesse für den nächsten Erdgipfel. Es ist die UN Conference on Sustainable Development (UNCSD), die im Juni 2012, 20 Jahre nach dem ersten Gipfel, wieder in Rio de Janeiro stattfinden wird. Dort werden sich zum vierten Mal Staats- und Regierungschefs aus aller Welt zu einer Umweltkonferenz versammeln und bekunden, wie wichtig eine nachhaltige Entwicklung ist.

Lange war unklar, ob es diesen UN-Gipfel überhaupt geben würde. Zu enttäuschend waren die Ergebnisse des Johannesburger Rio+10-Gipfels, zu wenig wurde bisher erreicht. Kein Regierungschef wollte sich gern sagen lassen, dass zu wenig getan wurde, der politische Wille fehlte und kaum Fortschritte zu verzeichnen sind. Auf Betreiben Brasiliens brachte die G77, die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer, dann doch im Jahr 2008 formal den Antrag auf einen Rio+20-Gipfel ein.

Nicht schon wieder ein gescheiterter Weltgipfel

Ähnlich zögerlich laufen nun die Vorbereitungen. Sowohl bei den Regierungen als auch der Zivilgesellschaft dauerte es lange, bis der Funke übersprang. Nicht zuletzt auch deshalb, weil alle unsicher sind, was sie von dem Gipfel erwarten können. Selbst die NGOs, die Nichtregierungsorganisationen, schrecken ein bisschen davor zurück, zu hohe Erwartungen zu formulieren. Sie möchten nicht schon wieder vom Scheitern eines Gipfels reden müssen. Die Lektion von Kopenhagen und den dort vor zwei Jahren eklatant gescheiterten Klimaverhandlungen steckt allen noch in den Knochen. Auch die Frage nach der Durchsetzungskraft des Multilateralismus steht wie ein Elefant im Raum. Auf der anderen Seite ist allen klar, dass nicht schon wieder ein UN-Gipfel mit halbherzigen Versprechungen verstreichen darf. Ein Umsteuern

für einen massiven Strukturwandel muss jetzt in die Wege geleitet werden und durch den Gipfel die richtigen Impulse erhalten.

Das Interesse an Rio+20 wächst

Inzwischen deutet sich aber an, dass sich immer mehr Akteure für den Gipfel und sein Schicksal interessieren. Eine Informationsveranstaltung des Forums Umwelt und Entwicklung zum Stand des Gipfelprozesses und der Vorbereitungen im September war überfüllt. Das deutsche NGO-Bündnis informierte dabei über die konzeptionellen Hintergründe der Gipfelthemen. Ein Vertreter des Bundesumweltministeriums gab die Einschätzungen der deutschen Bundesregierung wieder. Die Botschaft Brasiliens machte deutlich, was sich das Gastgeberland vom Gipfel verspricht und wünscht, welche Anstrengungen es für den Gipfelerfolg unternimmt und wie die Zivilgesellschaft eingebunden wird. Ein Vertreter der Zivilgesellschaft stellte noch einmal dar, welche Impulse Rio+20 geben soll und wie mit dem Konzept der Green Economy umzugehen sei.

„Green Economy in the context of Sustainable Development and Poverty Eradication“ ist eines der Hauptthemen des Gipfels. Neben den institutionellen Fragen einer Neuorganisation des Umweltbereichs der UN stehen das nachhaltige Wirtschaften und seine Verbindungen zu nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung damit im Zentrum der Diskussionen.

Um weitere unerfüllte Beschlusslagen zu vermeiden, setzen die Bundesregierung und auch die EU diesmal auf das Bottom-up-Prinzip: Die Regierungen sollen nicht mehr auf globaler Ebene beschließen, was alle zu tun haben – das war der Top-down-Ansatz –, sondern bis zu einem bestimmten Datum sagen, wie ihre „Roadmap“ zur Green Economy aussehen soll. Diejenigen Staaten, die Hilfe bei der „grünen Trans-

formation“ brauchen, sollen diese dann von den UN-Institutionen in Form einer maßgeschneiderten Beratung erhalten.

Für die NGOs kommt es dabei auf die Definition an, was zu einer Green Economy gehören darf und was nicht, damit nicht nur alter Wein in neue Schläuche gefüllt wird. Zwar wird es – wie schon beim Begriff der Nachhaltigkeit – eine Machtfrage bleiben, welche Definition von Green Economy sich langfristig durchsetzt, aber die Zivilgesellschaft darf nicht den Moment verpassen, in dem die Chance für eine progressive Definition besteht. Darin muss dann klar formuliert werden, was nicht zu einer nachhaltigen Wirtschaft gehören darf.

Eine UN-Organisation für die Umwelt

Bei den institutionellen Fragen, dem zweiten großen Gipfelthema, streben viele Seiten – darunter auch Deutschland – an, dass das UN-Umweltprogramm UNEP zu einer vollwertigen UN-Sonderorganisation UNEO aufgewertet wird (umwelt aktuell 12.2008/01.2009, S. 2). Diese könnte dann auf Augenhöhe mit anderen Sonderorganisationen wie FAO oder WHO agieren. Der wichtige Unterschied liegt nicht nur im Imagegewinn, sondern vor allem bei der universellen Mitgliedschaft und den festen Mitgliedsbeiträgen.

Die Monate bis zum Juni werden nun mit vielen Runden der Vorverhandlungen gefüllt sein. Die ersten Vorschläge für das Abschlussdokument treffen bereits ein. Die nächsten Monate werden darüber entscheiden, ob der Gipfel das Umsteuern vorbereitet oder eben doch nur ein Deckmäntelchen für business as usual wird.

[Kathrin Blaufuss]

► Forum Umwelt und Entwicklung, Dr. Kathrin Blaufuss, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, E-Mail: k.blaufuss@forumue.de, www.forumue.de/?rio20

DNR INTERN

DNR-Präsidiumssitzung

Brüssel, Bonn, Berlin, Erfurt

■ Bei seiner Sitzung im September erhielt das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings Besuch aus Brüssel. Jeremy Wates, neuer Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB), stellte sich vor. Das EEB ist der Dachverband der europäischen Umweltverbände mit Sitz in Brüssel.

Jeremy Wates beschrieb Aufgaben, Arbeitsweise und aktuelle Vorhaben des EEB und lobte die langjährige gute Kooperation zwischen DNR und EEB. Diese werde sich bei der gemeinsamen Tagung „Ja zu einer europäischen Bodenschutzrichtlinie“ am 20. Oktober wieder bewähren.

Bei der Woche der Umwelt am 5. und 6. Juni 2012 im Park des Schlosses Bellevue wird der DNR wieder einen Ausstellungsstand gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden gestalten und eine interessante Vorstellung darbieten.

Das Präsidium will sich an die VertreterInnen der Umweltverbände in den Fernseh- und Rundfunkanstalten wenden, um sich gegen die einseitige wirtschaftspolitische Berichterstattung in den Nachrichtensendungen auszusprechen. Kritische Themen und anspruchsvolle Formate würden immer mehr in den Hintergrund gedrängt oder verschwinden ganz. Statt Börsenberichten und Bankenrettung sollten ökologische und andere Zukunftsthemen nach vorn gestellt werden und die damit einhergehenden gesellschaftspolitischen Zusammenhänge mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Auf der Grundlage der Diskussion zu den großen Themenkomplexen Wachstumskritik, Naturverständnis und Nachhaltigkeit soll bis zur nächsten Präsidiumssitzung ein diskussionsreifer Entwurf eines Leitbildes erarbeitet werden.

Das Präsidium diskutierte über die Forderung beim Europäischen Forum der Weltnaturschutzunion IUCN in Bonn nach Einrichtung eines deutschen Nationalkomitees. Deutschland hat bisher die Rolle

eines deutschen Focal Point übernommen, da die deutschen IUCN-Mitglieder kein weiteres Gremium schaffen wollten. In der konkreten Zusammenarbeit mit dem IUCN bereitet die unterschiedliche Struktur jedoch zunehmend Akzeptanz- und Abstimmungsprobleme. Daher treten die Vertreterinnen von IUCN Deutschland jetzt für die Einsetzung eines deutschen Nationalkomitees ein. Das DNR-Präsidium stimmte dem grundsätzlich zu. Zuvor sollen Zusammensetzung und Ausgestaltung des Komitees sowie die Vereinbarkeit mit den IUCN-Statuten geprüft werden.

Die diesjährige DNR-Mitgliederversammlung findet am 26. November um 10.30 Uhr in der Stadthalle in Bonn statt. Der DNR verlagert im Dezember seine Hauptgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin und hat deshalb noch einmal Bonn als Tagungsort gewählt. In diesem Jahr wird erstmals seit 2007 wieder die Deutsche Naturschutzmedaille des DNR verliehen. Am Abend zuvor nehmen die MitarbeiterInnen der DNR-Geschäftsstelle bei einer kleinen Veranstaltung mit VertreterInnen befreundeter Verbände, Ministerien und Institutionen Abschied von der Stadt Bonn.

Der 31. Deutsche Naturschutztag (DNT) findet vom 16. bis 22. September 2012 zum Thema „Naturschutz in den Zeiten der Energiewende“ in Erfurt statt. [hjh]

- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR), Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Wissenschaftsjahr 2012

Forschung für „gutes Leben“ und „anderes Wirtschaften“

■ 2012 wird das Jahr der Nachhaltigkeitsforschung. Das hat Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) im Juni angekündigt. Das Wissenschafts-

jahr 2010 war der „Zukunft der Energie“ gewidmet und in diesem Jahr steht „Forschung für unsere Gesundheit“ im Vordergrund. Nun laufen die Vorbereitungen zum „Wissenschaftsjahr Nachhaltigkeit 2012 – Zukunftsprojekt Erde“, koordiniert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Um sich über das Wissenschaftsjahr 2012 zu informieren und eigene Projektideen vorzustellen, trafen sich interessierte Organisationen am 17. und 18. Oktober in Bonn zum 8. BMBF-Forum für Nachhaltigkeit. Die Veranstaltung orientierte sich am BMBF-Rahmenprogramm Forschung für Nachhaltige Entwicklungen (FONA).

Zu Beginn wurden kurz die aktuellen Entwicklungen bei FONA zu Energieforschung und Energiewende, zum neuen Ressourcenprogramm und zum Agenda-Prozess Sozial-ökologische Forschung (SÖF) vorgestellt. Das Wissenschaftsjahr konzentriert sich bei der Nachhaltigkeit auf drei Themenschwerpunkte: „Anders Leben“, „Anders Wirtschaften“ und „Umwelt bewahren“. Die Schwerpunkte sowie ein zusätzliches Thema „Green Economy“ wurden in vier Workshops nach kurzen Impulsvorträgen diskutiert.

Ergebnis im Workshop „Anders Leben“ war eine Liste entscheidender Themen für das Wissenschaftsjahr, darunter:

- ▶ den Bezug zu „gutem Leben“ überdenken, etwa bei der Arbeitsstrukturierung oder beim Naturverhältnis;
- ▶ Synergien nutzen;
- ▶ relevante Lebensbereiche aufspüren, zum Beispiel Mobilität.

Als mögliche Formate und Aktivitäten wurden genannt:

- ▶ Social Media, Web 2.0;
- ▶ neue Aktionsformen wie Flashmob und Carrotmob;
- ▶ lokale Initiativen einbeziehen;
- ▶ zum interaktiven Mitmachen motivieren.

Im Workshop „Anders Wirtschaften“ trugen die Teilnehmer viele Formate für das Wissenschaftsjahr zusammen, wie

- ▶ öffentliche Auftaktveranstaltungen;
- ▶ Runde Tische für Bürger und Experten;
- ▶ neue kreative Kombinationen wie Flohmarkt und Kongress in einem;

- ▶ Thementage mit Besichtigungen von Instituten;
- ▶ eigene Produktion von Kurzfilmen sowie Beiträgen in Printmedien, Radio, Fernsehen und Internet.

Auch im Workshop „Umwelt bewahren“ wurden, angelehnt an die Impulsvorträge, mögliche Aktivitäten zum Wissenschaftsjahr zusammengetragen:

- ▶ „Wasserschmeck-Olympiade“, wie sie in Erlangen bereits stattfand;
- ▶ forschende Museen einbeziehen wie schon beim Schmetterlingsmonitoring;
- ▶ mehr Kommunikation zwischen Klimaforschern und Kommunen, etwa mit dem Klimazug an der Küste;
- ▶ Wissenschaftler lehren ihre Forschungen vermehrt an Schulen und stellen so einen direkten Bezug her.

Als Themen kristallisierten sich in diesem Workshop heraus:

- ▶ Wasser;
- ▶ Abfall und Recycling;
- ▶ Böden und ihre Bedeutung;
- ▶ Ökosystemdienstleistungen anders bewerten, Bürgern diese Werte vermitteln.

Als Formate wurden oft kreative künstlerische Aktionen diskutiert, wie zum Beispiel die Pavillons auf der Insel Mainau für die Bundesgartenschau.

Der vierte Workshop „Agendaprozess Green Economy“ sammelte Forschungsthemen für eine Transformation zum nachhaltigen Wirtschaften:

- ▶ Klimaschutz, Energie;
- ▶ Ernährung;
- ▶ Ressourcen: Wasser, Mineralien, Landnutzung;
- ▶ Urbanisierung;
- ▶ Produktverantwortung von der Herstellung bis zur Nachnutzung recycelter Restprodukte;
- ▶ Green Trade.

Auch ein Bewusstseinswandel war vielen Teilnehmern wichtig. Ein Anstoß war sicher der Impulsvortrag von Nora Brüggemann (UNEP/Wuppertal-Institut) zu nachhaltigen Lebensstilen und technologischer Innovation.

Weitgehende Einigkeit herrschte darüber, dass Nachhaltigkeit ein Thema für alle ist. Zukunftsfähige Forschung müsse interdisziplinär sein. Nur wenn die Er-

gebnisse auf verschiedenartige Weise an viele Zielgruppen herangetragen würden, könne eine nachhaltige Entwicklung gesellschaftsfähig werden. [Ines Jentsch]

- ▶ www.fona.de/de/forum/2011/programm.php
- ▶ DNR, Ines Jentsch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, Fax -80, E-Mail: ines.jentsch@dnr.de, www.dnr.de/projekte/oekologische-gerechtigkeit

EHRENAMT

Engagementwoche

Rekordbeteiligung

■ Über 2.200 Veranstalter, mehr als je zuvor, beteiligten sich im September an der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2011. Darunter waren auch Naturschutzverbände wie der Bund Naturschutz und der Deutsche Wanderverband sowie lokale Natur- und Umweltschutzgruppen. Hinzu kamen zahlreiche Veranstaltungen der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung. [jg]

- ▶ BBE-Kampagnenbüro, E-Mail: aktionswoche@bb-e.de, www.engagement-macht-stark.de

Bürgerbeteiligung

Vorreiter Rheinland-Pfalz

■ Der rheinland-pfälzische Landtag hat auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen im September einstimmig die Einsetzung einer Enquetekommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ beschlossen. Die Kommission soll Verfahren und Rahmenbedingungen prüfen, um die Bevölkerung besser an politischen Prozessen zu beteiligen. Sie besteht aus elf Abgeordneten und elf externen ExpertInnen. Bürgerinnen und Bürger sollen eigene Vorschläge einbringen. Dazu ist auch eine Internetseite geplant. [mb]

- ▶ www.spdfraktion-rlp.de/557.html

Dokumentation

DNR-Freiwilligenkongress

■ Ende Juni veranstaltete der Deutsche Naturschutzring (DNR) die Impulskonferenz „Freiwillige für den Naturschutz: Generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar“ (umwelt aktuell 08/09.2011, S. 39) als Beitrag zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit. Anfang November erscheint nun die Dokumentation der Tagung auf der DNR-Internetseite. Die aufbereiteten Ergebnisse der acht Arbeitsgruppen und des World Cafés, die den Kern der Konferenz darstellten, sprechen verschiedene Themenfelder wie Bodenschutz oder Bürgerbeteiligung an. Von der Arbeitsgruppe „Jugendliche für den Naturschutz gewinnen“ kommen innovative „Ideen aus dem Goldfischglas“. [sl]

- ▶ DNR, Ines Jentsch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, Fax -80, E-Mail: ines.jentsch@dnr.de, www.dnr.de/publikationen/veroeffentlichungen/dokumentationen

Europäische Freiwilligentour

Erste Berliner Öko-Uni

■ Ehrenamtliches Engagement in Umwelt- und Naturschutz ist unverzichtbar. Das ließ sich den acht Vorträgen im Rahmen des Europajahrs für Freiwilligentätigkeit entnehmen. Der Deutsche Naturschutzring hatte mit seinen Mitgliedsverbänden zur ersten Berliner Öko-Uni aufgerufen. Acht ReferentInnen berichteten über freiwillige Aktivitäten der Umweltbewegung, um Europa zu einer ökologischen Region zu machen. Ob europäische Bürgerinitiative, Engagement in Schutzgebieten oder Bundesfreiwilligendienst – überall sind Umweltengagierte mit und ohne interkulturellen Hintergrund gefragt. Infotische und eine Werkstatt für Nistkastenbau rundeten das Programm ab. [jg]

- ▶ DNR, Juliane Grüning, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, E-Mail: juliane.gruening@dnr.de
- ▶ Ausführlicher Bericht: www.kurzlink.de/dnr-oeko-uni-2011

REZENSIONEN

Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung Vom Arschhochkriegen

Die industrielle Landwirtschaft ist eine Sackgasse. Chemie und Gentechnik können die Welt nicht ernähren. Gebraucht werden ökologisch angepasste Verfahren. Felix zu Löwenstein illustriert die wissenschaftlichen Fakten mit seinen eigenen Erfahrungen als Landwirt.

Die heutige Jugend ist weder träge noch unpolitisch. Begeistert porträtiert Daniel Boese die neue Klimabewegung, die sich im Internet vernetzt, aber auch Flughäfen blockiert.



■ Um zu erkennen, dass ein Umdenken bei der Ernährung der Weltbevölkerung notwendig ist, muss man kein Prophet sein und auch niemand, der Lust am Untergang hat. Ein klarer Blick da-

rauf, wie die Agrarwirtschaft mit den Ressourcen der Erde umgeht, genügt, um den Argumenten und Ergebnissen in diesem Buch folgen und feststellen zu können: „Wir werden uns ökologisch ernähren oder gar nicht mehr.“ So lautet der Untertitel von „Food Crash“, einem Buch, das die persönliche Betroffenheit, aber auch das Engagement seines Autors widerspiegelt: Felix zu Löwenstein ist Landwirt und Vorstandsmitglied im Bundesverband Ökologische Lebensmittelwirtschaft. Und es sind zum Teil bittere Erkenntnisse, die er in dem Band auffächert. Wenn er zum Beispiel die Auswirkungen der Gewinnung von „Bioenergie“ auf die ökologische Landwirtschaft schildert, wird schnell klar, dass der Begriff bio in diesem Kontext wohl nicht der richtige ist.

Die sechs Kapitel bilden eine Art Lehrwerk, das zwar dem Autor zufolge „keinen wissenschaftlichen Anspruch“ erhebt, mit seiner umfangreichen und anschaulich präsentierten Faktensammlung aber auch in der Oberstufe von Schulen eingesetzt werden könnte. Das Buch bietet jede Menge gut verständlichen Stoff zur Weltagrarwirtschaft und zum Einfluss von Konzernen, Politik und Verbrauchern auf die landwirtschaftlichen und ökologischen Systeme.

Ausführlich und mit Zahlenmaterial belegt wird etwa die Frage behandelt, welchen Einfluss unser Fleischkonsum auf die Verfügbarkeit der Futtermittel hat oder in Zukunft haben wird. Es mag sein, dass viele

der Zahlen und Vergleiche längst bekannt sind und oft nicht mehr richtig zur Kenntnis genommen werden. Wie Löwenstein aber die Recherchen mit seinen persönlichen Erfahrungen und Einsichten kombiniert und dann ohne moralinsaures „Wir müssen aber jetzt mal endlich“ präsentiert, hat trotz aller Dramatik etwas Erfrischendes und vor allem Aufbauendes.

Man spürt, dass hier kein Dogmatiker am Werk ist, sondern einer aus der Praxis. So findet sich im vierten Kapitel, in dem es um die Effizienz der konventionellen Landwirtschaft mit ihrem intensiven Chemieeinsatz geht, ein „Wort an die Berufskollegen“. Löwenstein bittet sie um „die Bereitschaft – von mir aus mit skeptischem Stirnrunzeln –, mir in das nächste Kapitel zu folgen, in dem ich die Behauptung aufstellen möchte, dass ökologisch geht, was mit dem auf Dauer nicht mehr möglich ist, was wir heute konventionell nennen“.

„Food Crash“ klingt provokant. Ob das Buch aber bei den Agrarkonzernen und der Düngemittelindustrie so zur Kenntnis genommen wird, wie es notwendig wäre, muss bezweifelt werden. So überzeugt, wie die Strategen in den Vorstandsetagen von ihren Produkten sind, werden sie sich schnell wieder ihrem Tagesgeschäft zuwenden. Einem Geschäft, das für allzu viele Menschen in der Welt Hunger, Armut und Perspektivlosigkeit bedeutet.

Felix zu Löwenstein gibt dennoch nicht auf, für ein neues Verständnis der lokalen und globalen ökologischen Zusammenhänge zu werben. Deshalb ist „Food Crash“ ein lesenswertes Buch, das der notwendigen Forderung nach einer anderen Agrarpolitik eine Stimme verleiht. **[Michael Mentzel]**

► Zu Löwenstein, F.: Food Crash. Wir werden uns ökologisch ernähren oder gar nicht mehr. Pattloch, München 2011, 320 S., 19,99 €, ISBN 978-3-629-02300-1



■ „Dies ist ein Buch über eine soziale Bewegung, die nicht viele Leute kennen.“ So beginnt Harald Welzers Vorwort zu Daniel Boeses Buch „Wir sind jung und brauchen die Welt“.

Was absurd klingt, ist trotzdem wahr: „Alle sozialen Bewegungen, von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung bis hin zur Frauenbewegung“, so Welzer weiter, „bestanden hauptsächlich aus einer latenten Community, in der nicht wenige gar nicht wussten, dass sie schon dazugehörten und zum selben Reformprojekt beitrugen.“

Derzeit finden viele derartige Reformprojekte statt – weltweit, mit durchaus unterschiedlicher Zielsetzung. Was die Akteure eint, ist ihre Jugend, ihre Art der Kommunikation über soziale Netzwerke wie Facebook sowie ihr felsenfester Wille zur Veränderung. Diese Jugend ist alles andere als unpolitisch oder träge. Im Gegenteil: Sie nimmt ihre Zukunft selbst in die Hand, jagt Diktatoren aus dem Amt oder setzt Politikerinnen und Wirtschaftsbesitzer unter Druck.

Daniel Boese, Journalist und Newcomer auf dem Buchmarkt, hat sich nun des wohl gewaltigsten aller derartigen Projekte angenommen, des Projekts „Rettet die Welt vor dem drohenden Klimawandel“. Mit viel Enthusiasmus schildert er diese neue Klimabewegung, die überall im Entstehen begriffen ist. Er ist ihr buchstäblich hinterhergereist, hat Aktivisten in Indien besucht, Atomkraftgegner in Gorbelen interviewt und hinter die Kulissen des Kopenhagener Klimagipfels geblickt. Klar, dass er dabei eine Vielzahl interessanter Leute getroffen und kennengelernt

Wege aus dem Zeitinfarkt

Morgens halb acht in Deutschland: Auf dem Fernsehschirm tickern die aktuellsten Börsenkurse, das Smartphone zeigt die Mails der Nacht, bei einem Espresso gelingt ein flüchtiger Blick in die Tageszeitung. In dieser Welt des Jetzt und Sofort erscheint alles möglich – doch tatsächlich bleibt so vieles auf der Strecke. Wie sind wir in den Strudel der Zeitverdichtung geraten? Sind die neuen Medien, die dieses Tempo erst ermöglichen, wirklich ein Segen? Karlheinz A. Geißler liefert Antworten auf die drängendsten Fragen unseres Umgangs mit Zeit.

K. A. Geißler

Alles hat seine Zeit, nur ich hab keine

Wege in eine neue Zeitkultur

256 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-250-6

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



hat; einige davon werden in sogenannten Aktivistenporträts vorgestellt. Da ist zum Beispiel Melina Laboucan-Massimo, die gegen die Ausbeutung der klimaschädlichen kanadischen Teersande kämpft. Oder der Flughafenblockierer Dan Glass, der mit seinen Aktionen die Flugsucht seiner britischen Landsleute angreift. Beeindruckend ist auch die Geschichte des Sozialarbeiters Kim Nguyen aus Sydney, der einfach nur anders unterwegs sein will, „nämlich ohne Flugzeug, ohne Auto, ohne Kohlendioxid zu produzieren“, und so eines Tages beschließt aufzubrechen zu einer nicht alltäglichen Reise, die erst nach anderthalb Jahren auf dem Klimagipfel von Kopenhagen ihr Ende findet. „All die Geschichten, die in diesem Buch erzählt werden, sind Geschichten vom Arschhochkriegen, Geschichten darüber, wie viel Spaß es macht, selbst verantwortlich zu sein für das, was man tut“ – bringt es Harald Welzer auf den Punkt. Und dem ist eigentlich wenig hinzuzufügen. **[Alexander Wilhelm]**

► Boese, D.: Wir sind jung und brauchen die Welt. Wie die Generation Facebook den Planeten rettet. oekom, München 2011, 256 S., 14,95 €, ISBN 978-3-86581-252-0

Tourismus fördert Vielfalt

► „Tourismus und Naturschutz: Gemeinsam für den Erhalt der biologischen Vielfalt“ heißt eine neue Broschüre des Dachverbandes Ökologischer Tourismus in Europa (ÖTE). Vorgestellt werden gelungene Beispiele von Natur-, Umweltschutz- und Freizeitverbänden, die zeigen, wie Naturschutz und Tourismus gemeinsam erfolgreich für den Erhalt der biologischen Vielfalt zusammenarbeiten. Es zeigt sich, dass durch Austausch, gegenseitiges Verständnis und partnerschaftliche Kooperation immer Lösungen gefunden werden können, die die touristischen Nutzungsansprüche und die Erfordernisse des Naturschutzes verträglich miteinander verknüpfen. Die zwölfseitige Broschüre kann kostenlos im Internet heruntergeladen werden. **[mb]**

► www.oete.de (Veröffentlichungen)

Fördertöpfe für Vereine, Projekte und Initiativen

► Zum elften Mal ist die Broschüre „Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen“ überarbeitet und erweitert worden. Das Nachschlagewerk informiert über mehr als 310 Stiftungen und Förderquellen und zeigt neue Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte auf. Neben Förderzweck und Kontaktdaten nennt die Broschüre des Berliner Netzwerks Selbsthilfe Antragsbedingungen, Förderregionen und Wirkungsfelder der potenziellen Geldgeber. Außerdem enthält das Heft Tipps zu öffentlichen Mitteln, Bußgeldern und Sponsoring. Ein Schlagwortregister hilft beim Finden der richtigen Stiftung. Eine wichtige Hilfe für alle, die Finanzierungsmöglichkeiten für ihr soziales und ökologisches Engagement suchen. **[tg]**

► Netzwerk Selbsthilfe (Hrsg.): Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen 2011, Berlin 2011, 200 S., 19,- €. Bezug: www.netzwerk-selbsthilfe.de

Neuer Lobby-Planet Brüssel

► Der englischsprachige Stadtführer „Lobby Planet Brussels“ ist vollständig überarbeitet und aktualisiert worden. Er bietet auf 48 Seiten Informationen über die wichtigsten Lobby-Akteure in der „EU-Hauptstadt“. Auf nur wenigen Quadratkilometern befinden sich in Brüssel nicht nur die Organe der EU, sondern auch geschätzte 15.000 bis 30.000 Lobbyisten.

Insgesamt 41 Unternehmen, Denkfabriken und Lobbygruppen werden in kurzer und lockerer Form vorgestellt. Der Stadtführer führt auch in die Lobbyarbeit ein und erklärt das offizielle EU-Lobbyregister. Drei Routen zu Finanzlobby, Kohlenstofflobby und Lebensmittellobby lassen erkennen, wie massiv der Einfluss der Wirtschaft in Brüssel ist. Mit Stadtplänen. **[jg]**

► Corporate Europe Observatory: Lobby Planet Brussels. The EU quarter. CEO, Brüssel 2011, 52 S., kostenlos. Download: www.kurzlink.de/lobbyplanet

INTERNET

UN-Gipfel Rio+20

■ Die offizielle Internetseite der Vereinten Nationen (UN) bietet Informationen rund um die geplante Rio+20-Konferenz im Juni 2012 (siehe S. 30). Neben allgemeinen Auskünften über die Entwicklungen nach dem Erdgipfel 1992 findet man auf der Seite auch Dokumente und Medienberichte über das bevorstehende Treffen. Zudem kann man sich über die UN-Mitgliedstaaten, das System der UN und über andere Gipfeltreffen informieren. [tg]

► www.uncsd2012.org/rio20

Bundesweite Liste der Lohnbrennereien

■ Um den Streuobstanbau in Deutschland zu unterstützen, führt der NABU-Bundesfachausschuss eine Liste über die Lohnbrennereien, die Gartenbesitzern anbieten, ihre Ernte zu Obstbrand zu verarbeiten. Die Liste soll immer weiter ergänzt werden. Bisher findet man darin die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Die Initiative möchte dazu beitragen, die Obststartenvielfalt zu erhalten. [tg]

► www.nabu.de/streuobst (Service und Adressen – Brennereien – Liste)

Über Kleinbauernrechte diskutieren

■ Die Organisation Genetic Resources Action International (GRAIN) bietet eine Austauschplattform über Themen wie Landwirtschaft, fairen Handel und Menschenrechte. GRAIN unterstützt vor allem Kleinbauern und kleinere Landwirtschaftsorganisationen in Entwicklungsländern bei der Durchsetzung ihrer Forderungen nach nachhaltigem Anbau. Für sein Engagement erhielt das Netzwerk mit Sitz in Barcelona in diesem Jahr einen Alternativen Nobelpreis (siehe S. 11). Die Seite wird auf Englisch, Französisch und Spanisch angeboten. [mm]

► www.grain.org

Aktionen gegen die globale Müllflut

■ Weltweit nimmt die Masse an (Plastik-) Müll täglich zu und wird in vielen Fällen einfach ins Meer entsorgt. Verschmutzte Strände, sterbende Tiere und gestörtes Gleichgewicht in den Ozeanen sind die Folge. Das Projekt Coastal Plastics Recycling (Coplar) beschreibt, wie Plastikabfälle in Entwicklungsländern beim Hausbau sinnvoll wiederverwendet werden können, und dokumentiert die Erfolge.

„Local Beach, Global Garbage“ ist ein weiteres Projekt, das schon vor zehn Jahren mit einer Fotoausstellung zum Müll an brasilianischen Stränden auf das Problem aufmerksam gemacht hatte. Auf seinen Internetseiten kann man sich nun ausführlich und aktuell informieren. [mm]

► www.coplare.de
 ► www.globalgarbage.org

Autobahnen zu Energiealleen

■ Im Juli ist die Informationsplattform zur Projektinitiative Energieallee A 7 freigeschaltet worden. Auf der Internetseite informieren die Projektträger Hermann-Scheer-Stiftung und EuroSolar gut und übersichtlich über das von Scheer entwickelte Konzept, erneuerbare Energien entlang der längsten deutschen Autobahn zu nutzen. [hmp]

► www.energieallee-a7.de

Chemische Fachbegriffe in 22 Sprachen

■ Eine Terminologiedatenbank der Europäischen Chemikalienagentur ermöglicht die Übersetzung von Fachbegriffen aus der europäischen und internationalen Chemikaliengesetzgebung in 22 Sprachen, darunter auch Deutsch. Die Suchfunktion ermöglicht den Zugriff auf rund 900 Fachwörter, Wendungen und Definitionen. Die Datenbank bezieht sowohl die EU-Chemikalienverordnung REACH als auch das weltweite Chemikalieneinstufungs- und -kennzeichnungssystem (GHS) der Vereinten Nationen mit ein. [jg]

► <http://echa.cdt.europa.eu>

Impressum

umwelt aktuell November 2011
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** René Dittrich [rd], Julia Glahe [jgl], Susanne Graf [sg], Teresa Gross [tg], Eva Mahnke [em], Marie Moritz [mm], Hans-Magnus Preuß [hmp], Hanna Vlasák [hv], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gottilind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

NOVEMBER

04.–05.11., Wesel (D)

30 Jahre EG-Vogelschutzrichtlinie.

Zeitzeugengespräch

- ▶ NUA NRW, Tel. +49 (0)2361 / 305-0,

E-Mail: poststelle@nua.nrw.de, www.nua.nrw.de

07.11., Hofgeismar bei Kassel (D)

Soziale Landwirtschaft. Fachtagung

- ▶ Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)5671 / 881-200, Fax -154, www.soziale-landwirtschaft.de

07.–08.11., Berlin (D)

Fleisch in Massen – Fleisch in Maßen. Tagung

- ▶ Brot für die Welt, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 2159-741, E-Mail: c.callenius@brot-fuer-die-welt.de, www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung

07.–10.11., Insel Vilm bei Rügen (D)

Ökosystemdienstleistungen konkreter**Biotoptypen in Deutschland**

- ▶ BfN, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfm-vilm.de, www.bfn.de

09.–10.11., Berlin (D)

Beyond the Crossroads: New Issues, Persistent Problems. Linking food security, sustainability science and sustainability politics. Konferenz

- ▶ VDW, Fax +49 (0)30 / 20654858, E-Mail: info@zukunftsderernaehrung.org, www.forumue.de/?59

10.11., Münster (D)

Freiwillig. Etwas bewegen! Tagung

- ▶ Akademie Franz-Hitze-Haus, Marie-Luise Niederschmid, E-Mail: niederschmid@franz-hitze-haus.de, www.franz-hitze-haus.de

10.11., Brüssel (B)

Sanierung kontaminierter Standorte – Schlüssel für ein effizientes Flächenmanagement in der EU. Konferenz

- ▶ EU-Kommission; Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel, E-Mail: veranstaltung@bxl.sachsen.de, www.kurzlink.de/konf10112011

10.–11.11., Salzburg (A)

Gehen als Green Mobility. Nachhaltige, bewegte, energieautarke Infrastrukturen. Konferenz

- ▶ Walk-space, Tel. +43 (0)699 / 19678414, E-Mail: konferenz2011@walk-space.at, www.walk-space.at

10.–13.11., Altenkirchen/Westerwald (D)

Weiter wachsen, um satt zu werden? Tagung

- ▶ Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 4077-57, Fax -58, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de/termine

14.–15.11., Passau (D)

Waldumweltmaßnahmen: Umsetzung in Österreich und Deutschland. Tagung

- ▶ Netzwerk Land, Tel. +43 (0)1 / 4011347, E-Mail: uwd@netzwerk-land.at, www.netzwerk-land.at

14.–15.11., Loccum bei Hannover (D)

Stromnetz: Nadelöhr der Energiewende. Tagung

- ▶ Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)5766 / 81-0, E-Mail: manoka.mueller@evlka.de, www.loccum.de

14.–17.11., Insel Vilm bei Rügen (D)

Nachhaltige Lebensstile, bewusster Fleischkonsum

- ▶ BfN, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfm-vilm.de, www.bfn.de

16.11., Halle/Saale (D)

Fachtagung zum Abschluss des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit EJF 2011

- ▶ Bagfa, BBE, Thüringer Ehrenamtstiftung u. a., E-Mail: info@lagfa-lsa.de, www.ejf-sachsen-anhalt.de

21.–22.11., Berlin (D)

Extensive Beweidung in der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014. Tagung

- ▶ DVL, Ansbach, Tel. +49 (0)981 / 4653-3545, Fax -3550, www.landschaftspflegeverband.de

22.11., Berlin (D)

Nachhaltige Entwicklung nur möglich ohne umweltschädliche Subventionen. Workshop

- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR), VDW; DNR, Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

23.–24.11., Flintbek bei Kiel (D)

Wiedervernetzung in der Praxis. Fachtagung

- ▶ BNUR, Tel. +49 (0)4347 / 704-787, Fax -790, E-Mail: anmeldung@bnur.landsh.de, www.lebensraumkorridore.de

24.–25.11., Hofgeismar bei Kassel (D)

Zusammen arbeiten. Wege in eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Tagung

- ▶ AgrarBündnis; Ev. Akademie, Tel. +49 (0)5671 / 881-0, Fax -154, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de, www.akademie-hofgeismar.de

24.–25.11., Rottenburg am Neckar (D)

Biodiversitätsziele bei der energetischen Waldholznutzung als Beitrag zur Nachhaltigkeit. Workshop

- ▶ Hochschule für Forstwirtschaft, Tel. +49 (0)7361 / 9162210, www.hs-rottenburg.net/aktuelles.html

26.11., Bonn (D)

Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings

- ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de (siehe auch S. 31)

28.–30.11., Berlin (D)

6. Internationale Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien

- ▶ Eurosolar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 362373, E-Mail: ires@eurosolar.de, www.eurosolar.de

DEZEMBER

01.–02.12., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Wildtiermanagement. Strategien für den Umgang mit konfliktträchtigen Tierarten. Seminar

- ▶ NNA, E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de,

02.–04.12., Tutzing am Starnberger See (D)

Lichtverschmutzung und Biodiversität. Tagung

- ▶ Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)8158 / 251-0, Fax -137, E-Mail: info@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

02.–04.12., Lutherstadt Wittenberg (D)

Landnutzung als Chance und Risiko für den Klimaschutz. Tagung

- ▶ Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Tel. +49 (0)3491 / 49880, www.ev-akademie-wittenberg.de

05.–06.12., Berlin (D)

Weltbodentag. Peak Soil: Böden in der Krise/ Bildung von Bodenbewusstsein. Tagungen

- ▶ Umweltbundesamt/Kommission Bodenschutz, Fax +49 (0)340 / 2104-3587, E-Mail: kbu@uba.de, www.upgmbh.com/support/termine.php

08.–09.12., Trier (D)

Praktische Implikationen einer Europäischen Politik des Wassersparens. Tagung

- ▶ Europäische Rechtsakademie Trier, www.era.int

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Nachhaltigkeitsforschung als Kulturanalyse

Welches Design hat Nachhaltigkeit?

Bildung für nachhaltige Entwicklung darf jene Bereiche nicht vernachlässigen, die bislang in der Nachhaltigkeitsforschung am Rande oder außer Sicht geblieben sind. So kann ihr die Einbeziehung einer kulturellen Dimension nachhaltige Impulse geben.

□ Wenn wir von Kultur sprechen, denken wir gewöhnlich an Kunstwerke oder Musik. Doch alles Menschliche ist kulturell durchformt: essen, lachen, schlafen, sitzen. Das Alltagsleben hat ein Design, das zum Teil ererbt oder von uns neu gestaltet worden ist, das wir jedoch als gegeben hinnehmen. Verkehrsordnungen, Excel-Dateien und Supermärkte erscheinen uns gleichsam natürlich, weil wir mit und in ihnen und durch sie sozialisiert worden sind. Menschliche Lebenswelten bestehen nicht nur aus Wohnungen, Autos und Stromleitungen, sondern auch aus kulturspezifischen immateriellen Ressourcen oder Wissensvorräten. So gesehen sind Lebenswelten lebendige Performances, die kulturelle Denkmuster und Werte in gelebte Beziehungen umsetzen.

Den gegenwärtigen Diskursen über Nachhaltigkeit im deutschen Sprachraum fehlt jedoch diese Perspektive auf die kulturelle Dimension. Die Nachhaltigkeitsforschung konzentriert sich bisher nur auf ökologisches, ökonomisches und soziologisches Verhalten, blendet jedoch die darin implizit wirkende Kultur aus. Wenn zum Beispiel Fleisch als hochwertiges, Kraft spendendes, männlich konnotiertes Nahrungsmittel geschätzt wird, dann kann das Essen von Brei als infantil, ärmlich, unmännlich und letztlich sogar als kulturlos empfunden werden. Eine Informationskampagne über die Vorteile vegetarischer Kost für die Gesundheit und für die Umwelt wird jedoch nur Erfolg haben, wenn sie auch die symbolischen Ebenen anspricht. Nachhaltiges Verhalten muss nicht nur logisch verständlich sein, sondern auch emotional in die lebensweltlichen Netze eingefügt werden können. Kulturelles ist ohnehin in einem permanenten Wandel begriffen.

In der beschleunigten Spätmoderne wirkt Kultur laut Zygmunt Bauman sogar

als Dorn im „Fleisch der Gesellschaft“, der sie daran hindert, stillzustehen.⁽¹⁾

Die gegenwärtig dringenden Forderungen nach nachhaltigen Lebensstilen stellen – unausgesprochen – einen Aufruf zum kulturellen Wandel dar. Doch leider haben sich jene KulturosoziologInnen und -anthropologInnen, die gegenwärtig Alltagspraktiken und Konsumgewohnheiten

THEMENHEFT: KULTUR UND NACHHALTIGKEIT

untersuchen, bisher nicht mit Nachhaltigkeit befasst, sondern sie als eng begrenzten Forschungsbereich einer kleinen Gruppe von ExpertInnen der Ökologie und Soziologie überlassen. Dabei könnten gerade kulturwissenschaftliche Methoden die Herkunft und Vergänglichkeit derzeitiger nicht nachhaltiger Produktions- und Konsumptionspraktiken aufzeigen und neue Impulse liefern, wie das ExpertInnenwissen in die Praxis umgesetzt werden kann. Freilich um den Preis, dass Kulturanalyse und Kulturkritik nicht ausgespart werden dürfen. Dies würde zu einer Selbstreflexion der Engagierten über die eigenen Kontexte und Beweggründe auffordern, um zu klären, welche Kultur sich in der Nachhaltigkeitsbewegung fortsetzt: Eine puritanische Ethik? Eine verwandelte sozialistische Ideologie? Eine Heimatideologie? Kleinbürgerliches Sparsamkeitsdenken? Oder gar ein christlich inspirierter Respekt vor der Schöpfung? Denn auch die Nachhaltigkeitsbewegung selbst hat kulturelle Fundamente. Das Worldwatch Institute hat 2010 dem jährlichen Bericht „State of the World“ jedenfalls in der Originalfassung den Titel „Transforming Cultures“ gegeben. Es gibt keinen anderen Ausweg, vermitteln die Berichte und Analysen, als diese Kultur des Herstellens und Verbrau-

chens zu verändern, die dazu geführt hat, dass die Menschheit derzeit 1,5 Mal so viel Ressourcen verbraucht als einem zukunftsfähigen Lebensstil entsprechen würde.

Man kann einen Wandel zwar nicht vorschreiben oder lehren, weil Kulturen keine Schöpfer oder Autoren haben. Man kann jedoch Nischen und Spielräume auffinden und Experimente zulassen. Kulturwissenschaftliche Studien legen nahe, dass das Neue selten aus den Thinktanks der vorherrschenden kulturellen OrdnungshüterInnen stammt. Vielmehr passiert das Neue gerade dort, wo die Autorität der jeweiligen dominanten Kultur schwach ist. Kulturen produzieren immer Zufälliges, Widersprüchliches und Überschüssiges. Poesie, Spiel und Musik können weitaus stärker motivieren und Sinn machen als eine kühle Kosten-Nutzen-Rechnung. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) muss sich stärker damit befassen, wie Menschen ihre Lebenswelten mit spezifischen kulturellen Ressourcen innerhalb symbolischer Universen bauen. Bildung heißt grundsätzlich, das Kulturelle zu reflektieren, um es für zukunftsfähige Beziehungen in der Lebenspraxis aktivieren zu können.

Vielleicht kann nachhaltiges Handeln im kulturellen Prozess statt als Pflicht endlich als Gabe, nämlich als Gestaltungsaufgabe betrachtet werden, die durch eine Fülle an Handlungs- und Vernetzungsmöglichkeiten motiviert. Eine BNE ohne Kulturanalyse kann nicht erfolgreich sein, sondern bleibt fragmentiert und wahrscheinlich steril. **[Gabriele Sorgo]**

Anmerkung und Literatur

- (1) Bauman, Z. (2004): The Consumerist Syndrome in Contemporary Society. In: Journal of Consumer Culture, Bd. 4 (3), S. 291–312, hier S. 296
- Sorgo, G. (Hrsg.): Die unsichtbare Dimension. Bildung für nachhaltige Entwicklung im kulturellen Prozess. Forum Exkurse Edition, Wien 2011, 192 S., 14,- €, ISBN 978-3-900717-68-1. Bezug: www.umweltbildung.at

BLICKPUNKT

umweltbildung.de

Kultur von Permakultur bis kulturelle Vielfalt

□ Gabriele Sorgo hat recht, wenn sie eine stärkere Verbindung zwischen Kultur und Nachhaltigkeit fordert. Wer aber behauptet, dass Kultur an sich nachhaltig ist, nur weil kulturelle Artefakte Jahrtausende überdauern, interpretiert Nachhaltigkeit nur im Sinne von langer Dauer. So verstanden ist es nicht sinnvoll, von „Kultur der Nachhaltigkeit“ oder „kultureller Nachhaltigkeit“ zu reden. Doch im Bildungsalltag wird Nachhaltigkeit immer im Zusammenhang mit der Agenda 21 gesehen, dem Schlussdokument der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio. Bildung hat die Aufgabe, die dort genannten Prinzipien und Ziele in den Alltag zu transportieren. So gesehen macht es Sinn, von nachhaltigem Wirtschaften, nachhaltigen Lebensstilen oder Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu sprechen. Kulturbezogene Ansätze einer nachhaltigen Entwicklung werden in Umweltbildung und BNE bereits seit Jahren und in vielerlei Hinsicht bewegt. Das zeigt die große Zahl an Beiträgen und Praxisbeispielen, die auf den Internetseiten der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung (ANU) zum Komplex Nachhaltigkeit/Bildung/Kultur zu finden sind. So können unter der Rubrik „Nachhaltigkeit lernen“ viele Beiträge über Theorie und Bildungspraxis von Themen wie Konsum und Lebensstile oder Bauen und Wohnen abgerufen werden. Auch das Archiv des ANU-Informationsdienstes ökopädNEWS bietet zum Suchbegriff Kultur immerhin 254 Artikel an. Darunter ist auch die Ausgabe vom März dieses Jahres. Die Titelstory stellt zwei aktuelle Nachhaltigkeitsstudien des Umweltbundesamts vor: „Natur- und Umweltbewusstsein – Vom Klimaschutz zur Alltagskultur der Nachhaltigkeit“.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ www.umweltbildung.de/nachhaltigkeit.html
- ▷ www.umweltbildung.de/oekopaednews.html

SCHWERPUNKT: KULTUR

Goethe-Institut

Auf dem Weg zu einer Kultur der Nachhaltigkeit

□ Seit genau 60 Jahren vermittelt das Goethe-Institut weltweit die deutsche Sprache und Kultur. In einem Dossier im Internet hat sich die vom Bund geförderte renommierte Einrichtung auch mit dem Begriff Nachhaltigkeit auseinandergesetzt. Gezeigt werden Beispiele aus den Bereichen Bauen, Denken, Gestalten, Leben, Wirtschaften und Lernen. Dazu kommen Links und Videos. Aufgeführt sind unter anderem Biosphärenreservate als Lernlabore für nachhaltige Entwicklung und ein Interview mit Gerhard de Haan, Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees der UN-Dekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

[jfs]

- ▷ www.goethe.de/ges/umw/dos/nac

Internet

Alltagskultur Konsum

□ Unsere Kultur ist stark geprägt durch unser Konsumverhalten. Nachhaltig(er) konsumieren bedeutet, beim Einkauf auf Produkte zu achten, die klimafreundlich und stromsparend sind, außerdem umweltfreundlich und tierschützend sowie fair und sozial. Das ist ziemlich viel verlangt und erfordert umfangreiches Wissen! Tipps und Hilfestellung bietet eine neue Website der Verbraucher-Initiative. Sie zeigt, worauf man beim Kauf von Lebensmitteln, Kleidung und Schmuck, aber auch beim Reisen oder beim Hausbau achten sollte. Ergänzt werden die Informationen durch einen Unternehmens-Check, der Auszeichnungen von Firmen auflistet und erläutert. Vorgestellt werden auch gute Beispiele zur Unternehmensverantwortung und zum nachhaltigem Konsum, die von der Lieferkette über die Arbeitsbedingungen bis zum gesellschaftlichen Engagement

reichen. Dazu gibt es einen Strom-Check-Rechner, Pressemeldungen und Downloads.

[jfs]

- ▷ www.nachhaltig-einkaufen.de

Literatur

Die Entdeckung der Nachhaltigkeit

□ Der Begriff Nachhaltigkeit hat eine atemberaubende Karriere hinter sich. Kaum ein anderer Begriff wird heute so häufig in den Medien verwendet und doch zugleich mit den schillerndsten Bedeutungen verbunden. Ulrich Grober hat mit seinem Buch „Die Entdeckung der Nachhaltigkeit“ eine anschauliche Kulturgeschichte des Begriffs vorgelegt. Die spannende Zeitreise führt in 13 Kapiteln von den griechischen Philosophen über Franziskus von Assisi und dem französischen Sonnenkönig bis zum Sächsischen Silberbergbau und der konkreten Hungersituation im heutigen Afrika. Am Ende steht die Aufforderung, den „ökologischen Fußabdruck“ als Gradmesser unseres Lebensstils und der globalen Gerechtigkeit neu zu bemessen und die Hoffnung, dass die Nachhaltigkeitsidee ein neues Bewusstsein generiert.

[jfs]

- ▷ Grober, U.: Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs. Kunstmann, München 2010, 300 S., 19,90 €, ISBN 978-3-88897-648-3. Rezension: www.socialnet.de/rezensionen/9284.php

Literatur

Hunger im Überfluss

□ Wie wollen wir die demnächst neun oder zehn Milliarden Menschen weltweit ernähren? Bereits heute übernutzen wir unseren Planeten, trotz oder gerade wegen Grüner Revolution und Gentechnik. Wir produzieren Nahrung im Überschuss, doch wo landet sie? Auf dem Teller? Im

Futtertrog? Oder gar im Tank? Wie nennt man eine Kultur, die es zulässt, dass jeder sechste Mensch auf der Welt hungert? Ist das die Kultur, die wir uns wünschen? Das Problem Hunger steht im Mittelpunkt des Worldwatch-Berichts „Zur Lage der Welt 2011: Hunger im Überfluss“. Das Buch stellt politischen Entscheidern, Landwirten und Kreditgebern praktische und nachhaltige Lösungen vor, um Hunger und Armut auf der Welt zu verringern. Die deutsche Ausgabe des Berichts wird jährlich in Zusammenarbeit mit Germanwatch und der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlicht. [jfs]

- ▷ Worldwatch Institute (Hrsg.): Hunger im Überfluss: Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut, oekom, München 2011, 288 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-241-4. Download: www.kurzlink.de/zurlagederwelt-2011

Kunst

Über Lebenskunst

□ Wie kann man ein „gutes Leben“ unter den Bedingungen der globalen ökologischen Krise führen? Zu dieser zentralen Frage organisierte das Projekt „Über Lebenskunst“ eine Veranstaltungsreihe, Aktionen, Installationen und ein großes Festival im August dieses Jahres in Berlin (ökopädNEWS 219, April 2011). Die „Initiative für Kultur und Nachhaltigkeit“ setzte sich auf künstlerische Weise mit den tiefgreifenden Veränderungen unseres Planeten auseinander. Die entstandenen Projekte zu Bildung, Ernährung, Gesellschaft, Natur, Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft können nun im Internet betrachtet werden. Wie schwierig die konkrete Umsetzung von Nachhaltigkeit im Alltag sein kann, zeigte besonders das Projekt „Vorratskammer. Wir bekommen Gäste und wollen sie bewirten“. Damit die Bewirtung auch regional, ökologisch und fair ist, begannen die Akteure spannende Kooperationen mit Kleingärtnern, Milchbauern und Schnapsbrennereien. [jfs]

- ▷ www.ueber-lebenskunst.org
- ▷ www.umweltbildung.de/oekopaednews.html

WISSENSWERT

Recycling

Umweltschutz kinderleicht

□ Ein Sammelprogramm für leere Stifte ist bundesweit angelaufen. Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten können sich kostenlos anmelden. Die gesammelten leeren Schreibgeräte können portofrei eingesandt werden. Pro eingehenden Stift werden dann zwei Cent an eine gemeinnützige Organisation nach Wahl gespendet. Das Programm ermöglicht ein aktives Engagement der Kinder und fördert ihre Sensibilisierung für Themen wie Umweltschutz und soziale Verantwortung. Es wird von den Unternehmen BIC und TerraCycle finanziert. [jfs]

- ▷ www.terracecycle.info

Berufsbegleitende Weiterbildung

Fachkraft für Naturerlebnispädagogik

□ Die 14-monatige Weiterbildung ab Januar 2012 in Hamburg richtet sich an alle, die gern in Naturschutzzentren Kinder- und Erwachsenengruppen auf spannende Weise beim Naturerleben begleiten möchten. Vermittelt werden solide Grundlagenkenntnisse zur Naturerlebnispädagogik und Nachhaltigkeit. Ausgewählte Methoden nach dem Ansatz von Joseph Cornell verknüpfen Naturwissen und das Wahrnehmen mit allen Sinnen. Mit dem Abschlusszertifikat erlangen die Teilnehmer ein zukunftsfähiges Berufsprofil. Das Besondere: Jede Kurseinheit findet passend zum Thema an einem authentischen Lernort statt, beispielsweise der Lebensraum Wiese im Haus der Wilden Weiden im Höltigbaum. Zusätzlich werden Sponsoradressen und innovative Bildungspartner vermittelt. Anmeldeschluss ist der 28. November. [lh]

- ▷ www.natur-schafft-wissen.de

Literatur

Handbuch Alternativmedien

□ Wer Utopien kennenlernen und Alternativen entwickeln will, braucht Informationen und Kontakte, die meist nicht so leicht zu finden sind. Das aktualisierte Handbuch der Alternativmedien bietet Insiderwissen über alternative und soziale Bewegungen im deutschsprachigen Raum. Adressen und Informationen zu insgesamt rund 1.000 Zeitungen, Zeitschriften, Freien Radios, Archiven und Bibliotheken sowie unabhängigen Verlagen können nach Sachgebieten, Orten und alphabetisch erschlossen werden. Wer nur nach den Adressen sucht, findet auf der dazu gehörenden Website zum Beispiel auch die ökopädNEWS – unter der Rubrik „Anti-Atom, Umwelt, Verkehr, Landwirtschaft“. Im Handbuch stehen auch wissenschaftliche und politische Beiträge zu den alternativen Medien, Porträts innovativer Medienprojekte und Literaturhinweise. [jfs]

- ▷ Hüttner, B.; Leidinger, C.; Oy, G. (Hrsg.): Handbuch der Alternativmedien 2011/2012, AG Spak, Neu-Ulm 2011, 280 S., 22,- €, ISBN 978-3-940865-22-9 www.alternativmedien.org

Literatur

Zu den Böden Deutschlands

□ Dass Boden nicht nur Dreck ist, der schmutzig macht, zeigt das Umweltbundesamt mit seinem „Reiseführer – Zu den Böden Deutschlands“. Böden erfüllen wichtige ökologische Funktionen, die entsprechend didaktisch aufbereitet, auch für Familien und Freizeitgäste viele spannende Geschichten erzählen können. Das Buch bietet einen einzigartigen Überblick über Geo- und Bodenerlebnispfade, Profilsammlungen und geologische Abteilungen von Museen aus allen Bundesländern. Zusätzlich sind Anreiseinformationen und Kontaktadressen angegeben. Der Reiseführer ist als kostenlose Druckversion oder als PDF-Datei zum Download erhältlich. [jfs]

- ▷ www.uba.de/uba-info-medien/4161.html

Internet

Neues Unterrichtsmaterial

□ Im September startete der Bildungsservice des Bundesumweltministeriums ein neues Onlineangebot für die Grund- und Sekundarstufe an Schulen. Jede Woche stehen dort zu aktuellen Umweltthemen neue Bildungsmaterialien bereit. Die übersichtlich gestaltete Seite bietet einen wöchentlichen Themenschwerpunkt – zum Beispiel „Zugvögel“ oder „Woher kommt das Obst?“ – mit Hintergrundinformationen und detaillierten Unterrichts Anregungen. Zusätzlich erleichtert eine Suchfunktion nach Stichpunkten von „Supermarkt“ bis „Vögel“ sowie nach Themengebieten wie „Gesundheit und Ernährung“ oder „Konsum“ die Arbeit. [lh]

▷ www.umwelt-im-unterricht.de

Kartenspiel

oekologisch.punkten

□ Starke Argumente für den Biolandbau kennenlernen – das können Spielfans mit dem Kartenspiel „oekologisch.punkten“. Es liefert wissenschaftlich begründete und überzeugungskräftige Sachargumente für den Ökolandbau und stellt die wesentlichen Unterschiede zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft vor. Die vier Kartentypen – Pro & Kontra,

Wissens-, Schätz- und Aktionskarten – sorgen für jede Menge Spaß. Das „grüne“ Lernspiel ist bei der Stiftung Ökologie und Landbau (SÖL) erhältlich. [lh]

▷ www.oekologisch-punkten.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

17.–19.11., Berlin (D)

Didaktik-Dialog: Zukunft ist jetzt!

Wie kulturelle und politische Bildung gemeinsam auf einen Wandel zu mehr Nachhaltigkeit in unserem alltäglichen Denken und Handeln hinwirken können, will eine Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung aufzeigen. Der Didaktik-Dialog ist ein offenes Forum, das Expertenwissen der schulischen und außerschulischen politischen und kulturellen Bildungsarbeit mit Initiativen unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Engagements zusammenbringt. Im Mittelpunkt stehen Fragen zu innovativen Methoden und interdisziplinären Ansätzen, aber auch der Erfahrungsaustausch und das Ausprobieren und Netzwerken.

▷ www.bpb.de/zukunftstjetzt

21.11., Osnabrück (D)

Chemie und Nachhaltigkeit. Fortbildung

Chemie ist eine der Schlüsseldisziplinen auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit in einer modernen Industriegesellschaft. Wie kann eine grünere und nachhaltigere Chemie zu einer umwelt- und ressourcenschonenderen Produktion von Gütern führen? Die kostenlose Lehrerfortbildung stellt Unterrichtskonzepte und -materialien vor, wie das Lernen im Chemieunterricht mit mehr Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verbunden werden kann.

▷ www.dbu.de/550artikel31958_135.html

09.–11.12., Altenkirchen/Westerwald (D)

Chancen für den Lernort Ökohof. Tagung

Gesunde Lebensmittel zu fairen Preisen und zukunftsorientiertes Arbeiten im Einklang mit der Natur – auf einem ökologisch wirtschaftenden Betrieb gibt es viel Potenzial für eine nachhaltige Bildungsarbeit. Mit dieser Zielsetzung veranstalten der Anbauverband Bioland, die Stiftung Ökologie & Landbau und die Landjugendakademie Altenkirchen die bundesweite

Tagung „Chancen für den Lernort Ökohof“. BäuerInnen und Interessierte diskutieren, wie Bildungsarbeit erfolgreich als eigenständiger Betriebszweig etabliert werden kann. Die Tagung kostet mit Unterkunft und Verpflegung 170 Euro, für Jugendliche, Studierende und Auszubildende 135 Euro.

▷ www.lja.de

30.11.–01.12., Gelsenkirchen (D)

Praxistreff Schulkommunikation

Welchen Stellenwert gibt die Bildungspolitik den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vor dem Hintergrund der sich so radikal verändernden Anforderungen und gesellschaftlichen Herausforderungen? Wird die historische Chance der Energiewende im Bildungsbereich ausreichend wahrgenommen und wird ihr hinreichend Rechnung getragen? Neue wichtige Themen wie Elektromobilität müssen unterrichtsdidaktisch aufbereitet werden. Welche Wege können hier beschritten werden? Vor dem Hintergrund von G8 (Abitur nach Klasse 12) muss auch die Frage nach den richtigen Kanälen neu gestellt werden. Bereits in der Sekundarstufe I, aber ganz gravierend in der Sekundarstufe II fehlt den Lehrkräften die Zeit für außerschulische Aktivitäten. Das macht die Wissensvermittlung und – was noch viel schwerer wiegt – die Kontaktaufnahme zum qualifizierten Nachwuchs immer schwerer. Social Media ist hier das Zauberwort. Wie können die Versorgungsunternehmen dies nutzen, um ihre immer dringender werden Nachwuchsprobleme zu lösen?

▷ www.ew-online.de

01.–02.12., Würzburg (D)

Hier spielt die Zukunft. Leuchtpol-Fachtagung 2011

Wie man „mit Kindern Nachhaltigkeit entdecken, verstehen – und gemeinsam handeln“ kann, steht im Mittelpunkt einer Fachtagung der Leuchtpol gGmbH in Kooperation mit der ANU Bayern. Bildung für nachhaltige Entwicklung heißt, hinter, über und neben Dinge bei uns und in unserem Umfeld zu schauen: Was macht die Kuh im Kühlschrank? Was passiert mit altem Spielzeug? Kann ich mit einem Baum befreundet sein? ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis erläutern, wie sich Kinder ihre Umwelt aneignen und Urteilsvermögen und Handlungsfähigkeit gewinnen können. Neben Workshops und einer interaktiven Ausstellung „Die Kuh im Kühlschrank“ gibt es einen Markt der Möglichkeiten mit dem Schwerpunkt „Öffnung der KITAS“. Höhepunkt der Veranstaltung ist die Preisverleihung des diesjährigen Leuchtpol-Wettbewerbs „KITAS geht raus, macht was draus“.

▷ www.leuchtpol.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de